

Rheinland-Pfalz

Kultusministerium

Lehrplanentwurf

Sozialkunde

Klasse 7 bis 9/10

— Hauptschule, Realschule, Gymnasium —

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Darmstadt
Schulbuchbibliothek

8/1/99/1

RP
(1978)

Lehrplanentwurf Sozialkunde — Klasse 7 bis 9/10 —

Ernst Sommer, Verlag für das Schulwesen, Grünstadt

Georg-Eckert-Institut BS78



1 170 646 5

Lehrplanentwurf

Sozialkunde

Klasse 7 bis 9/10

— Hauptschule, Realschule, Gymnasium —

Mitglieder der Kommission:

Bernd Werdich, Staatl. Studienseminar f. d. Lehramt an Realschulen Mainz,
Leiter der Kommission

Frieder Bechberger, Staatl. Integrierte Gesamtschule Kaiserslautern

Klaus Engelhart, Gymnasium Theresianum Mainz

Manfred Koschig, Regionales Pädagogisches Zentrum, Bad Kreuznach

Gerhard Kurz, Bezirksregierung Koblenz

Ekkehard Mosel, Schillerschule Bad Ems

Wolfgang Redwanz, Staatl. Studienseminar f. d. Lehramt an Realschulen
Koblenz

Herwig Scheithauer, Staatl. Studienseminar f. d. Lehramt an Realschulen
Kaiserslautern

Wolfgang Schwehm, Staatl. Gymnasium am Römerkastell Alzey

Dr. Bernhard Sutor, Staatl. Studienseminar f. d. Lehramt an Gymnasien Mainz

Friedhelm Zöllner, Hauptschule Altenkirchen

Z-V R A

S-3 (1978)

Herausgeber: Kultusministerium Rheinland-Pfalz, Mainz

Verlag: Emil Sommer Grünstadt

Gesamtherstellung: Emil Sommer Grünstadt

November 1978

Vorwort

Der hier vorgelegte Lehrplanentwurf für das Fach Sozialkunde in der Sekundarstufe I – Klasse 7 bis 9/10 – ist das Ergebnis der Arbeit einer aus Lehrern von Hauptschule, Realschule und Gymnasium bestehenden fachdidaktischen Kommission. In dem Entwurf sind Stellungnahmen und Erfahrungsberichte aus der bisherigen Erprobung ebenso einbezogen worden wie die unterrichtlichen Erfahrungen mit dem „Vorentwurf zu einem Curriculum Sozialkunde“ für die Klassen 9 bis 11“ aus den Jahren 1970/71 und den „Allgemeinen Qualifikationen für das Fach Sozialkunde“ aus dem Jahre 1972.

Der Lehrplan soll zur Verwirklichung der Aufgaben der schulischen politischen Bildung, die als Unterrichtsprinzip nicht nur das Fach Sozialkunde betrifft, beitragen. Er orientiert sich am Verfassungskern des Grundgesetzes als dem gemeinamen Bezugspunkt sozialer, politischer und wissenschaftlicher Pluralität und der allgemeinen Norm politischer Bildung, zu mitmenschlicher und sachlicher Verantwortlichkeit zu befähigen.

Die Erprobung soll im Hinblick auf diesen Anspruch des Lehrplanentwurfs praktische Unterrichtserfahrungen vermitteln, die für die Weiterentwicklung des Lehrplans wesentlich sind.

Allen, die sich an der Erprobung beteiligen, vor allem aber den Mitgliedern der fachdidaktischen Kommission, die den Lehrplanentwurf vorgelegt hat, sei auch an dieser Stelle sehr herzlich gedankt.

Dr. Stollenwerk
Staatssekretär

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	6
1. Einordnung in die Lehrplanentwicklung der letzten Jahre	6
2. Grundlagen und Ziele politischer Bildung	6
3. Studentafeln und Themenkatalog	9
4. Didaktische Strukturierung der Themen	11
Themen und Lernziele	
Hauptschule, Klasse 7, 1. Thema Realschule/Gymnasium, Klasse 9, 1. Thema Die Schulklasse als Gruppe	17
Hauptschule, Klasse 7, 2. Thema Die Gemeinde als politisches Aktionsfeld	25
Hauptschule, Klasse 7, 3. Thema Die Familie als Sozialisationsinstanz	33
Hauptschule, Klasse 8, 1. Thema Realschule/Gymnasium, Klasse 9, 2. Thema Umgang mit Massenmedien	42
Hauptschule, Klasse 8, 2. Thema Funktionen gesellschaftlicher und politischer Zusammenschlüsse	57
Hauptschule, Klasse 8, 3. Thema Realschule/Gymnasium, Klasse 9, 4. Thema Recht und Rechtsprechung	71
Realschule/Gymnasium, Klasse 9, 3. Thema Politische Beteiligung im regionalen Raum	82
Hauptschule, Klasse 9, 1. Thema Realschule/Gymnasium, Klasse 10, 2. Thema Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland	96
Hauptschule, Klasse 9, 2. Thema Realschule/Gymnasium, Klasse 10, 3. Thema Sozialismus in der DDR	113
Hauptschule, Klasse 9, 3. Thema Probleme internationaler Politik	133
Realschule/Gymnasium, Klasse 10, 1. Thema Hauptfragender Wirtschaftsordnung und -politik	153

Einführung

1. Einordnung in die Lehrplanentwicklung der letzten Jahre

Der hier vorgelegte Lehrplanentwurf für das Fach Sozialkunde an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien (Klassen 7 bis 9/10) basiert auf folgenden früheren Arbeiten und Entwürfen:

- 1970 Entwurf von Richtlinien für Sozialkunde in den Klassen 9 bis 11 der Gymnasien (abgedruckt in „Curriculumtheorie und Lehrplanentwicklung in Rheinland-Pfalz“, Mainz 1971, S. 63 ff.)
- 1971 Entwurf von Lernzielen und Empfehlungen zur Stoffverteilung für Sozialkunde der Klassen 9 bis 11 (veröffentlicht mit Runderlaß des Kultusministeriums vom 1. 12. 1971, IV C 5, Az.: B 1405-6)

(Beide Entwürfe zusammen auch herausgegeben vom Kultusministerium als „Vorentwurf zu einem Curriculum Sozialkunde für die Klassen 9 bis 11“)

- 1972 Allgemeine Qualifikationen für das Fach Sozialkunde in Rheinland-Pfalz (herausgegeben vom Kultusministerium mit Rundschreiben vom 11. 1. 1973, IV C 9/IV B 4/7/IV D 3, Az.: B 1405-6)

(An der Erarbeitung dieser Qualifikationen waren auch die fachdidaktischen Kommissionen für Sozialkunde an Realschulen und an berufsbildenden Schulen beteiligt)

Die genannten Entwürfe wurden zur Erprobung auch von Realschulen des Landes und in Teilen von einigen Hauptschulen übernommen. Im Oktober 1974 wurde vom Kultusministerium eine **Fachdidaktische Kommission für das Fach Sozialkunde in der Sekundarstufe I** gebildet mit dem Auftrag, auf der Grundlage der bisherigen Entwürfe unter Beachtung der Stellungnahmen und Erfahrungsberichte einen lernzielorientierten Lehrplan für dieses Fach zu entwickeln. Die Kommission konnte in ihre Arbeit die Kritik außerschulischer Institutionen sowie Stellungnahmen und Erprobungsberichte zahlreicher Gymnasien sowie einiger Realschulen und Hauptschulen einbeziehen. Ferner war der Lehrplan für Hauptschulen in Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 1968 zu berücksichtigen. Darüber hinaus mußte der Stand der fachdidaktischen und öffentlichen Diskussion zur politischen Bildung in die Arbeit eingebracht werden.

2. Grundlagen und Ziele politischer Bildung

2.1 Folgende **Positionen der bisherigen rheinland-pfälzischen Entwürfe** zur politischen Bildung haben sich in der fachdidaktischen und politischen Diskussion als tragfähig erwiesen:

- Sozialkunde ist Politikunterricht; das Politische ist der facheigene Aspekt der inhaltlich heterogenen Unterrichtsinhalte.

- Politisch heißt alles soziale Handeln, das auf gesamtgesellschaftlich verbindliche Regelungen zielt, solche Regelungen beabsichtigt oder beeinflussen will.
- Zum Verständnis von Politik gehört auch die Einsicht in die politische Relevanz primär nichtpolitischer sozialer Bereiche, Gebilde und Handlungen.
- Politische Bildung muß in der Formulierung ihrer **Wertbezüge** und ihrer **Ziele** die Komplexität der Prinzipien und Normen beachten, die dem Sozialen eigen ist.
- Politische Bildung orientiert sich an der Personalität des Menschen, indem sie von der Dialektik von Individualität und Sozialität, Überlieferung und Fortschritt ausgeht.
- Personal orientierte politische Bildung basiert auf einem Freiheitsverständnis, das den institutionellen Gehalt der Freiheitsrechte des Individuums unter Vermeidung individualistischer Verkürzung und kollektivistischer Übersteigerung entfaltet.
- Politische Bildung versteht daher Politik als die ständig neu gestellte Aufgabe, menschliches Zusammenleben in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zu ordnen und zu gewährleisten, und sie mißt konkrete Politik an diesem Verständnis.
- Politische Bildung muß versuchen, die grundlegenden Wertbezüge der Verfassung dialogisch und interpretierend dem Verständnis des Schülers als Hilfe zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung zu erschließen.

Die hier umschriebenen Wertbezüge ergeben sich aus der Überzeugung, daß politische Bildung in unserem öffentlichen Schulwesen ihre Legitimation erhält aus der **Orientierung am Verfassungskern des Grundgesetzes** (Art. 1 und 20) als dem gemeinsamen Bezugspunkt sozialer, politischer und wissenschaftlicher Pluralität. Der Unterricht soll in der Auseinandersetzung mit konkreter und aktueller Politik, mit ihren Konflikten und Problemen dem Schüler die Grundwerte und Strukturprinzipien der Verfassung als Orientierungshilfen und als Maßstäbe des Urteilens verständlich und verfügbar machen. Politische Bildung zielt also auf kritikfähige Identifikation mit den Werten und Normen der Verfassung auf der Basis rationalen Urteilens (Vgl.: Politische Bildung, Grundlagen und Zielprojektionen für den Unterricht an Schulen, hrsgg. von W. Braun, W. Hahn, H. Maier, W. Remmers, W. Scherer, B. Vogel, Stuttgart 1976).

2.2 Ein oberstes, umfassendes und allgemeines **Ziel politischer Bildung** läßt sich auf dieser Grundlage nur relativ formal und weit umschreiben, weil jede Kurzformel in der Gefahr ist, zur beliebig interpretierbaren Leerformel zu werden und die Komplexität der aufgezeigten Wertbezüge zu verfehlen. Allgemeines Ziel politischer Bildung ist die Vermittlung von

Fähigkeit und Bereitschaft zu politischer Beteiligung durch möglichst unvoreingenommene Information, gewissenhafte Urteilsbildung und verantwortliche Entscheidung im Politischen nach Maßgabe der Grundnormen des GG.

Diese Formulierung umfaßt einerseits neben der kognitiven auch die sogenannte affektive ¹⁾ und die Handlungsdimension politischer Bildung; sie berücksichtigt andererseits, daß die Hauptaufgabe der Schule im Bereich des kognitiven Lernens liegt. Wohl gehört zum politischen Lernen immer auch die Frage nach dem, was geschehen kann oder soll, und nach Beteiligungsmöglichkeiten der Betroffenen; aber es ist nicht Aufgabe der Schule, die Schüler zu bestimmten politischen Aktionen zu führen. Im Bereich der wertorientierten politischen Einstellungen und Verhaltensweisen geht das, was die Schule legitimerweise anzielen, wozu sie Schüler auffordern und ermuntern kann, nicht über die Grunderfordernisse menschlichen Zusammenlebens im Geist einer freiheitlich-demokratischen Ordnung hinaus. Unsere allgemeine Zielformulierung entspricht dem, was in o. a. Schrift als **politische Rationalität** entfaltet ist.

Im Rahmen dieses Verständnisses politischer Bildung wurden von den früheren Kommissionen nachstehende **Allgemeine Qualifikationen** für das Fach Sozialkunde entwickelt. Wir wiederholen sie hier (in teilweise verbessertem Wortlaut) als lernbereichsbezogene Entfaltungen des allgemeinen Ziels. Die beiden **Voraussetzungen**, unter denen sie formuliert wurden, scheinen uns durch die weitere curriculare und didaktische Diskussion bestätigt:

- Zwischen Lernzielen und Lerninhalten besteht ein Interdependenzverhältnis; je konkreter Lernziele formuliert werden, umso stärker muß die Struktur der Inhalte beachtet werden.
- Die Inhalte politischer Bildung sind nicht völlig beliebig; das allgemeine Ziel politischer Bildung erfordert, daß bestimmte Lernbereiche durch Themen im Lehrplan repräsentiert sind.

Die Qualifikationen:

1. Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung.
2. Fähigkeit und Bereitschaft zu kritischer Orientierung, Urteilsbildung und Selbstbehauptung und zur Kommunikation in der weitgehend durch Medien bestimmten Öffentlichkeit.
3. Fähigkeit und Bereitschaft zur kritischen Teilnahme und zur solidarischen Interessenvertretung in der Wirtschafts- und Arbeitswelt.

¹⁾ Die Bezeichnung „affektiv“ ist problematisch und mißverständlich, weil sie die notwendige Verbindung zum Kognitiven nicht ausdrückt.

4. Fähigkeit und Bereitschaft zur Wahrnehmung sozialer Kompetenz im Erkennen und Bewältigen gesellschaftlicher Probleme nach Maßgabe persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.
5. Fähigkeit und Bereitschaft zum Eintreten für eigenes und fremdes Recht und zu rechtlich geordneter Konfliktregelung im freiheitlichen Rechtsstaat.
6. Fähigkeit und Bereitschaft zu kritischer Loyalität gegenüber den Normen und Institutionen der politischen Ordnung.
7. Fähigkeit und Bereitschaft zum Abwägen der Interessen in zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen nach Maßgabe des Friedens, des Selbstbestimmungsrechts, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Kooperation.

3. Studentafeln und Themenkatalog

- 3.1 Die unterschiedlichen Studentafeln für Hauptschule einerseits und Realschule und Gymnasium andererseits erschweren die Erarbeitung eines schulartübergreifenden Lehrplans, zumal sich die 7 allgemeinen Qualifikationen auf unterschiedliche **Lernbereiche** beziehen, die nicht beliebig austauschbar sind: Die soziale Umwelt des Schülers, das Feld der Kommunikation und der Medien, Wirtschafts- und Arbeitswelt, Wirtschafts- und Sozialpolitik, politische Ordnung und innere Politik, Rechtsprechung und Rechtspolitik, internationale Politik. Die Vorentwürfe von 1971 stellen für alle diese Felder mehrere Themen zur Wahl. In dem hier vorgelegten Plan wurde versucht, einen Katalog verbindlicher Themen lernzielorientiert so auszuarbeiten, daß er in der zur Verfügung stehenden Zeit zu bewältigen ist. Von den allgemeinen Qualifikationen sind dabei jeweils die verbindlich, die den einzelnen Themen zugeordnet sind.

Die Hauptschule hat für Sozialkunde insgesamt 3 Jahreswochenstunden zur Verfügung (Klasse 7 bis 9 je 1 Wochenstunde), **Realschule und Gymnasium** haben je eine Wochenstunde in Klasse 9 und 10. Es war daher nicht wie in anderen Fächern möglich, einen inhaltlich durchgehend gemeinsamen Plan als Fundamentum und dazu für Realschule und Gymnasium ein Additum zu entwickeln.

3.2. Themenplan

3.2.1 Hauptschule

7. Klasse

1. Die Schulklasse als Gruppe
2. Die Gemeinde als politisches Aktionsfeld
3. Die Familie als Sozialisationsinstanz

8. Klasse

1. Umgang mit Massenmedien (Polit. Meinungsbildung)
2. Funktionen gesellschaftlicher und politischer Zusammenschlüsse
3. Recht und Rechtsprechung

9. Klasse

1. Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland
2. Sozialismus in der DDR
3. Probleme internationaler Beziehungen

3.2.2 Realschule/Gymnasium

9. Klasse

1. Die Schulklasse als Gruppe
2. Umgang mit Massenmedien
3. Politische Beteiligung im regionalen Raum
4. Recht und Rechtsprechung

10. Klasse

1. Hauptfragen der Wirtschaftsordnung und -politik
2. Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland
3. Sozialismus in der DDR

- 3.3 Dieser Themenplan erfüllt das erforderliche Minimum inhaltlicher Anforderungen an schulische politische Bildung.

Das Thema „**Friedenssicherung/Bundeswehr**“ soll als verbindliches Thema der 10. Klasse der Realschule und des Gymnasiums in Verbindung mit den Themen „Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“ und „Sozialismus in der DDR“ im Rahmen einer Unterrichtseinheit behandelt werden, der die entsprechenden Lernziele des Themas „Probleme internationaler Politik“ (Hauptschule Klasse 9) zugrundegelegt werden können; es empfiehlt sich, diese Unterrichtseinheit mit dem **Besuch eines Jugendoffiziers** der Bundeswehr zu verbinden.

- 3.4 Auch der Unterricht in den Fächern **Geschichte** und **Erdkunde** leistet einen facheigenen Beitrag zur politischen Bildung.

- 3.4.1 Im **Geschichtsunterricht** können die Lernbereiche des Faches Sozialkunde unter dem ihnen eigenen Aspekt der geschichtlichen Entwicklung und Bedingtheit berücksichtigt werden,

Darüber hinaus ergänzt die Behandlung folgender Themen den Sozialunterricht:

- Politische Parteien in Deutschland
- Die soziale Frage und die Sozialstaatsentwicklung
- Die Weimarer Demokratie und der Nationalsozialismus

- Der Ost-West-Gegensatz und die Deutschlandfrage nach 1945
- Die europäische Integration
- Kolonialismus und Dritte-Welt-Problematik

3.4.2 Im Erdkundeunterricht können die folgenden Themenbereiche, die Bezüge zur politischen Bildung aufweisen, behandelt werden:

- Stadtplanung und Stadtsanierung
- Industriell-technischer Fortschritt und Öko-System
- Grenzen des Wachstums?
- Probleme der Entwicklungsländer

3.5 Für die Reihenfolge der sozialkundlichen Themen waren folgende Überlegungen maßgebend:

- Es sollten möglichst viele Themen für die drei Schularten übereinstimmend ausgearbeitet werden, durften also zeitlich nicht zu weit auseinander liegen.
- Die Schüler sollen möglichst zu Beginn des Sozialkunde-Unterrichts befähigt werden, Erfahrungen und Beobachtungen aus der eigenen Umwelt in den Unterricht einzubringen, zu ordnen und begrifflich zu durchdringen und so lernen, daß Politik sie in ihrem eigenen unmittelbaren Lebenskreis betrifft.
- Die Massenmedien sollen möglichst früh zum Unterrichtsgegenstand gemacht werden; da die meisten unserer Informationen über Gesellschaft und Politik durch sie vermittelt sind, müssen sie fast ständig Unterrichtsmittel sein.

Für Realschulen und Gymnasien ist im übrigen aus Gründen der Zeitersparnis der Versuch gemacht, die Thematik Politische Beteiligung und Willensbildung mit der kommunalen/regionalen Ebene zu verbinden.

4. Didaktische Strukturierung der Themen

Die im Themenkatalog genannten verbindlichen Themen sind alle nach einem einheitlichen Schema didaktisch ausgearbeitet:

1. Didaktische Analyse
2. Allgemeine fachspezifische Lernziele
3. Lernzielorientierte Aufbereitung des Themas
4. Literatur- und Materialhinweise

4.1 Zur Funktion der didaktischen Analyse

Die didaktische Analyse spricht das Thema an unter den Aspekten des „didaktischen Dreiecks“ von wissenschaftlicher, gesellschaftlicher und erzieherischer Bedeutsamkeit. Sie soll die Ziele, die gewählten Teil-

themen und ihre Reihenfolge begründen, auf schulische Bedingungen der Behandlung des Themas und der Erreichbarkeit der Ziele hinweisen, evtl. auch spezifizierte Akzentsetzungen, Auswahl- und Kürzungsmöglichkeiten innerhalb des Themas benennen. Die didaktische Analyse erläutert damit Funktion und Struktur des Themas.

4.2 Zur Hierarchie und Klassifikation der Lernziele

Zu jedem Thema enthalten die Ausarbeitungen folgende Klassen von Lernzielen:

Unter Nr. 2

- Eine oder mehrere Allg. Qualifikationen, denen das Thema zugeordnet ist
- Methodenziele
- Verhaltensziele (wertorientierte Einstellungen)

Unter Nr. 3 (im Spaltenschema)

- Problemziele
- Methodenziele
- Grundbegriffe

Alle Lernziele sind als **verbindlich** anzusehen mit Ausnahme der im Spaltenschema (Nr. 3) zur Anregung formulierten Methodenziele. Zum besseren Verständnis der gewählten Lernzielordnung und Benennung sei hier zunächst auf eine Möglichkeit der systematischen Lernzielordnung verwiesen.

In Orientierung an Taxonomien, die aus der allgemeinen didaktischen Literatur bekannt sind (Bloom, Roth), kann man für Sozialkunde folgende **Systematisierung von Lernzielen** vornehmen:

		Lz.-Klassen		
		kognitiv	instrumental	„affektiv“
Lz.-Ebenen	Wissen/Kennen	Sich-Informieren	Aufmerken/ Wollen	
		Analysieren	Miteinander- sprechen	
	Erkennen/ Verstehen	Synthetisieren	Kooperieren	
		Argumentieren		
Urteilen	Transferieren/ Anwenden	Werten/Sich- Identifi- zieren		

Eine solche Systematik ist geeignet, sich die Dimensionen und Ebenen des Lernens vor Augen zu führen. Sie ist jedoch nicht geeignet, die Lernziele in eine dem Unterrichtsverlauf angemessene Reihenfolge zu bringen. Wollte man den Unterrichtsablauf in dieses Schema eintragen, so käme man zu einer ständig von rechts nach links und umgekehrt verlaufenden Linie. Eine **Lernzielanordnung** und -einteilung, die es ermöglicht, unter Nr. 3 im Spaltenschema den Unterrichtsprozeß **und** die Struktur der Gegenstände auf Lernziele hin zu orientieren (= **Lernzielorientierter Lehrplan**), war daher vorzuziehen. Die allgemeineren, im Spaltenschema auf den Unterrichtsablauf hin operationalisierten Lernziele sind deshalb in Nr. 2 vorweg formuliert.

Zur Interpretation der Lernzielgruppen im einzelnen:

Die **Allg. Qualifikationen** sind komplexe, alle Lernzielklassen und -ebenen umfassende Zielbeschreibung. Sie haben den Sinn, das allgemeine Ziel politischer Bildung (vgl. oben unter 2.2) differenzierter zu entfalten und auf die wichtigsten Lernbereiche des Politischen zu beziehen.

Die **Verhaltensziele** wollen nicht ein beobachtbares „Endverhalten“ des Schülers im Sinne der behavioristischen Lerntheorie beschreiben, sondern die wünschbaren werthaftern Einstellungen und Verhaltensweisen. Sie bewegen sich, bezogen auf obige Systematik, auf der zweiten und dritten Stufe der „affektiven“ Dimension.

Die **Methodenziele** beschreiben die angestrebten formalen und instrumentalen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler. Ihre Bedeutung – im Vergleich zum „Stofflernen“ – sei hier besonders betont. **Deshalb sind die unter Nr. 2 als verbindlich formulierten Methodenziele im Spaltenschema zur Anregung für den Lehrer noch einmal stärker operationalisiert.**

Der Plan will kein fertiges Unterrichtsprogramm verbindlich machen; das würde den freien Kommunikationsprozeß in der konkreten Unterrichtssituation eher hindern als fördern. Dieser freie Prozeß kann sich umso besser entfalten, je sachgemäßer der Lehrer ihn unter Vermeidung von „Stoffhuberei“ steuert. Dazu sollen die operationalisierten Methodenziele im Spaltenschema helfen. Im übrigen sei zur Vermeidung von Mißverständnissen **darauf hingewiesen, daß die Methodenziele des Planes nicht einem rein formalen, sondern einem kategorialen Verständnis von Bildung verpflichtet sind:** sie beschreiben nicht rein formale, sondern dem jeweiligen Gegenstand angemessene Fähigkeiten der Information, der Analyse und Synthese, der Beurteilung und des Transfers. Sie sollen damit zugleich die Möglichkeit zeigen, wie die in der Didaktik der politischen Bildung als zentral angesehenen **Kategorien (Schlüsselfragen)** des Politischen vermittelt werden können. Auf obige Lernzielsystematik bezogen gehören sie in die mittlere Spalte, sind aber von der linken und rechten nicht zu trennen.

Die **Problemziele** sind für das dem Plan zugrundeliegende Verständnis politischer Bildung von zentraler Bedeutung. Wie oben unter Nr. 2 schon ausgeführt, basiert der Plan auf der Voraussetzung, daß die Wertbezüge und Strukturprinzipien des Sozialen und Politischen ein spannungsvolles Gefüge bilden. Aus ihm erklärt sich die **Problemstruktur der politischen Phänomene**, mit denen es der Unterricht zu tun hat. Sie verbietet vor-schnelle und einfache Erklärungen und Bewertungen, sie erfordert das Aushalten von Komplexität, das Denken in Alternativen, das In-Frage-Stellen von Vorurteilen, den Versuch, Entscheidung und Engagement rational zu begründen. **Problemziel heißt nicht**, daß der Schüler am Ende des Unterrichts die Probleme lösen, die gestellten Fragen schlüssig beantworten können soll; es **heißt vielmehr**, daß er lernen soll, das Problem als solches zu erkennen, es zu formulieren und Wege der Information und Urteilsbildung zu nennen und zu nutzen. **Insofern bietet die Spalte der Methodenziele unter Nr. 3 die Operationalisierung der Problemfrage**, die als Leitfrage zur Strukturisierung des Unterrichts in der ersten Spalte in möglichst schülergemäßer Form gestellt ist. In einigen Themen ist unter der Leitfrage in der Problemspalte dazu angegeben, wie das Problem begrifflich-kategorial gefaßt werden kann. Dabei soll die Gegenüberstellung von Grundbegriffen die oben unter Nr. 2.1 angesprochene Dialektik der Prinzipien und Normen des Sozialen und Politischen ausdrücken. Bezogen auf die Lernzielsystematik gehören die Problemziele in die Spalte der kognitiven Ziele, und zwar auf die Ebenen des Verstehens und Urteilens; der mögliche Erkenntnisinhalt dieser Ziele wird in der Didaktik von manchen Autoren auch als Einsicht bezeichnet. In der dritten Spalte des Spaltenschemas sind die **Grundbegriffe** genannt, die die Schüler am Ende der Unterrichtseinheit kennen sollen. Die Schüler sollen diese Grundbegriffe nicht nur äußerlich wissen, sondern möglichst angemessen definieren können. Sie enthalten Grundwissen im Sinn der ersten Ebene kognitiven Wissens in der o. a. Systematik, beziehen sich aber ebenso wie die Problemziele auch auf die komplexeren Lernziel-ebenen. Damit wird deutlich, daß der Unterricht nicht damit beginnen darf, „Grundwissen“ zu vermitteln, sondern ausgehend von Fragen grund-legende Kenntnisse und Erkenntnisse nur zusammen mit Operationen des Erarbeitens und der Analyse vermitteln soll. Nicht nur das Prinzip des methodischen Lernens, sondern auch die Problemstruktur der Gegenstände ließ es geraten erscheinen, keine sogenannten Kenntnis- und Erkenntnisziele getrennt von den Problem- und Methodenzielen zu formulieren. **Das Grundwissen der politischen Bildung ist in den Problem- und Methodenzielen hinlänglich enthalten und in den Grundbegriffen zusammengefaßt.** Dem Prinzip der kategorialen Bildung widerspricht die Trennung des inhaltlichen Wissens von den Kategorien und Operationen. Im übrigen wird der Verzicht auf Lernziele im Stil von „Lernen, daß . . .“, die im strengen Sinn eigentlich Lehrziele heißen müßten, dem Tatbestand eher gerecht, daß auf dem Feld der Sozialwissenschaften über das bloße Faktum hinaus inhaltliche Aussagen nicht ohne methodische und theoretische Voraussetzungen zu haben sind und kontrovers bleiben.

4.3 Spaltenschema und Unterrichtsverlauf

Das Spaltenschema unter Nr. 3 jeden Themas ordnet die drei Zielgruppen (Problemziele, Methodenziele, Grundbegriffe) möglichen Inhalten, Medien und Unterrichtsverfahren zu. Es hat damit eine **dreifache Aufgabe**: es soll

- die Gesamthematik in Teilthemen gliedern,
- einen möglichen Unterrichtsverlauf im Grundriß angeben,
- Sachstruktur und Unterrichtsprozeß auf Lernziele hinordnen (= **Lernzielorientierter Lehrplan**).

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit werden die **Inhalte, Medien und Unterrichtsverfahren** nicht in getrennten Spalten, sondern **zusammen** ausgewiesen. Die Trennung der Spalten hätte angesichts der Interdependenz der Bezugsgrößen ständige Wiederholungen nötig gemacht und detaillierte Anregungen für den Unterrichtsverlauf verhindert.

Alle Angaben in der rechten Spalte sind nur als Anregungen und Empfehlungen zu verstehen.

Was **Unterrichtsmethoden** und **Verfahrenswesen** betrifft, so zeigen die Angaben in der rechten Spalte ebenso wie die oben begründete Akzentuierung der Problem- und Methodenziele den Vorrang **kommunikativer und kooperativer** Formen des Unterrichts. Dies ist nicht eine äußerliche oder gar modische Neigung, sondern ergibt sich aus dem oben (vgl. 2.1 und 2.2) umschriebenen Verständnis politischer Bildung. Das Formprinzip personal orientierter politischer Bildung ist der **Dialog**, unter mehreren Aspekten:

- erzieherisch, weil der Unterricht von der Betroffenheit des Schülers ausgehen soll, um seine Urteilsfähigkeit zu fordern und zu fördern;
- didaktisch, weil die Gegenstände in ihrer Problemstruktur vorgestellt werden sollen;
- methodisch, weil das Gespräch und die Auseinandersetzung die dem Politischen angemessenen Unterrichtsformen bilden.

Bezieht man die oben (unter 4.2) wiedergegebene Systematik von Lernzielen auf den Unterrichtsverlauf, dann ergibt sich im Idealfall folgendes **Verlaufsschema**: Der Unterricht beginnt mit Fragen und Problemen, die die Aufmerksamkeit der Schüler erregen, Intentionen wecken; in kommunikativen Formen werden zu den Fragen Informationen gesammelt und ausgewertet, werden Kenntnisse und Erkenntnisse gewonnen; diskutierend und argumentierend werden Schlußfolgerungen gezogen, Urteile gebildet, ausgetauscht, verglichen, auf neue Fragen angewandt, an ihnen erprobt; dieser Prozeß der Auseinandersetzung und Urteilsbildung, der immer auch die Erörterung von Handlungs- und Verhaltensmöglichkeiten einschließen

sollte, gibt dem einzelnen Schüler Gelegenheit der Entscheidung, der Bewertung, des Sich-Identifizierens mit bestimmten Positionen und Werten. Ohne Frage gehören in diese Art von Unterricht auch Phasen des systematischen Kenntniserwerbs, und auch das lehrgangmäßige Unterrichten hat darin seine positiven Aufgaben. Es sollte jedoch dort, wo der lehrerzentrierte Lehrgang herkömmlicher Art noch vorherrscht, auf jeden Fall der Versuch gemacht werden, ihn durch Problemorientierung und methodisches Lernen anzureichern.

4.4 Literaturangaben

Zu jedem Thema wird in einem 4. Abschnitt Literatur genannt, unterteilt in wissenschaftliche und in didaktisch-methodische bis hin zu unterrichtlich verwendbaren Materialien und Medien. Durch ein Zeichen am Rand (x) wird auf Einführendes, Grundlegendes oder unterrichtlich besonders Hilfreiches hingewiesen.

5. Überprüfungsmöglichkeiten

Angaben zur Lernzielkontrolle und Leistungsprüfung werden zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht. Die im Spaltenschema formulierten Methodenziele sind zugleich Anregungen zur Lernzielkontrolle, insofern sie Verfahren und Techniken, bezogen auf Gegenstände, angeben.

Hauptschule, Klasse 7, 1. Thema
Realschule / Gymnasium, Klasse 9, 1. Thema

Die Schulklasse als Gruppe (Einführung in die Gruppensoziologie)

1. Didaktische Analyse

Neben der Familie prägt die Schulklasse in starkem Maße den **Sozialisationsvorgang** der Schüler. Erfahrungen der Schulzeit bestimmen das spätere Verhalten mit. Im unmittelbaren Erfahrungsfeld der Schulklasse erkennt der Schüler – zunächst, ohne darüber zu reflektieren – eigene Interessen, die er durchsetzen will. Er gerät in Konflikt mit anderen Interessen und mit sozialen Normen und sucht einen Ausgleich. Diese alltäglichen Erfahrungen sollen im Verlauf dieser Unterrichtsreihe aufgegriffen werden und Grundlage einer Einführung in die **Gruppensoziologie** bilden. Die Funktion der Schule als Sozialisationsinstanz kann dabei allenfalls am Rande angesprochen werden.

Die **gesellschaftliche Bedeutung** dieses Themas ergibt sich aus der Tatsache, daß bei der Darstellung der Institution Schule mit Rollen, Rollenerwartungen, Interessen, Normen, Sanktionen und Konflikten beispielhaft sowohl Selbstbestimmung und Durchsetzung eigener Interessen wie die notwendige Einordnung in der sozialen Umwelt innerhalb des unmittelbaren Erfahrungsfeldes der Schüler faßbar werden. Weiter soll der Beitrag der Schule bei der sozialen Platzierung junger Menschen angesprochen werden.

Der Schüler erlebt Schule als Ort der Wissensvermittlung und stellt fest, daß sich dieser Vorgang organisiert und innerhalb bestimmter Spielregeln vollzieht. Spätestens wenn er mit solchen Normen in Konflikt gerät, fragt er nach deren Notwendigkeit. Der ältere Schüler erwartet eine Begründung für schulische wie gesellschaftliche Normen und möchte bei der Formlierung bzw. Veränderung beteiligt werden. Vom ersten Schultag an erlebt der Schüler, daß sich Unterricht in einem bestimmten sozialen Umfeld vollzieht, das den Unterricht wie die eigene Entwicklung und das eigene Verhalten beeinflußt.

In einer pluralistischen Gesellschaft, die auch vom konkurrierenden Verhalten unterschiedlicher Interessengruppen geprägt wird, hat die Schule neben ihrer Tätigkeit bei der Vermittlung und Erarbeitung kognitiver und instrumentaler Lernziele dazu beizutragen, daß die Jugendlichen fähig werden, innerhalb eines normativen Rahmens eigene wie Gruppeninteressen wahrzunehmen und durchzusetzen. Dabei soll der stets erkennbare personale Aspekt auch bei scheinbar reinen Sachfragen erkannt werden. Die Schüler sollen auch aus der eigenen Interessenlage heraus Notwendigkeit und Vorteil von Institutionen erkennen. Sie sollen im Zusammenhang mit einer Reflexion über Normen zu einem sachlich wie mitmenschlich notwendigen Maß zur Einordnung fähig und bereit werden. Rollen und Rollenerwartungen von Schülern, Lehrern, Eltern und anderer gesellschaftlicher Gruppen werden erörtert, um

im Zusammenwirken der an der Schule beteiligten und interessierten Personen und Gruppen das Interdependenzproblem unserer Gesellschaft anzudeuten.

Aus dieser allgemeinen Zielbestimmung ergeben sich **Aufbau** und **Struktur** des Themas Schulklasse. Es ist in 4 Teilthemen gegliedert:

1. Merkmale gruppenspezifischen Verhaltens
2. Auswertung eines vereinfachten Soziogramms
3. Einflußmöglichkeit des Schülers in der Schule
4. Interessen der Eltern und der Gesellschaft und deren Einfluß

Das erste Teilthema vermittelt Grundkenntnisse über Gruppenbildungen und gruppenspezifisches Verhalten. Zweifaches wird dadurch geleistet: Zum einen sollen Begriffe und Methoden für die weitere Behandlung des Themas erörtert und bereitgestellt werden. Zum anderen wird von vornherein der Aspekt der Übertragbarkeit außerschulischer Gruppenbildungen ins Blickfeld gerückt.

Die Analyse eines vereinfachten Soziogramms ermöglicht bei Anwendung einfacher empirischer Methoden eine Vielzahl von Rückschlüssen auf die Klassenstruktur. Die inhaltliche Auswertung bedarf jedoch der Relativierung durch Aufzeigen möglicher Fehlerquellen.

Da die Offenlegung bisher unbekannter Strukturen in der eigenen Klasse u. U. zu durch den Lehrer kaum zu kontrollierenden Folgen führen kann, wird man in aller Regel ein Soziogramm einer fremden Klasse auswerten.

Die beiden folgenden Teilthemen befassen sich mit den teilweise unterschiedlichen Interessen der an der Schule beteiligten Gruppen und Personen: Schüler, Lehrer, Eltern und anderer außerschulischer Gruppen.

2. **Fachspezifisch allgemeine Lernziele**

2.1 **Allgemeine Qualifikation** (Nr. 4)

Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung.

2.2 **Methodenziele**

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln,

- Sachverhalte der sozialen Umwelt mit Hilfe soziologischer Grundbegriffe zu erklären.
- einfache empirische Untersuchungen zur Klärung eigener Lebenssituationen zu gebrauchen.
- angewandte Untersuchungsmethoden auf ihren Aussagewert hin zu überprüfen.
- Normen aus der eigenen wie aus einer fremden Interessenlage heraus zu begründen.

2.3 Verhaltensziele

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln,

- Strukturen ihrer Schulklasse konstruktiv zu verbessern.
- eigene Interessen zu formulieren und zu vertreten.
- Konflikte rational zu regeln und in Kompromissen Chancen von Interessenausgleich zu erkennen.
- Normen und Sanktionen zu überprüfen.
- Rechte wahrzunehmen und Pflichten zu übernehmen.
- gesellschaftliche Tatbestände und Prozesse nicht eindimensional (monokausal) zu erklären, sondern in ihnen den Einfluß vielfältiger, legitimer Interessen zu sehen.

Lernziele

Lernziele			Inhalte/Medien/Verfahren
Probleme	Methoden	Grundbegriffe	
1. Wovon ist das Zusammenleben in einer Schulklasse bestimmt?	Die Schüler sollen – ihre Zugehörigkeit zu Gruppen erkennen und über deren Notwendigkeit reflektieren	Kleingruppe	Unterscheidung: Gruppe – Menge Graph. Darstellung Gruppen als zweckgerichtete Interessensgemeinschaft Kleingruppen: Familie, Schulklasse, Sportmannschaft etc.
Individuum – Gruppe	– den Menschen als soziale Person (gesellsch. Wesen) kennzeichnen – unterschiedliche Gruppen nennen und deren Funktion beschreiben können – ihre Zugehörigkeit zu Gruppen erkennen und daraus Rollenerwartungen nennen können	Formelle –, informelle Gruppe Rolle	Aufzählen – sammeln – ordnen „Wir-Gefühl“ Überschneidungen von Rollenerwartungen
Interesse – Konflikt	– erkennen, daß verbindliche Normen das Zusammenleben in einer Schulklasse regeln und daß Sanktionen die Einhaltung der Normen sichern sollen	Rollenkonflikt	Kontrolle von Interaktionen in der Schulklasse durch Sanktionen

2. Welche Faktoren bestimmen Position und soziale Beziehungen in einer Schulklasse?

– unterschiedliche Rollen des Lehrers nennen und mögliche Rollenkonflikte des Lehrers aufzeigen können

– über die Entstehung von Konflikten in der Schule diskutieren und rationale Formen von Konfliktregelungen nennen können

Die Schüler sollen

– ein vereinfachtes Soziogramm analysieren können

– über die Situation einzelner Figuren bzw. Positionen reflektieren

Soziogramm

Der Lehrer als:

- Beamter, Staatsbürger, Familienmitglied
- Fachlehrer, Verbindungslehrer, Klassenleiter, Schulleiter

Ursachen von Konflikten
Konflikt und Interessenvertretung

Rollenbeispiel: Rationale
Regelung eines in der
Schulklasse entstandenen
Konflikts

Moreno: Soziometrie
Cappel: Das Kind in der
Schulklasse
Auswertung eines
Soziogramms
Grenzen und Fehlerquellen
Positionen: Star,
schwarzes Schaf, Igel,
Mitläufer
Figuren: Paar, Dreieck,
Kette, Clique
Haben Stars oder
Cliquen eher positive
oder eher negative
Funktionen?

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
	<ul style="list-style-type: none"> - Ursachen für die Entstehung bestimmter Figuren und Positionen aufzeigen können - Möglichkeiten diskutieren, die eigene Klassenstruktur konstruktiv zu verbessern 		<p>Wie wird man Star, schwarzes Schaf, Mitläufer?</p> <p>Rollenspiel: Veränderung der Klassenstruktur Was kann man tun, um schwarzen Schafen aus ihrer Isolierung zu helfen? Wie kann der Machtanspruch von Stars begrenzt werden?</p>
<p>3. Welche Möglichkeiten hat der Schüler, auf das Schulleben Einfluß zu nehmen?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - erkennen und begründen können, daß für das Zusammenleben in Gruppen Normen notwendig sind - die die Schule betreffenden Normen nennen können - die eigenen Teilnahmemöglichkeiten nennen und einschätzen können 	<p>Institution</p> <p>Klassensprecher, Schülermitverantwortung (SMV), Schulausschuß</p>	<p>Grundgesetz, Landesverfassung, Schulgesetz, Schulordnung, ZVO, SMV, Hausordnung</p> <p>Hierarchie von Normen</p> <p>Die SMV als Möglichkeit der Konfliktregelung auf unterer Ebene</p>

<p>4. Werden in der Schule die Interessen von Eltern und Gesellschaft ausreichend berücksichtigt?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Fähigkeit entwickeln, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen - über Möglichkeiten und Grenzen einer Erweiterung der Einflußmöglichkeiten zu diskutieren <p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - gesetzliche Normen auffinden, die das Verhältnis Schule – Elternhaus regeln 	<p>Elternrecht Schulrecht</p>	<p>Schulgesetz, Schulordnung, Richtlinien für die SMV, Erlaß für Schülerzeitungen Durchführung einer Klassensprecherwahl Schülerbeteiligung in verschiedenen Bereichen (Unterrichtsplanung, Notengebung u. a.)</p>
<p>Elternrecht – Schulrecht</p>	<ul style="list-style-type: none"> - prüfen, auf welche schulischen Entscheidungen die Eltern Einfluß nehmen können - diskutieren, ob den Eltern zusätzliche Rechte oder Pflichten übertragen werden sollen - durch Auswertung der Massenmedien aufzeigen, welche gesellschaftlichen Kräfte Interesse an der Schule zu erkennen geben und welche Argumente hierzu genannt werden 	<p>Klasseneleitern- versammlung Elternbeirat</p>	<p>Art. 6 Abs. 2 GG Art. 23 Abs. 1 LVerf. RLP Schule und Elternhaus als Sozialisationsträger Konflikt zwischen Schule und Elternhaus bei unterschiedlichen Erziehungsgrundsätzen</p>
		<p>Chancengerechtig- keit</p>	<p>Kulturhoheit Parteien, Verbände, Kirchen</p>

1. Zur wissenschaftlichen Grundlegung und Orientierung

Begabung und Lernen. Gutachten und Studien der Bildungskommission, Stuttgart 1972, 2. Auflage

Bolte, Karl Martin: Deutsche Gesellschaft im Wandel 2, Opladen 1970, S. 85 bis 186

Cappel, W.: Das Kind in der Schulklasse, Weinheim 1963

- x Fend, Helmut: Gesellschaftliche Bedingungen schulischer Sozialisation, Weinheim 1975, 2. Auflage

Heckhausen, H.: Leistung und Chancengleichheit, Göttingen 1975

- x Heintz, P. (Hrsg.): Soziologie der Schule, Köln, Opladen 1969⁶

- x Moreno, Jakob L.: Die Grundlagen der Soziometrie, Köln, Opladen 1967

Ulrich Dieter, Mertens, Wolfgang: Urteile über Schüler. Zur sozialpsychologischen Diagnostik, Weinheim 1974, 2. Auflage

- x Zoll, Ralf, Binder, Hans-Jörg: Die soziale Gruppe. Grundformen menschlichen Zusammenlebens, Frankfurt 1974, 6. Auflage, Diesterweg 7576.

2. Zur Didaktik und Methodik; Materialien

Gibt es eine „richtige“ Ordnung für die Schule? Konflikte im Schulleben. Planungsmaterial für den Politischen Unterricht (NRW), Klett 014524

Glatt, Walter: Soziale Schichtung und Mobilität. Schule als Verteilerstelle sozialer Chancen. In: Wehling, Hans-Georg, (Hrsg.): Unterrichtspraktisches Handbuch zur Politischen Bildung, München 1973, S. 31 bis 49

Schmiederer, Rolf: Schule und Gesellschaft II. Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht. H. 26, Frankfurt/M., Köln 1974

- x Schule als Feld sozialen Lernens, Politische Bildung 1973/2, Klett 96677

Böttcher, G., Herweg, G.: Schule (Arbeitsheft), Diesterweg 3364

Gibt es eine „richtige“ Ordnung für die Schule? Konflikte im Schulleben. Schülerheft, Klett 014514

Heinemann, Horst: Können Schüler mitbestimmen? Schroedel 5032

Jahnke, K. Hellmuth: Familie, Schule, Zur Politik, Schöningh 24020

Hauptschule, Klasse 7, 2. Thema

Die Gemeinde als politisches Aktionsfeld

1. Didaktische Analyse

In den letzten Jahren sind die Gemeinden verstärkt in das öffentliche Interesse gerückt. Analysen von Wohnungsbau und Wohnungsnutzung, Probleme der Altstadtsanierung und der Satellitenstädte, „sterbende“ Innenstädte, Forderungen nach Kinderspielplätzen und Kindergärten, aber auch besonders Finanzierungsprobleme führten zu einer verstärkten Beschäftigung mit der Leistungskraft der Gemeinden und mit Möglichkeiten verstärkter Partizipation der Bürger am Prozeß der Willensbildung.

Unter Gemeinde wird hier das unterste politische Gemeinwesen im Staat verstanden, ein rechtsfähiger Verband (Gebietskörperschaft), der eine Gebietshoheit ausübt. Ihm unterliegt jeder, der sich auf diesem Gebiet aufhält. Unter diese Bezeichnung fällt selbstverständlich auch die Stadt, da heute Städte den anderen Gemeinden rechtlich gleichgestellt sind.

Bedeutsam erscheint heute eine Einteilung in kreisangehörige und kreisfreie Gemeinden. Kreisfreie Gemeinden erfüllen über ihre gemeindlichen Angelegenheiten hinaus auch Aufgaben, die sonst den Kreisen obliegen. Als Besonderheit wären die großen kreisangehörigen Städte gegebenenfalls zu berücksichtigen.

Grundgesetz (Art. 28) und Landesverfassung von Rheinland-Pfalz (Art. 49) legen fest, daß die Gemeinden „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in Selbstverwaltung regeln, soweit nicht Bund oder Länder zuständig sind“ (Prinzip der Allzuständigkeit).

Das Prinzip der Selbstverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland kann durch das Prinzip der Subsidiarität zusätzlich begründet werden, d. h. der Staat und alle größeren politischen Einheiten sollen die Eigentätigkeit kleinerer Einheiten fördern und unterstützen und nur solche Aufgaben übernehmen, die kleinere politische Gebilde nicht lösen können.

Die **Selbstverwaltungsaufgaben** der Gemeinden lassen sich nach Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben unterteilen. Zur ersten Kategorie zählen Aufgaben, die die Gemeinden zwar selbständig erfüllen, zu deren Übernahme sie jedoch gesetzlich verpflichtet sind. Dagegen ist die Übernahme freiwilliger Aufgaben den Gemeinden freigestellt.

Neben den Selbstverwaltungsaufgaben übernehmen die Gemeinden auch **Auftragsangelegenheiten des Staates**. Dies führt zu einem Doppelcharakter der deutschen Gemeinden: sie sind Selbstverwaltungskörper und zugleich ausführende Organe des Staates.

Das Thema „Gemeinde als politisches Aktionsfeld“ erscheint für den Sozialkundeunterricht besonders geeignet. Die (relative) Überschaubarkeit einer

Gemeinde ermöglicht eine unmittelbare Begegnung der Schüler mit der Politik. Politische Spannungen können sogar unmittelbar beobachtet und vielleicht auch in ihren komplexen Zusammenhängen durchschaut werden.

Durch das persönliche Betroffensein von politischen Entscheidungen ist vielfach ein leichter Zugang zu Problemen der Gemeinde der Schüler möglich; dies besonders dann, wenn es gelingt, aktuelle, die Schüler unmittelbar interessierende Fragestellungen der eigenen Gemeinde auch zu thematisieren. Dadurch werden nicht nur Möglichkeiten der Motivation genutzt. Entscheidend ist, daß hier den Schülern politische Handlungsmöglichkeiten sichtbar werden und sie diese – in begrenztem Rahmen – aufgreifen, z. B. durch Verfassen von Leserbriefen, durch Fragen an Politiker, durch den Besuch von Stadt- bzw. Gemeinderatssitzungen usw.

Die Schüler stellen gleich zu Beginn des Sozialkundeunterrichts fest, daß (kommunal-) politisches Geschehen nicht vom persönlichen Lebensbereich getrennt werden kann. Sie erfahren an durchschaubaren Beispielen, daß sie nicht nur Objekte bleiben müssen, sondern auch als Subjekte in die Politik eingreifen können, daß dazu aber Befähigung zu selbständigem Urteil und persönliches Engagement notwendig ist.

Aus dem oben Dargelegten ergibt sich, daß bei dem Thema „Gemeinde als politisches Aktionsfeld“ aktuelle Probleme der jeweiligen Gemeinde Mittelpunkt des Unterrichts sein müssen. Daher läßt sich das Thema stofflich nicht fest abgrenzen; es sollten aber immer die wichtigsten Aufgaben einer Gemeinde, die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger und die wichtigsten Institutionen erarbeitet werden. Dabei müssen die Beziehungen der Gemeinde zu übergeordneten politischen Körperschaften und die Effizienz von Verwaltung transparent gemacht werden.

Im konkreten Einzelfall empfiehlt sich die Anwendung von Epochenunterricht, in dem eine die Gemeinde betreffende Fragestellung (z. B. Haus der Jugend, Sportplatz, Schwimmbad, Kinderspielplatz, Kindergarten) von der Initiative über Planung, Beratung, Beschluß bis zur Ausführung durchgearbeitet wird.

Der vorliegende Plan stellt das Thema nicht als Projekt dar. Dadurch soll sichergestellt werden, daß nicht Sachfragen weggelassen oder verkürzt werden, die den Einzelfall nicht berühren. Gleichwohl sollte der Lehrer die einzelnen Themen nach den jeweiligen Gegebenheiten gewichten. Die Reihenfolge der unten aufgeführten Teilthemen soll jedoch den Unterricht im oben dargelegten Sinn erleichtern und der Gefahr einer vom konkreten Einzelfall losgelösten Institutionenkunde begegnen.

Das Thema wird in drei Teilthemen strukturiert, was induktives Vorgehen bei der Erarbeitung der Gesamtthematik ermöglichen soll.

1. Die den Gemeinden gestellten bzw. von diesen übernommenen Aufgaben
2. Zusammenschlüsse von Gemeinden zur Bewältigung größerer Aufgaben
3. Die Teilnahme am politischen Entscheidungsprozeß

Die Reihenfolge der Teilthemen ist so angelegt, daß zunächst der kommunalpolitische Entscheidungsprozeß den Schülern einen anschaulichen und unmittelbaren Zugang zu kommunalpolitischen Fragestellungen bietet und er dadurch die Aufgaben der Gemeinde am konkreten Einzelbeispiel erfährt. Das letzte Teilthema soll zudem die Schüler auf die Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Selbstverwaltung hinweisen.

2. Fachspezifisch allgemeine Lernziele

2.1 Allgemeine Qualifikationen (Nr. 1 und 4)

Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung.

Fähigkeit und Bereitschaft zur Wahrnehmung sozialer Kompetenz im Erkennen und Bewältigen gesellschaftlicher Probleme nach der Maßgabe persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

2.2 Methodenziele

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln,

- den Lokalteil einer Zeitung zur Information über lokalpolitische Fragestellungen zu benutzen,
- Lokalnachrichten verschiedener Zeitungen vergleichend zu analysieren,
- Informationen aus kommunalen Plänen (z. B. Haushalts-, Stadt-, Bebauungspläne) zu entnehmen,
- sich von Behörden Auskünfte und Material zu beschaffen,
- Anträge zu stellen,
- Argumente zu kommunalpolitischen Fragestellungen mündlich und schriftlich (z. B. Leserbriefe) wirksam vorzutragen,
- einfache Befragungstechniken anzuwenden.

2.3 Verhaltensziele

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln,

- Entscheidungen im kommunalpolitischen Raum zu beobachten und nach Einflußmöglichkeiten zu fragen,
- sich zur Durchsetzung von Interessen mit anderen zu solidarischem Handeln zusammenzuschließen,
- das Recht der Interessenvertretung zu bejahen und die daraus entstehenden Konflikte auszuhalten,
- Konflikt rational auszutragen,
- den Kompromiß als Mittel zur Konfliktregelung anzuerkennen,
- die Distanz zu politischen Mandatsträgern abzubauen und diese als vom Volk beauftragte Repräsentanten zu verstehen.

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
1. Hat die Gemeinde eigene Zuständigkeit?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Beispiele für die Aufgaben der Gemeinde aus Lokalpresse, Tagesordnungen von Ratssitzungen oder durch Befragen von Bürgern und/oder Mitarbeitern der Verwaltung und/oder Mandatsträgern ermitteln; – die Aufgaben der Gemeinde nach selbstgefundenen Gliederungsprinzipien ordnen und mit denen eines Haushaltsplanes vergleichen; – aus der Verschiedenartigkeit der Aufgaben mit Hilfe 28 GG das Prinzip der Allzuständigkeit der Gemeinde ableiten; – das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung aus GG und LV ermitteln; – die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben sowie Einnahmen und Ausgaben einiger (die Schüler interessierender) Einzeltitel dem Haushaltsplan einer Gemeinde entnehmen und in Schaubilder übertragen; 	<p>Haushaltsplan/Etat Vermögenshaushalt Verwaltungs- haushalt Allzuständigkeit</p> <p>Steuern, Gebühren</p>	<p>Die Aufgaben einer Gemeinde; Film: „Fließender Verkehr“ (FT 732, 18') „Abfall – Schattenseite des Überflusses“ (FT 2339, 18')</p> <p>Dia-Reihe: „Abfallbeseitigung“ (R 2244, 24 Bilder) freiwillige Aufgaben Pflichtaufgaben Auftragsangelegenheiten des Staates Selbstverwaltung</p> <p>Haushaltsplan GG Art. 28; LV Art. 49/50</p> <p>Die Einnahmen und Ausgaben einer Gemeinde; Diagramme Gemeindesteuern</p>

2. Wo liegen die Grenzen der Selbständigkeit einer Gemeinde?

- einen eigenen Prioritätenkatalog erstellen, ihn mit den geplanten Maßnahmen der Gemeinde vergleichen und nach möglichen Begründungen für Unterschiede suchen.

Die Schüler sollen

- aus Haushaltsplänen wichtige Gemeindesteuern und ihren ungefähren Ertrag ermitteln;
- durch Befragung der Verwaltung die begrenzte Finanzkraft der Gemeinde und ggf. die Verschuldung der Gemeinde feststellen;
- Aussagen zu Ursachen und Folgen der Verschuldung sammeln;
- einer Statistik über kommunales Steuereinkommen die Notwendigkeit eines kommunalen Finanzausgleiches entnehmen;
- bei Auflagen zu Zuschüssen Eingriffe des Staates in die Selbständigkeit der Gemeinde feststellen;
- an aktuellen Beispielen mögliche Begründungen für eine staatl. Aufsicht (und dadurch Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung) suchen;

kommunaler
Finanzausgleich

Prioritätenkatalog einer Gemeinde

Die begrenzte Finanzkraft vieler Gemeinden

Zuschüsse, Schlüsselzuweisungen, Auflagen

Staatliche Aufsicht über Gemeinden; Innenminister, Regierungspräsident, Landrat

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>3. Wie kann der Bürger in seiner Gemeinde auf Entscheidungen Einfluß nehmen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Karten zur Veranschaulichung überregionaler Aufgaben anfertigen; – die Notwendigkeit der Zusammenschlüsse von Gemeinden zu größeren Verwaltungseinheiten aus der Begrenztheit der Möglichkeiten der Einzelgemeinde ableiten können. <p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – sich in einem Verwaltungsgelände orientieren und sich dort Informationen beschaffen können; – sich zu aktuellen Problemen der Gemeinde Informationen beschaffen, z. B. durch: <ul style="list-style-type: none"> Teilnahme an einer Ratssitzung, einer Bürgerversammlung, der Mitgliederversammlung einer Bürgerinitiative; Gespräche mit Mandatsträgern; Befragung von Bürgern; Lesen von Nachrichten in Lokalzeitungen; Einblicke in Stadt- und Bebauungspläne; 	<p>Verbandsgemeinde, Kreis</p> <p>(Gemeinde)-verwaltung</p> <p>Bürgerversammlung, Bürgerinitiativen</p>	<p>Überregionale Aufgaben, Karten zur Veranschaulichung überregionaler Aufgaben (Schulwesen, Straßenbau, Abwasserbeseitigung u. a.)</p> <p>Gemeindezusammenschlüsse</p> <p>Eingemeindung, Verwaltungsreform</p> <p>Teilnahme an Sitzungen und Versammlungen;</p> <p>Tagesordnungen</p> <p>Berichte in der Lokalpresse,</p> <p>Bebauungsplan</p> <p>Partizipation des Bürgers</p> <p>Film: „Raumordnung – eine Aufgabe der Gesellschaft“ (FT 2242, 25')</p>

- ermitteln, wer an einer Entscheidung beteiligt ist und dabei wesentliche Organe der kommunalen Selbstverwaltung feststellen;
- Verfahren der Meinungs- und Willensbildung herausfinden und Abstimmungsverfahren kennenlernen;
- denkbare Einflußmöglichkeiten der Bürger auf das Geschehen in seiner Gemeinde wie: Kommunalwahlen, Bürgerversammlungen, Teilnahme an Bürgerinitiativen, Schreiben und Vorschläge an Mandatsträger, Gespräche mit Mandatsträgern, Anfertigen von Leserbriefen und Einlegen von Rechtsmitteln auf ihre Realisierbarkeit hin überprüfen.

Bürgermeister,
Beigeordneter,
Gemeinderat,
Stadtrat;
Fraktion

absolute, relative
Mehrheit; (freies)
Mandat,
Kommunalwahlen

Ausschüsse

Rollenspiele, die den
Entscheidungsprozeß
in einer Gemeinde zum
Thema haben.

4. Literatur

4.1 Zur fachwissenschaftlichen Grundlegung und Orientierung

- x Beer, Rüdiger Robert: Die Gemeinde. Grundriß der Kommunalpolitik. München-Wien 1970
- Freiberg, Werner: Grundfragen der Kommunalpolitik. Mainz 1970
- x Holler, Wolfgang / Naßmacher, Karl-Heinz: Rat und Verwaltung im Prozeß politischer Willensbildung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, B 4/76
- x Kommunale Spitzenverbände Rheinland-Pfalz (Hg.): Kommunalbrevier Rheinland-Pfalz, Auflage 1974. Mainz 1974
- Kühn, Dietrich: Kommunale Sozialplanung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1975

4.2 Zur Didaktik und Methodik; Materialien

Gagel, W., Grosser, D., Maier, H., Schörken, R., (Hg.): Politik und Partizipation in der Gemeinde. Schwerpunkt: Raumordnung und Stadtplanung. Politische Bildung, Jahrgang 7/1974, Heft 3, darin besonders

Klingbeil, Detlev: Unterrichtsmodell Stadtplanung und Bürgerbeteiligung. Die Gemeinde als sozialwissenschaftliches Arbeitsfeld

Klingbeil, Detlev: Stadtplanung und Bürgerbeteiligung. Die Gemeinde als sozialwissenschaftliches Arbeitsfeld. Politische Bildung. Materialien für den Unterricht, zu Heft 1974/3

Jahnke, K.-Hellmuth: Gemeinde und Kreis. Paderborn 1970 (Schöningh Nr. 2431)

Wehling, Hans-Georg und Rosemarie: Gemeinde Machteliten in einer mittleren Industriestadt, in: Wehling, Hans-Georg (Hg.): Unterrichtspraktisches Handbuch zur politischen Bildung. Modell für den Sozialkundeunterricht. München 1973

Westermann-Programm: Sozialgeographie Stadt. Am Verkehr teilnehmen. Programmiert von H. Haubrich und H. Schrettenbrunner. Braunschweig 1974, Nr. ISBN 3 - 14 - 184584 - 0

Westermann-Programm: Sozialgeographie Stadt. Sich bilden. Programmiert von H. Schrettenbrunner. Braunschweig 1972, Nr. 3 - 14 - 184582 - 4

Westermann-Programm: Sozialgeographie Stadt. Sich erholen. Programmiert von H. Haubrich. Braunschweig 1972, Nr. ISBN 3 - 14 - 184581 - 6

Westermann-Programm: Sozialgeographie Stadt. Arbeiten. Programmiert von D. Richter. Braunschweig 1975, Nr. ISBN 3 - 14 - 184583 - 2

Westermann-Programm: Sozialgeographie Stadt. In der Gemeinschaft leben. Programmiert von H. Schrettenbrunner. Braunschweig 1970, Nr. 134560

Hauptschule, Klasse 7, 3. Thema

Die Familie als Sozialisationsinstanz

1. Didaktische Analyse

Die Behandlung des Themas „Familie“ rechtfertigt sich wegen der Bedeutung der Familie als Vermittlerin zwischen Individuum, Kultur und Gesellschaft. Die in der Familie erfahrenen Einflüsse bestimmen den Lebensweg des Menschen, sein Selbstverständnis und sein Verhältnis zum Mitmenschen, so daß sie als Sozialisationsinstanz eine hervorragende Bedeutung für die Gesellschaft hat.

Sozialisation meint hier die elementare Entfaltung der menschlichen Person. Dazu gehören die Ausreifung der grundlegenden Fähigkeiten, die bei der Geburt nur bedingt funktionsfähig sind, die Vermittlung der dem Kulturkreis entsprechenden Lebensrhythmen und vor allem die Einführung in die geregelte Welt sozialer Beziehungen und ihrer Werte. Dieser Prozeß der „sozio-kulturellen Prägung des Individuums“ zielt auf die „Verinnerlichung“ der kulturspezifischen wertorientierten Einstellungen und ermöglicht die Entfaltung des Individuums zur Person.

Sozialisation bedeutet hier also nicht nur Anpassung des Individuums an die soziale Umwelt, sondern wird als ein Prozeß gesehen, bei dem das Individuum mit fortschreitender Entwicklung zunehmend Ich-Stärke gewinnen soll (Individuation) und dadurch immer mehr die Möglichkeit erhält, auf die soziale Umwelt einzuwirken.

Die ausgewählten Lernziele akzentuieren die Beziehungen zwischen der Familie und anderen gesellschaftlichen Gruppen und Subsystemen und die Funktion der Familie für die Erhaltung der Gesellschaft. Eine Analyse der internen Familienbeziehungen und Interaktionen zwischen den einzelnen Familienmitgliedern im Unterricht erscheint problematisch, da hier notwendig die Familienbeziehungen des einzelnen Kindes thematisiert werden müßten. Darüber hinaus sind Familien in hohem Maße individualisiert, so daß eine Betrachtung dieser Phänomene im Unterricht eher zu Kurzschlüssen und Vorurteilen als zu Verallgemeinerungen führt.

Die internen Beziehungen und das Interaktionsgefüge zwischen den einzelnen Mitgliedern einer Kleingruppe kann man für das Alter dieser Schüler eher am Beispiel der Schulklasse behandeln. Hier handelt es sich um eine Gruppe, deren Bedeutung für den einzelnen Schüler unmittelbar erlebbar ist. Gleichzeitig ist die Komplexität der Beziehungen innerhalb dieser durch die formale Organisation Schule bestimmten Gruppe erheblich reduziert. Eine knappe Analyse muß sich hier viel weniger den Vorwurf der Vereinfachung und Reduzierung von Realität gefallen lassen, als dies bei einer Analyse der internen Familienbeziehungen der Fall sein müßte.

Obwohl auf die Betrachtung der Familie als Kleingruppe verzichtet werden sollte, schließt dies die Erarbeitung von Begriffen wie „Rolle“, „Norm“ u. a. nicht aus.

Das Thema ist in 4 Teilthemen strukturiert:

1. Sozialer Wandel der Familie;
2. Bedeutung der Familie für die Sozialisation des Menschen;
3. Unterschiedliche Sozialisation von Jungen und Mädchen in der Familie;
4. Politische und soziale Unterstützung der Familie.

Die Reihenfolge der Teilthemen ist als Vorschlag zu betrachten, ein anderes Vorgehen im Unterricht erscheint durchaus möglich. Ein Teilthema „Familie als Wirtschaftsgemeinschaft“ entfällt, da es im Lehrplan der Arbeitslehre aufgegriffen ist.

Im vorliegenden Plan ist die Reihenfolge so angelegt, daß mit Hilfe der historischen Dimension die Probleme der Familie der Gegenwart durch mögliche Vergleiche herausgearbeitet und artikuliert werden können. Die Abfolge der übrigen Teilthemen richtet sich nach Möglichkeiten, an Schülermotivationen anzuknüpfen und ihre Vorerfahrungen zu integrieren. Das letzte Teilthema ist stofflich sehr breit gefächert; der Lehrer muß hier entsprechend dem Leistungsstand der Klasse Schwerpunkte wählen.

2. Fachspezifisch allgemeine Lernziele

2.1 Allgemeine Qualifikation (Nr. 1)

Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung.

2.2 Methodenziele

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln,

- durch Textinterpretationen soziale Strukturen, Funktionen und ihren Wandel zu beschreiben,
- Schaubilder und Tabellen zur Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland auszuwerten und zu verbalisieren,
- visuelle Eindrücke verbal aufzuschlüsseln,
- eigene Erfahrungen und Beobachtungen aus der sozialen Umwelt zu sammeln, zu systematisieren und auszuwerten,
- mit Gesetzestexten (Grundgesetz, Verfassung von Rheinland-Pfalz, BGB) thematisch zu arbeiten.

2.3 Verhaltensziele

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln,

- gegenseitige Rücksichtnahme zu üben,
- sich reflektiert mit Normen und Wertvorstellungen in der Familie zu identifizieren,
- sich für partnerschaftliches Verhalten in der Familie und in anderen Gruppen einzusetzen,
- in arbeitsteilig organisierten Gruppen einen angemessenen Beitrag zu leisten,
- tradierte geschlechtsspezifische Rollen zu überprüfen.

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>1. Welchen Wandlungsprozessen war die Familie in den letzten beiden Jahrhunderten ausgesetzt?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – mit Hilfe von Bildern und schriftlichen Quellen ableiten können, daß sich Größe und Struktur der Familien gewandelt haben. – mit Hilfe von Bildern und schriftlichen Quellen beschreiben und einander gegenüberstellen können, daß früher patriarchalische Familienstrukturen vorherrschten und heute ein Wandel zu partnerschaftlichen Strukturen stattfindet. – durch Auswerten von Bildern und Statistiken die Entwicklung zur Kernfamilie darstellen können. – einige Gründe für den sozialen Wandel der Familie nennen können. – an aktuellen Beispielen Konflikte zwischen partnerschaftlichen und patriarchalischen Anschauungen über das Zusammenleben in der Familie aufzeigen können. 	<p>Kernfamilie, Großfamilie, Patriarchat, Partnerschaft</p>	<p>Die Familie in Vergangenheit und Gegenwart: Die bäuerliche Großfamilie mit ihrem Gesinde (Bilder und Darstellungen in Lesebüchern) Material in: Otmar Geller: Familie in der industriellen Gesellschaft, S. 5 ff Berufsstatistiken von heute und aus der Zeit der Jahrhundertwende Statistisches Jahrbuch, Bolte Bd. 1</p>

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
2. Wozu braucht der Mensch eine Familie?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – mit Hilfe von Texten, Statistiken und Bildern Einsicht in die Bedeutung der Familie für die frühkindliche Sozialisation gewinnen. – Leistungen der Familie für die Entwicklung des Menschen nennen können. – Ableiten können, daß die Sozialisation aus mehreren Teilbereichen besteht (biologische, emotional-affektive Sozialisation, Enkulturation). – Wohnungsgrundrisse zeichnen und auswerten können, die kinderfreundlich bzw. kinderfeindlich genannt werden können. – Hausordnungen entwerfen, die den Bedürfnissen aller Hausbewohner Rechnung tragen. – Bedingungen formulieren können, die die Sozialisationsleistungen einer Familie negativ oder positiv beeinflussen können. 	Sozialisation	<p>Sozialisationsdefizite und Untersuchung ihrer Ursachen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Malson et al: Die wilden Kinder, Kap. 3, – Geschichten aus Lesebüchern – Wohnungsgrundrisse – Nowak, (Hg.): Wohnen und Wirtschaften, Lehrerhandbuch, S. 70 ff. – Nowak, (Hg.): Bedürfnisse – Einnahmen / Ausgaben, Schülerheft zum Thema: Wohnen und Wirtschaften, S. 4–11 – Meyers–Ehlers, Wohnung und Familie S. 54 ff. – Hospitalismus – Untersuchungen von

3. Soll es einen Unterschied in der Erziehung von Jungen und Mädchen geben?

- Mit Hilfe von Texten und Statistiken zum Thema „Hospitalismus“ erklären können, warum das Fehlen einer Familie in frühester Kindheit die Entwicklung des Kindes hemmt.
- Mit Hilfe von Texten über Kindesmißhandlungen und über den Werdegang jugendlicher Straftäter einen möglichen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Fehlentwicklung in der Familie aufzeigen können.

Die Schüler sollen

- durch Auswerten von Quellentexten und Bildern Erziehungsziele früherer Zeit beschreiben und sie anhand aktueller Beispiele mit heute vorherrschenden Erziehungszielen vergleichen können.
- aktuelle Beispiele geschlechtsspezifischer Erziehungsziele suchen, systematisieren und beurteilen können.
- Statistiken über Berufsabschlüsse und Schullaufbahnen analysieren und unterschiedliche Erziehungsleitbilder für Jungen und Mädchen daraus ableiten können.
- einigen Erziehungsmethoden Erziehungsziele zuordnen können.

Verwahrlosung

Erziehungsziel
Erziehungsmethode

- René Spitz und Annmarie Dührssen, z. Teil wird darüber in Studienbegleitbriefen der letzten Funkkollegs berichtet
- Berichte über Kindesmißhandlungen und über den Werdegang jugendlicher Straftäter in der Presse

Erziehungsziele früher und heute, geschlechtsspezifische Erziehungsziele

- Kinderbilder aus vergangenen Jahrhunderten, z. B. aus der Barockzeit und Kinderfotos aus dem 19. und 20. Jahrhundert
- Spielzeuge für Jungen und Mädchen; entsprechende Fernsehserien, Lesebücher, Werbung

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
			<ul style="list-style-type: none"> – Statistiken über Schullaufbahnen, Berufswünsche und Schulabschlüsse von Jungen und Mädchen – Berufswünsche von Schülern und Schülerinnen in der eigenen Klasse. <p>Die berufstätige Mutter</p> <ul style="list-style-type: none"> – 3 Phasen im Leben einer Frau (z. B. René König: Die Familie der Gegenwart, S. 61 ff. – Ursula Lehr: Die Frau in Familie und Beruf, S. 12 ff. – Belastung von Frauen in: 2. Familienbericht der Bundesregierung, S. 38 f. – Ariès, Ph., Geschichte der Kindheit, Hanser-Verlag 1975

4. Unter welchen Gesichtspunkten soll der Staat die Familie unterstützen?

Die Schüler sollen

- mit Hilfe von Statistiken, Schaubildern und Presseberichten das Interesse von Staat und Gesellschaft am Weiterbestehen der Familie nachweisen.
- mit Hilfe von Grundgesetz und Landesverfassung von Rheinland-Pfalz die wichtigsten Schutzfunktionen des Staates für die Familie ermitteln. Mit Hilfe von konkreten Beispielen familienfördernde Maßnahmen des Staates diskutieren.
- an einem konkreten Beispiel das Verhältnis Elternrecht / Kindesrecht / staatliche Aufsicht diskutieren können.

Familienpolitik
Elternrecht
Kindesrecht

Staatliche Maßnahmen zum Schutz der Familie:

- Verbot von Kinderarbeit
- Mutterschutz
- Kindergeld
- Lernmittelfreiheit
- Statistiken über die altersmäßige Zusammensetzung und über die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland
- Schaubild: Bevölkerungspyramide
- Artikel 3, 6 und 7 GG
- Artikel 23–27 LV von Rheinland-Pfalz
BGB § 1297 – 1921
- Statistiken und Angaben der kommunalen Sozialämter
Berichte aus Tageszeitungen und Zeitschriften über Maßnahmen zur Unterstützung von Familien

4. Literatur

4.1 Zur fachwissenschaftlichen Grundlegung und Orientierung

Bolte, Karl Martin u. a.: Deutsche Gesellschaft im Wandel Bd. 1 und 2, Opladen 1967

Claessens, Dieter: Familie und Wertsystem. Eine Studie zur „zweiten, sozio-kulturellen Geburt“ des Menschen und der Belastbarkeit der „Kernfamilie“, Berlin 1972

Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen (Hg.): Funkkolleg Sozialer Wandel, Studienbegleitbrief 7, Weinheim und Basel 1975

Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen (Hg.): Fernstudienlehrgang Sozialkunde, Barbara und Michael Pieper: Funktionswandel der Familie, Erprobungsfassung, Tübingen 1975

Goode, William, J.: Soziologie der Familie, München 1973

Koepke, Cordula: Die Frau und die Gesellschaft, München–Wien 1973

x König, René: Die Familie der Gegenwart. Ein interkultureller Vergleich, München 1974

x Lehr, Ursula: Die Frau in Familie und Beruf in: Psychologie Heute, . . . Mai 1975, S. 12 ff.

Lidz, Theodore: Familie und psychosoziale Entwicklung, Frankfurt 1971

x Neidhardt, Friedhelm: Die Familie in Deutschland. Gesellschaftliche Stellung, Struktur und Funktion, Opladen 1975

x Meyer-Ehlers, Grete: Wohnung und Familie. Ergebnisse einer Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau, unter Mitarbeit von S. Rughöft, Stuttgart 1968

Weber-Kellermann, Ingeborg: Die deutsche Familie. Versuch einer Sozialgeschichte, Frankfurt 1974

4.2 Zur Didaktik und Methodik; Materialien

CELF-Unterrichtseinheit „Familie“. Teilprojekt Curriculumentwicklung und Lehrerfortbildung im Modellversuch „Wissenschaft und berufliche Praxis“, Universität Bielefeld o. Jg.

Jahnke, K. Hellmuth: Familie, Schule, Paderborn 1970 (Schöningh, Nr. 24 020)

RPZ-Unterrichtsmodell: Familie für die 9. Klasse der Sekundarstufe I, 1/75, Bad Kreuznach 1975

RPZ-Information 4/75 „Sozialkunde“ enthält eine Auflistung und Besprechung von Unterrichtsmodellen zum Themenbereich „Familie“, Bad Kreuznach 1975

Wehling, Hans-Georg und Wehling Rosemarie: Rollen, Normen, Sozialisationsprozeß. Die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft in: Wehling, Hans-Georg (Hg.): Unterrichtspraktisches Handbuch zur politischen Bildung. Modelle für den Sozialkunde-Unterricht, München 1973

Geller, Otmar: Familie in der industrialen Gesellschaft (Politische Lektüren. Texte und Materialien für die Sekundarstufe I, herausgegeben von Hans Endlich) Diesterweg Nr. 3342

Hermann, Botho: Die Zukunft der Familie. Eine Materialsammlung (Religion heute. Texte, Materialien, Bilder zum Religionsunterricht, herausgegeben von Horst Heinemann und Siegfried Vierzig), Hannover, Berlin, Dortmund, Darmstadt 1970 (Schroedel, Nr. 5003)

Malson, Lucien und andere: Die wilden Kinder. Kapitel 3, Frankfurt 1974

Model-Creifelds: Staatsbürger-Taschenbuch, München 1974 (Zusammenfassung der Bestimmungen des BGB zum Familienrecht)

Nowak, Werner, (Hg.): Wohnen und Wirtschaften, Lehrerhandbuch, Arbeitslehre für das 7. Schuljahr. Unterrichtsfernkurs im Medienverbund), Verlagsgesellschaft Schulfernsehen, Köln 1975

Nowak, Werner, (Hg.): Bedürfnisse, Einnahmen, Ausgaben. Schülerheft zum Thema: Wohnen und Wirtschaften

von Seltmann, Lothar: Lohnt sich eine Ausbildung für Mädchen überhaupt? (Rollenspiele zur Wirtschaftslehre, herausgegeben von Klaus Farber und Bernhard Wittmann), Dortmund 1974 (Crüwell, Nr. 70 047)

Hauptschule Klasse 8, 1. Thema

Realschule / Gymnasium, Klasse 9, 2. Thema

Umgang mit Massenmedien (Politische Meinungsbildung)

1. Didaktische Analyse

Daß die Schule zum kritischen Umgang mit den Massenmedien erziehen soll, ist heute theoretisch allgemein anerkannt. Die **Bedeutung der Medien** für die Meinungs- und Bewußtseinsbildung der Bürger, für die Entstehung und Wandlung sog. öffentlicher Meinung, schließlich auch für die Sozialisation der nachwachsenden Generation muß als ganz beträchtlich angesehen werden, auch wenn die Aussagen der Medienwissenschaft hierzu kontrovers und noch nicht hinreichend gesichert scheinen.

Die Medien bewirken einerseits eine Art Allgegenwart des Weltgeschehens, ihre Adressaten andererseits leben in einer „gesendeten Welt“, d. h. die meisten unserer Informationen sind sekundärer Natur, sind von anderen ausgewählt, gefiltert, geformt. Wir lesen, sehen, hören nicht, was geschieht, sondern was über Geschehenes berichtet wird.

Damit soll nicht das Schreckgespenst totaler Manipulation an die Wand gemalt werden. Vielmehr sind die **Chancen** vielseitiger, umfassender, genauer Information ebenso zu sehen wie die **Grenzen** der Informationsvermittlung und -verarbeitung und die **Gefahren** der Vermarktung des Sensationellen, der interessenbedingten Nachrichtenpolitik, der Vermachtung und Monopolisierung von Informationswegen und -mitteln, gleich ob sie vom Staat, von mächtigen Gruppen oder von einzelnen ausgehen. **Medienerziehung** soll Freiheitschancen **und** Steuerungstendenzen bewußtmachen, erstere mehr und nützen, letztere mindern und hemmen durch Einübung des praktischen kritischen Umgangs mit den Medien und durch Erhellung der individuellen, sozialen und politischen Bedingungen von Informationsfreiheit.

In Konkretisierung dieses allgemeinen Zieles muß die Schule versuchen, den **Jugendlichen** in seiner realen Situation in einer durch Medien bestimmten Öffentlichkeit zu begreifen und in ihre Planung einzubeziehen. Funkmedien und Illustrierte, weniger die Zeitung, üben auf viele Jugendliche eine gewisse Faszination aus. Es wäre wenig hilfreich, diese außerschulischen Faktoren mit negativem Vorbehalt zu betrachten und so zu tun, als sei die Schule die einzige oder die einzig legitime Informations- und Lerninstanz.

Die Aufgabe der Schule ist häufig nicht mehr so sehr die Vermittlung als die Ordnung und Ergänzung schon vorhandener Informationen, ist kritische Auseinandersetzung mit vielfältigen, aber diffus vorhandenen Wissensfragmenten, ist Hilfe zur Sinnorientierung durch Ermittlung von Maßstäben humaner Rationalität in und gegenüber einer Öffentlichkeit, die mit ihren Widersprüchen dem Jugendlichen Sinnorientierung versagt oder sehr schwer macht.

Unterrichtsplanung zur Medienerziehung hat daher zur unerläßlichen Voraussetzung, daß der Lehrer sich über Vorwissen, Verhaltensweisen und Einstel-

lungen der Jugend allgemein und seiner Schüler im besonderen, über ihre Lese-, Seh- und Hörgewohnheiten orientiert. Der Einblick in jugendkundliche und medienwissenschaftliche Literatur kann dabei über die allgemeine Orientierung hinaus Kategorien und Kriterien für die Beobachtung und evtl. Befragung der eigenen Lerngruppe liefern.

Die bisherigen Überlegungen gehen über die Aufgaben **politischer Bildung** und über die Möglichkeiten des Faches **Sozialkunde** weit hinaus. Sie können wohl vor allem vom Deutsch- und Kunstunterricht bedacht werden, doch bedarf es der fächerübergreifenden Absprache, um unnötige Wiederholungen ebenso zu vermeiden wie eine falsche Politisierung primär nichtpolitischer Bereiche; die Erkenntnis politischer Elemente im Nichtpolitischen ist jedoch angemessen zu vermitteln.

Die **Aufgabe der Sozialkunde** ist hier im Sinne politischer Bildung zu präzisieren als **politische Medienkunde und -kritik**. Unter dem oben genannten Doppelaspekt der Frage nach Freiheitschancen und Steuerungstendenzen heißt dies, die Medien als Mittel der individuellen und der öffentlichen politischen Information und Meinungsbildung erkennen und nutzen lernen und die dabei erkennbaren Wirkungen, Funktionen, Institutionen, Strukturen in Beziehung setzen zur politischen Ordnung und zum politischen Prozeß unserer Gesellschaft. **Urteils- und Bewertungskriterien** in der Erörterung der dabei zur Sprache kommenden Streitfragen sind zu gewinnen aus den einschlägigen Normen der Verfassung: Realität, Wirkung und Entwicklung der Medien sowie medienpolitische Vorschläge und Konzepte sind zu messen an den Grundrechten der Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit sowie an der von der Verfassung gewollten Pluralität und Konkurrenz in politischer Meinungs- und Willensbildung.

Da der Politikunterricht auf die Medien als Informationsquelle ständig, als Unterrichtsmittel häufig angewiesen ist, ist es notwendig, sie möglichst frühzeitig auch zum Unterrichts**gegenstand** zu machen.

Politikunterricht dürfte kaum sinnvoll möglich sein, wenn nicht insbesondere die weit verbreitete Fremdheit der Schüler gegenüber dem politischen Teil der Tageszeitungen überwunden wird. Ohne der auf die jeweilige Lerngruppe hin konkretisierten Unterrichtsplanung des einzelnen Lehrers in unziemlicher Weise vorgreifen zu wollen, scheint es doch legitim, den Akzent zunächst auf den Umgang mit der Zeitung zu legen, damit deren spezifische Bedeutung und Leistung für eine kontinuierliche, vergleichende, kontrollierende, präzisierende und vertiefende Information gegenüber den Funkmedien dem Schüler bewußt wird; auch zeitökonomisch empfiehlt sich diese Akzentsetzung.

Das Thema ist unter Nr. 3 unten in **7 Teilthemen** strukturiert:

1. Die Tageszeitung als politisches Informationsmittel;
2. Subjektivität und Objektivität in Nachrichten;
3. Informationswert verschiedener Zeitungstypen;
4. Die Zeitung als Gegenstand divergierender Interessen;

5. Informationsfreiheit und Pressekonzentration;
6. Die Ordnung der Funkmedien als politisches Problem;
7. Die Medien als Macht- und Kontrollinstrumente.

Für jedes dieser Teilthemen ist mindestens eine Doppelstunde anzusetzen, wenn, wie unten im einzelnen sichtbar wird, Erarbeitung und Einüben von Methoden angestrebt werden soll. Da jedoch für jedes Thema des gesamten Planes nur ca. 10 Stunden zur Verfügung stehen, ergibt sich die Notwendigkeit der Auswahl durch den Lehrer im Blick auf den Stand seiner Klasse. Da Teilthema 1 besonders dazu gedacht ist, Anfangsschwierigkeiten im Umgang mit dem politischen Teil der Tageszeitung zu erkennen und zu überwinden, kann es an ehesten an Realschulen und Gymnasien entfallen. Teilthema 3 kann entfallen, wenn Lesegewohnheiten und Zeitungstypologie im Deutschunterricht eigens thematisiert werden. Teilthema 5 kann als Sonderproblem bei Zeitmangel am ehesten aus dem Gesamtzusammenhang herausgelöst und der Sekundarstufe II vorbehalten werden.

Im übrigen sind die Teilthemen in ihrer **Reihenfolge** so angelegt, daß der Unterricht in induktivem Vorgehen zunächst äußere Schwierigkeiten des Schülers bei der Begegnung mit der Zeitung anspricht, dann das Phänomen Nachricht problematisiert und über die Sichtung, Ordnung und Ergänzung von medienkundlichem Wissen zu den Interessen-, Macht- und Ordnungsfragen der Medien voranschreitet.

Alle Teilthemen stehen auch dort, wo sie medienkundliches Wissen bieten, in der Dimension von Problemfragen, mit deren Hilfe der Lehrer didaktisch Leitfragen gewinnen und methodisch die Motivation der Schüler verstärken kann.

2. Fachspezifisch allgemeine Lernziele

2.1 Allgemeine Qualifikation (Nr. 2)

Die Schüler sollen Fähigkeit und Bereitschaft erwerben zur kritischen Orientierung, Urteilsbildung und Selbstbehauptung und zur Kommunikation in der weitgehend durch Medien bestimmten Öffentlichkeit.

2.2 Methodenziele

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln,

- Zeitungen und Funkmedien zur Information über politische Fragen vergleichend zu benutzen;
- Aussagen im Nachrichten- und im Kommentarteil der Medien zusammenzufassen und in eigenen Worten wiederzugeben;
- Kriterien zur Unterscheidung von Fakten und Meinungen und zum Erkennen der subjektiven Elemente auch im Nachrichtenteil der Medien anzuwenden;

- Informationen zu bestimmten Fragen kontinuierlich zu sammeln, zu ordnen und auszuwerten;
- mit Hilfe analytischer Kategorien Fragen zu den Interessen-, Macht- und Rechtsverhältnissen in den Massenmedien zu formulieren und begründete Antworten darauf zu finden;
- die Grundrechte der Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit als Maßstäbe bei der Beurteilung medienpolitischer Fragen zu benutzen;
- eine eigene Meinung zu bestimmten Fragen begründet zu vertreten, aber auch Gründe für entgegenstehende Positionen zu benennen.

2.3 Verhaltensziele

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln,

- Verständnisschwierigkeiten im Umgang mit der Zeitung zu überwinden;
- das Informationsangebot der Medien vergleichend zu nutzen;
- sich offenzuhalten für neue, auch der eigenen Einstellung zuwiderlaufende Informationen;
- die eigenen Lese-, Seh- und Hörgewohnheiten kritisch zu prüfen;
- Vorurteile zu erkennen und zu überprüfen;
- sich möglichst rational mit den Meinungen anderer auseinanderzusetzen;
- sich gegen verzerrende Berichterstattung und Kommentierung in den Medien mit den Mitteln des Lesers, Hörers, Zuschauers zu wehren;
- medienpolitische Konflikte rational zu analysieren und sich ein Urteil zu bilden nach Maßgabe der Grundrechte der Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit;
- sich für diese Freiheitsrechte als den demokratischen Verfassungsstaat mitkonstituierende Rechte in politischen Auseinandersetzungen einzusetzen.

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
1. Wie informiere ich mich durch die Zeitung?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - in einer Nachricht, in einem Zeitungsartikel Unbekanntes und Unverständliches herausfinden können; 	Information	<p>Analyse einzelner Nachrichten, evtl. auch des „Aufmachers“ in einer Tageszeitung;</p>
Fachsprache und ihre Entschlüsselung	<ul style="list-style-type: none"> - Hilfsmittel zur Erklärung benutzen können (Lehrbuch, Atlas, Lexikon); 		<p>Feststellen von Unbekanntem</p>
Unbekanntes und seine Erklärung	<ul style="list-style-type: none"> - polit. Fachausdrücke in einem Heft sammeln, ordnen und erklären können; 		<p>Erklärung m. H. von Nachschlagewerken und Lehrvortrag;</p>
Einzelheiten und ihr Zusammenhang	<ul style="list-style-type: none"> - den Inhalt von Nachrichten mit eigenen Worten wiedergeben können; - Nachrichten aus den Funkmedien in der Zeitung auffinden und vergleichen können; - Einzelmeldungen durch kontinuierliche Zeitungslektüre in einen zeitlichen und sachlichen Zusammenhang einordnen können. 		<p>Wiedergabe – Vergleich von Nachrichten;</p>
			<p>Politischer Wochenbericht über ein Thema</p>

2. Werden wir richtig informiert?

Die Schüler sollen

– Nachrichten verschiedener Zeitungen zum gleichen Ereignis vergleichen und den Informationsgehalt feststellen können m. H. von Fragen: wer, was, wann, wo, wie, warum;

Fakten – Nachrichten – Meinungen

– Nachricht von Kommentar unterscheiden können;

Information – Manipulation

– Fakten und Meinungen, Ist- und Sollensaussagen, indirekte Aussagen, Vermutungen unterscheiden können;

– den Weg der Nachricht vom Ereignis zum Leser beschreiben können;

– die subjektiven Elemente im Nachrichtenteil einer Zeitung nachweisen können (subj. Wahrnehmung, Aufmachung, Kürzung, Wortwahl, Illustrierung)

Nachricht
Kommentar

Nachrichtenagentur
Redaktion

Vergleichende Textarbeit an Schlagzeilen und Nachrichten verschiedener Zeitungen

Vergleich von Nachricht und Kommentar

Formulierung, Umformulierung, Kürzung von Nachrichten durch Schüler; Möglichkeit arbeitsgleichen Gruppenunterrichts: Herstellung einer dreiminütigen Nachrichtensendung auf der Basis einer Zeitungsseite

Möglichkeit eines Rollenspiels: Eine Redaktionskonferenz fertigt aus einer Sammlung von Meldungen die 1. Seite einer Zeitung

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
3. Welchen Informationswert haben die verschiedenen Zeitungstypen?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Klassifikationsmöglichkeiten für Zeitungen kennen und anwenden können 	<p>Abonnement-, Boulevard-Zeitung regionale – überregionale Zeitung</p>	<p>Vergleich von Zeitungen</p> <ul style="list-style-type: none"> – nach äußeren Kriterien: Bezugsart, Verbreitung, Erscheinungsweise;
Verkauf von Sensation – verantwortliche Information;	<ul style="list-style-type: none"> – Kriterien und Hilfsmittel des quantitativen (Umfang, Inhalt) und qualitativen Vergleichs (Einteilung, Auswahl, Aufmachung, Sprache, Wertungen und ihre Begründung, Information über Zusammenhänge und Hintergründe) auf Zeitungen anwenden können; 	<p>Tages-, Wochenzeitung Illustrierte</p>	<ul style="list-style-type: none"> – nach quantitativen – qualitativen Unterschieden, evtl. mit vorbereiteten Untersuchungen und Einteilungsschemata (Vgl. Inhaltsanalyse nach Scholand, Polit. Bildung, 1970/3, S. 64 ff.).
Aktualität und Zusammenhang;	<ul style="list-style-type: none"> – sich die eigenen Informationsgewohnheiten und die ihrer Umwelt bewußt machen und reflektieren können. 		<p>Auswertung von Befragungen und Erfahrungen über Mediengewohnheiten der Bevölkerung und verschiedener Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland; Vergleiche mit Beobachtungen in der eigenen Umwelt (statist. Material bei Meyn, S. 124 ff., bei Zoll/Hennig und in Lehrbüchern).</p>

4. Wer beeinflusst den Inhalt einer Zeitung?

Partnerschaft und Konflikt zwischen Verlag und Redaktion;
Rechtsformen der Konfliktregelung;

Private Presse, Schutz oder Gefahr der Informations- und Pressefreiheit?

Inserenten – Verleger – Redakteure – Leser

Die Schüler sollen

– den äußeren Aufbau einer Zeitung in Beziehung setzen können zu den Aufgaben und zur Binnenstruktur der Redaktion;

– das Impressum einer Zeitung erklären können;

– Fragen zu den Interessen-, Macht- und Rechtsverhältnissen im Unternehmen Zeitung stellen und verfolgen können;

Impressum

Informations-, Meinungs-, Pressefreiheit (GG Art. 5)

Die Binnenstruktur und Arbeit einer Redaktion:

– Schilderung einer Redaktionskonferenz,
– Besuch und Befragung einer Redaktion,
– Film über eine Redaktionskonferenz (Eine Zeitung entsteht – Südd. Zeitung – FT 611, 20 Min. Wie entsteht der Nachrichtenteil einer Zeitung? – FT 2118, 14. Min.

Fragen zu den wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen an einem örtlichen Zeitungsunternehmen
Verlag, Verleger, Herausgeber, Chefredakteur

Die Zeitung als Wirtschaftsunternehmen; Verhältnis von Vertriebs- und Anzeigenerlösen, Zusammensetzung der Inserenten (Material bei Meyn, S. 56, Polit. Bildung 1970/3, S. 76)

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>5. Gefährdet Pressekonzentration die Informationsfreiheit der Bürger?</p> <p>Technische Gründe, wirtschaftliche Notwendigkeiten und Vorteile – politische Nachteile und Gefahren der Konzentration;</p> <p>Chancen und Gefahren von Formen staatlicher Hilfen</p>	<p>– mit Hilfe eines Interdependenzmodells die gegenseitige Abhängigkeit der an einer Zeitung Beteiligten erläutern können.</p> <p>Die Schüler sollen</p> <p>– aus statistischem Material über Entwicklung und Struktur der deutschen Presse Trends ablesen und Probleme im Hinblick auf die Informationsfreiheit der Bürger formulieren können;</p> <p>– Aussagen / Vorschläge aus der aktuellen medienpolitischen Diskussion analysieren können (Inhalt, Zielsetzung, Interessenbedingtheit, Gefahren);</p> <p>– das Für und Wider bestimmter Vorschläge im Hinblick auf die in Art. 5 GG garantierten Freiheiten erörtern können.</p>	<p>Pressekonzentration</p>	<p>Interpretation eines Interdependenzmodells (etwa: Polit. Bildung 1970/3, S. 78)</p> <p>Texte und Statistiken zu Struktur und Entwicklung der deutschen Presse</p> <p>– Zahl der selbständigen Redaktionen;</p> <p>– Auflagenstärken, Marktanteile, regionale Monopole</p> <p>(Material bei Meyn, S. 35 f., Ellwein, S. 123 ff. u. S. 59)</p> <p>Analyse und Erörterung von Vorschlägen aus der medienpolitischen Diskussion und evtl. aus Parteiprogrammen (vgl. Meyn, S. 142 ff. und Aktuelles aus der Tagespresse)</p>

6. Sind wir bei den Funkmedien vor Machtmißbrauch geschützt?

Medienspezifische Vor- und Nachteile hinsichtlich Aktualität und Objektivität;

Rundfunkfreiheit und Kontrolle;

Rundfunkverfassung als Problem der Sicherung von Freiheit durch Ordnung;

Macht oder Ohnmacht der Adressaten?

Die Schüler sollen

- Programmstruktur und Programmenteile, insbes. politischer Sendungen, verschiedener Anstalten vergleichen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen können;
- spezifische Möglichkeiten der Funkmedien im Vergleich zur Zeitung, insbesondere Manipulationsmöglichkeiten des Fernsehens nennen können;
- die Rundfunkverfassung in der Bundesrepublik Deutschland schematisch darstellen, erklären, mit anderen Formen vergleichen und unter den Aspekten von Art. 5 GG erörtern können;

Staatsrundfunk
Privatrundfunk

Anstalt des öffentlichen Rechts

Analyse und Vergleich von Programmstrukturen und -anteilen (mit Hilfe von Programmzeitschriften);

Vergleich von Nachrichtensendungen verschiedener Anstalten (auch DDR-Sendungen) untereinander und mit dem politischen Teil einer Zeitung;

Vergleich politischer Magazinsendungen bei ARD und ZDF;
Auswertung medienkritischer Sendungen und Filme:

Elemente der Fernsehsendung, FT 673, 18 Min., Nachrichten im Fernsehen: Tagesschau, FT 734, 24 Min., Von der Kamera zum Bildschirm, FT 636, 17 Min.
Analyse und Vergleich von Schemata des institutionellen Aufbaus einzelner Anstalten (Entschei-

- Ansatzpunkte für die eigene Meinungs- und Urteilsbildung unter Nutzung des Informationsangebots der Medien nennen können.

Rückbezug auf das Interdependenzmodell (vgl. Teilthema 4);

Erörterung von Verhaltensmöglichkeiten der Adressaten (vgl. Meyn, S. 124 ff.; Ellwein, Politische Verhaltenslehre, Kap. 4 und Anhang);

Beobachtung von Meinungsbildung in der Primärgruppe (Schulklasse) in Verbindung mit den Medien;

Beispielhaftes Üben von Verhaltensweisen (Leserbrief, Gespräch, Diskussion)

4. Literatur

4.1 Zur wissenschaftlichen Grundlegung und Orientierung

Armbruster, Hubert (u. a. Hrsg.): Pressefreiheit. Entwurf eines Gesetzes zum Schutze freier Meinungsbildung und Dokumentation des Arbeitskreises Pressefreiheit. Luchterhand-Verlag Berlin/Neuwied 1970, 224 S.

Bauer, H.: Die Presse und die öffentliche Meinung. Reihe „Geschichte und Staat“ des Olzog-Verlags, Bd. 106, München

Bundesregierung, Presse- und Informationsamt (Hrsg.): Kommunikationspolitische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsprojekte der Bundesregierung 1971–1974. Eine Übersicht über wichtige Ergebnisse, Bonn 1974

Diederichs, Helmut H.: Konzentration in den Massenmedien. Systematischer Überblick zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland, Reihe Hanser, Bd. 120, München 1973, 252 S.

Dovifat, Emil: Zeitungslehre. Sammlung Göschen 1039/40, 5. Aufl. 1967

- x Ellwein, Thomas: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 3., vollst. neubearb. und erw. Auflage, Westdt. Verlag Opladen 1973 (darin Kap. 4.1: Massenmedien und Meinungsbildung)

Flottau, Heiko: Hörfunk und Fernsehen heute. Reihe „Geschichte und Staat“ des Olzog-Verlags, Bd. 164/65, München 1972

- x Koszyk, Kurt und Pruyß, Karl Eugen: Wörterbuch der Publizistik, dtv 3032, 2. Aufl., München 1970

Kurzrock, Ruprecht: Medienforschung, Colloquium-Verlag, Berlin 1974, 214 S.

Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.): Zur Theorie der politischen Kommunikation. Piper-Sozialwissenschaft, Bd. 22, München 1974, 306 S.

- xx Meyn, Hermann: Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Colloquium-Verlag, 4. neubearb. Auflage, Berlin 1974, 159 S. (Materialreicher Überblick über alle wichtigen Probleme, mit Literaturangaben zu den einzelnen Kapiteln)

- x Noelle-Neumann, Elisabeth und Schulz, Winfried: Publizistik. Fischer-Lexikon Nr. 9, Frankfurt/Main 1971

- x Politische Bildung (Klett), Jg. 3, 1970, Heft 3: Öffentlichkeit und Massenkommunikation im demokratischen Staat. Darin:

– P. Häberle: Struktur und Funktion der Öffentlichkeit im demokratischen Staat

– W. Manz: Zur Psychologie der öffentlichen Meinung

– H. Scholand: Inhaltsanalyse bei Massenmedien

(ferner 2 Unterrichtsmodelle, vgl. unter 4.2)

Roegele, Otto B.: Medienpolitik – und wie man sie macht. Texte und Thesen, Nr. 40, Verlag A. Fromm, Osnabrück 1973, 110 S.

Schuster, Hans und Sillner, Leo: Die Zeitung. Reihe „Geschichte und Staat“ des Olzog-Verlags, Bd. 128, München

Tutzing, Akademie für politische Bildung (Hrsg.):

Politische Medienkunde 1: Politische Prägung durch Unterhaltung, 111 S.

Politische Medienkunde 2: Politische Orientierung durch Fernsehnachrichten, 249 S.

Materialien und Berichte der Akademie, Nr. 53 und 54, zusammengestellt von Hans Friedrich

Wildenmann, Rudolf und Kaltefleiter, Werner: Funktionen der Massenmedien. Athenäum-Verlag Frankfurt (Main)/Bonn 1965, 84 S.

Zoll, Ralf (Hrsg.): Manipulation der Meinungsbildung. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit, Reihe „Kritik“, Bd. 4, Westdt. Verlag Opladen, 2. Aufl. 1972, 372 S.

Zoll, Ralf und Hennig, Eike: Massenmedien und Meinungsbildung. Angebot, Reichweite, Nutzung und Inhalt der Medien in der Bundesrepublik Deutschland. Politisches Verhalten, Bd. 4, Juventa-Verlag München 1970, 336 S.

4.2 Zur Didaktik und Methodik; Materialien

Raacke, Dieter (Hrsg.): Mediendidaktische Modelle: Fernsehen. Juventa-Verlag, München 1973, 272 S.

Ellwein, Thomas: Politische Verhaltenslehre, 2. Aufl. Kohlhammer, Stuttgart, 1964, 229. S.

Krüger, Werner: Die Karikatur als Medium der politischen Bildung. Leske-Verlag Opladen 1969, 39 S. u. 22 Abb.

Landeszentrale für polit. Bildung Rheinland-Pfalz / Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V. (Hrsg.): Meldung – Meinung – Manipulation? Arbeitshilfe für die Medienpädagogik, Mainz 1976. (Der hektographierte Seminarbericht enthält viele Hilfen inhaltlicher und didaktisch-methodischer Art und stellt medienkritische Filme vor)

Lepper, Ulrich: Die Tageszeitung im Unterricht, Diesterweg Frankfurt/M., 2. Aufl. 1969

Steiner, A. A. (u. a. Hrsg.): Massenmedien in Unterricht und Erziehung. Grundlagen und Untersuchungsbeispiele zu Presse, Film, Funk, Fernsehen, Frankfurt/Main 1969

Sutor, Bernhard: Didaktik des politischen Unterrichts, 2. Aufl., Paderborn 1973 (S. 199 ff. zu den Medien)

Tele-Forum: Wirkungen des Fernsehens auf politische Einstellungen. (Erscheint ganzseitig regelmäßig in der Wochenzeitung „Das Parlament“ mit kontrovers gehaltenen Beiträgen)

Trinius, Reinhold und Gagel, Walter: Medienkundliches Unterrichtsbeispiel für die Klassen 8–10; in: Politische Bildung, Jg. 3, 1970, Heft 3, S. 73 ff. (Ebenda S. 80 ff. ein Modell für Sek. II zu Pressefreiheit und Pressekonzentration, mit Materialanhang)

Weisshädel, F.: Massenmedien. Pressefreiheit und Pressekonzentration; in: H. G. Wehling, Unterrichtspraktisches Handbuch zur politischen Bildung, Verlag Ehrenwirth, München 1975, S. 259 ff.

An Quellen- und Arbeitsheften aus Schulbuchverlagen sind ferner zu nennen:

Diesterweg: Jordan, P.: Presse und Öffentlichkeit, 118 S.; Nr. 7508

Klett: Massenmedien; Nr. 1011

Lehrerbegleitheft, 10119

Schöningh: Information – Öffentliche Meinung (ab 7./8. Schuljahr), 109 S., zahlr. Abb.; Nr. 24060 (dazu Lehrerbuch in Vorbereitung).

Funktionen gesellschaftlicher und politischer Zusammenschlüsse

1. Didaktische Analyse

Die Bedeutung der Parteien für den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß im politischen System der Bundesrepublik ist unumstritten; für die Organisation der verschiedensten Interessen spielen daneben Vereinigungen innerhalb des Wirtschafts- und Arbeitssystems, des sozialen Bereiches (Wohlfahrtsverbände u. a.), des Freizeit-Bereiches (Sport-, Hobbyverein u. a.), Vereinigungen im Bereich von Kultur, Wissenschaft, Religion eine wichtige Rolle (Klassifizierung nach Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, S. 152). Parteien und Verbände – Verbände hier als Oberbegriff für die unterschiedlichsten Vereinigungen – sind Ausdruck und Bedingung des Pluralismus, wobei die Vielzahl der Interessenvertretungen selbstverständlich nicht gleichzeitig eine Garantie für gleich wirksame Vertretung aller Gruppeninteressen bedeutet und zudem manche Interessen zu allgemein sind, um in spezifischer Weise organisationsfähig zu sein. Insgesamt erscheinen sie als geeignete Mittel- und Vermittlerinstanzen zwischen dem einzelnen und der Gesamtgesellschaft. Neben Interessenwahrnehmung und Vertretung, Schutzfunktionen und Partizipationschancen sind jedoch auch die Grenzen für Einflußmöglichkeiten und Probleme der innerverbandlich-innerparteilichen Demokratie aufzuzeigen. Unberücksichtigt bleiben kann die Diskrepanz in der Begriffsverwendug, die sich z. T. zwischen allgemeinem Sprachgebrauch und verschiedenen Verbändetypologien ergibt (Mitglieder von Jugendvereinigungen bezeichnen sich z. B. als „Gruppen“, die je nach der Betrachtungsweise als „formell“, als „Verein“ und insbesondere auf der überregionalen Ebene als „Verband“ bezeichnet werden können).

Trotz zunehmendem Interesse an Bürgerinitiativen und spontanen Formen der politischen Beteiligung wird die Schlüsselstellung von Parteien und Verbänden kaum bestritten. Dennoch ist nach wie vor ein verbreiteter Antiparteien- und Antiverbandseffekt erkennbar, letzterer u. a. im Bereich des Wirtschafts- und Arbeitssystems. Derartige von spezifischen historischen Belastungen herrührende Barrieren treffen jedoch kaum auf den übrigen Vereins- und Gruppenbereich zu, der sich unabhängig von regionalen und soziologischen Strukturen in den verschiedensten Formen entfaltet. Gruppen und Vereine nehmen auch bereits im Erfahrungsbereich der Jugendlichen einen großen Stellenwert ein. Die meisten Vereine legen auf Nachwuchsarbeit großen Wert; alters-, generationsmäßige Unterschiede werden durch die lokale zwischenmenschliche oder die interessenmäßige Bindung überbrückt. Für die Jugendlichen bedeutet das häufig eine besondere Form des Ernstgenommenwerdens, die sich von den familialen, beruflichen und schulischen Verhaltensweisen nicht unerheblich unterscheidet und von daher mitunter auch kompensatorische Funktionen erfüllt. Neben diesen Vereinen spielen reine Jugendorganisationen, häufig in Anlehnung an konfessionelle, weltanschauliche und politische Ideen und Gruppierungen eine wichtige Rolle, daneben

auch Formen der offenen Jugendarbeit (Jugendzentren u. a.), informelle Gruppen (Kliquen, peergroups). Wirtschaftsverbände und Parteien – einschließlich der dazugehörigen Jugendorganisationen gehören auf dieser Altersstufe kaum zum primären Erfahrungsbereich der Schüler. Deren Thematisierung bedeutet im allgemeinen ein Vorgriff auf spätere Beteiligungschancen; die vorhandene Betroffenheit wird kaum erlebt. Dennoch bieten die familialen Interessenlagen der Schüler und bruchstückhafte Sekundärerfahrungen auch für den Unterricht geeignete Ansatzmöglichkeiten. Bei Vereinen und Gruppen können eventuell vorhandene emotionale Bindungen eine kritische Distanz erschweren.

Der Unterricht sollte bei diesem Thema die Aufgaben und Funktionen in den Vordergrund rücken, die Gruppen, Vereine, Verbände und Parteien zu erfüllen. Ihm kommt ein einführender Charakter zu, der mehr beispielhaft und weniger systematisch die wichtigsten Aufgaben zu umreißen und die Binnenstrukturen zu beleuchten versucht, nämlich die Wahrnehmung und Vertretung verschiedenartigster Interessen, die Teilnahme an der politischen Meinungs- und Willensbildung, Partizipationschancen u. a. Das Aufzeigen der zahlreichen Interdependenzen zwischen Parteien und Verbänden, zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen, demokratietheoretische und -kritische Analysen – sofern leistbar – bleiben späteren Unterrichtsreihen vorbehalten.

Aus den allgemeinen Zielbestimmungen und methodischen Überlegungen scheint eine Untergliederung in drei Teilthemen geeignet:

1. Gruppen und Verbände im Freizeitbereich
2. Wirtschaftsverbände
3. Politische Parteien

An den Anfang werden bewußt die Vereine / Gruppen gestellt, um beim konkreten Erfahrungsbereich der Schüler anknüpfen zu können. Hier scheint es auch am ehesten möglich zu sein, Grundprobleme der Binnenstruktur (Mitbestimmung, Satzung, Organisationsform u. a.) zu behandeln, ohne die Schüler zu überfordern. Außerdem können auf diesem Wege Grundeinsichten in das Demokratie- und Pluralismusverständnis angebahnt und Fragestellungen für die Parteien- und Verbandsanalyse vorbereitet werden.

In einem zweiten Schritt werden ohne unmittelbare Verknüpfung die Wirtschaftsverbände behandelt, wobei wegen der zentralen Bedeutung und der permanenten Aktualität der sich in den Tarifverhandlungen zeigende Interessenkonflikt zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern in den Mittelpunkt gestellt wird. Schwerpunkte bilden die Funktion von Konflikten, Möglichkeiten demokratischer Konfliktregelung und Ansätze ideologiekritischen Denkens. Damit werden gleichzeitig Grundlagen für das spätere Thema „Hauptfragen der Wirtschaftsordnung und -politik“ geschaffen, bei dem auch die Frage nach der Lohngerechtigkeit und nach den Einkommens- und Vermögensstrukturen analysiert wird.

Bei den Parteien bietet es sich an, die spezifischen Funktionen in der Abgrenzung zu den Verbänden herauszuarbeiten. Unter Verzicht auf jegliche wissenschaftsorientierte Systematik werden nur einige Grundfragen angeschnitten: Braucht die Demokratie Parteien? Warum gibt es in der Bundesrepublik verschiedene Parteien? Sollten mehr Bürger in eine politische Partei eintreten?

Methodisch bestehen einige Variationsmöglichkeiten: Die drei Teilthemen müssen keineswegs im Zusammenhang einer einzigen Unterrichtsreihe behandelt werden. Probleme wie interne Willensbildung, die Behandlung von Satzungsfragen und Organisationsformen können je nach Situation (aktuelle Ereignisse, Voraussetzungen der Klasse) bei einem der drei Schwerpunkte vertieft erörtert werden, wobei es jedoch notwendig wird, bei den anderen Teilthemen auf Unterschiede und Besonderheiten hinzuweisen.

2. Fachspezifisch allgemeine Lernziele

2.1 Allgemeine Qualifikationen (Nr. 1, 3, 5)

Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung.

Fähigkeit und Bereitschaft zur kritischen Teilnahme und zur solidarischen Interessenvertretung in der Wirtschafts- und Arbeitswelt.

Fähigkeit und Bereitschaft zum Eintreten für eigene und fremde Rechte und zu rechtlich geordneter Konfliktregelung im freiheitlichen Rechtsstaat.

2.2 Methodenziele

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln

- Methoden der empirischen Sozialforschung in vereinfachter Form und unter Anleitung anzuwenden (z. B. Befragungen)
- Argumentationsmuster, die das Gemeinwohl in den Vordergrund rücken, auf etwaige Partikularinteressen zu befragen (Ideologiekritik)
- einfache Satzungs- und Gesetzestexte unter vorgegebenen Gesichtspunkten zu analysieren
- Organisationsformen von Vereinen / Verbänden / Parteien graphisch darzustellen
- Einzelaspekte des gesellschaftlichen Lebens zum politischen System in Beziehung zu setzen
- mit Hilfe einiger soziologischer Grundbegriffe (formell, informell, Rolle, Norm u. a.) verschiedene soziale Gruppen und deren Binnenstruktur näher zu bestimmen

2.3 Verhaltensziele

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln

- ggf. in unterschiedlichen sozialen Gruppen mitzuarbeiten
- die rechtsstaatlich und demokratisch institutionalisierten Formen der Konfliktregelung zu respektieren
- bei der Ermittlung der Eigen- und Fremdinteressen soziale Gerechtigkeit als Maßstab zu berücksichtigen
- Interessen nach Möglichkeit solidarisch und kompromißbereit zu vertreten
- den Pluralismus an Vereinen / Verbänden / Parteien als Ausdruck und als Bedingung des demokratischen Systems zu verstehen

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>1a) Bedarf die Freizeitgestaltung einzelner oder von Gruppen einer Organisation in einem Verein?</p> <p>Individualität – Sozialität</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – praktizierte oder erwünschte Freizeitbeschäftigungen nennen und Möglichkeiten für ihre Ausübung aufzeigen (individuell, Gruppe, Verein) können – an mehreren Beispielen der Freizeitgestaltung überprüfen, ob informelle oder formelle Gruppen (Vereine) geeignete Möglichkeiten bieten können – am Beispiel einer Jugendgruppe / eines Vereins die persönlichen Entfaltungschancen und die erforderliche Anpassung gegeneinander abwägen . . . – Argumente für oder gegen eine Mitgliedschaft diskutieren . . . 	<p>Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> – informell – formell <p>Verein (e. V.)</p>	<p>Rechtliche und finanzielle Aspekte, Kontinuität u. a. Vergleich von „organisierter“ und „offener“ Jugendarbeit (Jugendzentren)</p> <p>Befragung von Mitgliedern / Nichtmitgliedern nach ihren Motiven oder Entwurf eines Briefes / Werbetextes für oder gegen einen Beitritt oder Rollendiskussion</p>

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
	<ul style="list-style-type: none"> – die örtliche, regionale und überregionale Organisationsform eines Vereins (Jugendgruppe) in einem Schaubild darstellen – Gründe für die überörtliche Organisation und Mitgliedschaft in Dachverbänden diskutieren – Verhaltensweisen (-erwartungen) von Jugendlichen in Familie, Schule, Beruf einerseits und Gruppen / Vereinen andererseits gegenüberstellen und Unterschiede diskutieren – einige Tätigkeiten informeller Jugendgruppen (Kliquen, peergroups) aufzählen, Motive für den Zusammenschluß diskutieren und Chancen und Risiken für den einzelnen überprüfen 	Verband	<p>Satzungen und Schaubilder</p> <p>Interessenwahrnehmung gegenüber Öffentlichkeit und politischer Führung</p> <p>Aufgaben des Deutschen Bundesjugendringes bei Giesecke, S. 75</p> <p>Texte zur Funktion von Gruppen bei Zoll/Binder, S. 18–20, S. 23–25</p> <p>Zoll/Binder, S. 17 f.</p>

1b) Wer bestimmt im Verein?

Mitgliedereinfluß –
Vorstandseinfluß

Die Schüler sollen

– an konkreten Fällen aus dem Vereinsleben / Jugendgruppe (Anschaffungen, Jahresprogramm, Mannschaftsaufstellungen u. a.) überprüfen, von wem die Initiativen stammen, wer Entscheidungen fällt und wer sie ausführt

– einige satzungsmäßige Regelungen kennen und begründen können

– verschiedene Jugendgruppen und Vereine in ihren Zielsetzungen und Organisationsformen gegenüberstellen

Mitgliederversammlung

Vorstand

Satzung

Auswertung von Nachrichten aus dem Lokalteil, Vereinszeitschriften, Satzungen und Befragung von Vereins- (Vorstands-)mitgliedern

Verteilung von Rechten und Zuständigkeiten z. B. in der Beitragsfrage, Regularien bei Neuwahlen (Rechenschaftsbericht, Entlastung, Kassenprüfung u. a.)

Vergleich von „Vereinigungen des Freizeit-Bereiches“ mit „wertorientierten Vereinigungen“ (vgl. Ellwein, S. 152), z. B. Pfadfindergruppe mit Fußballverein

2b) Wie sollen Lohnkonflikte geregelt werden?

Die Schüler sollen

- aus Zeitungsmeldungen die verschiedenen Standpunkte in einem Lohnkonflikt einschließlich der wichtigsten Begründungen entnehmen können
- zu der Lohnfestsetzung weitere Fragen der Arbeitsbedingungen nennen können, an deren verbindl. Regelung die Tarifparteien interessiert sind.
- an Beispielen den Gemeinwohlanspruch in den jeweiligen Begründungen erkennen und problematisieren
- aus Zeitungsmeldungen den Verlauf der Verhandlungen bei Uneinigkeit der Tarifparteien verfolgen und die Begriffe Verhandlung, Vermittlung und Schlichtung unterscheiden können
- Karikaturen zu Tarifauseinandersetzungen deuten können

Tarifvertrag

Gruppeninteressen
Gemeinwohl

Verhandlung
Vermittlung
Schlichtung

aktuelle Mediennachrichten; Texte bei Stichter Probleme der Gewerkschaften

Mediennachrichten, Regelungen aus Manteltarifverträgen

Verbandszeitschriften, Informationsbroschüren, Stellungnahmen von Verbänden

Zeitungsmeldungen
Auszüge aus dem Tarifvertragsgesetz

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
	<ul style="list-style-type: none"> – die konkreten Folgen von Streik und Aussperrung als äußerste Maßnahmen der Tarifauseinandersetzungen beschreiben 	Streik Aussperrung	Film: „Der Streik war vorbereitet“ (25 Min. FT 2034; Schilderung der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung und Meinungsbildung zwischen Mitgliedern, Funktionären und Vorstand) Zeitungsberichte über Streiks und Aussperrung in: Interessenvertretung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, S. 67–73

3a) Braucht die Demokratie Parteien?

Die Schüler sollen

- durch Sammeln und Auswerten von Zeitungsmeldungen feststellen können, in welchen Bereichen Parteien tätig sind;
- mit Hilfe von Lexikas oder Schulbüchern den Unterschied zwischen Parteien und Verbänden beschreiben können;
- in ein (in den Grundzügen vorgegebenes) Schaubild eintragen können, in welchen gesellschaftlichen Bereichen Parteien tätig sind;
- für einige Beispiele begründen können, warum die moderne Massendemokratie der Parteien bedarf;

Gruppeninteresse
Gemeinwohl

Repräsentation

Meinungsbildung
Willensbildung
Kandidatenaufstellung
Parlament
Regierung

GG Art 21
Schaubild in Baur,
Bundesrepublik Deutschland (Schöningh);
Jugendlexikon Politik
(ro-ro-ro-Sachbuch)

Schaubild bei Wehling,
Unterrichtsprakt.
Handbuch (Ehrenwirth),
S. 213

z. B. Kandidatenaufstellung, Ausbildung einer politischen Führungsgruppe, Entwicklung von Vorschlägen zur Lösung politischer Aufgaben

3c) Sollten mehr Bürger
in eine politische
Partei eintreten?

Die Schüler sollen

- Parteimitglieder (bzw. Nichtmit-
glieder) nach den Gründen für ihre
Mitgliedschaft (Nichtmitgliedschaft)
befragen und die Ergebnisse mit
in der Literatur angegebenen
Befragungsergebnissen vergleichen
und kommentieren können;
- mit Hilfe eines gemeinsam erarbei-
teten Fragebogens bei Partei-
funktionären Auskünfte über Orga-
nisation und Mitgliederstruktur im
regionalen Bereich einholen können;
- die Überrepräsentation bzw. Unter-
repräsentation verschiedener
Bevölkerungsgruppen unter den
Parteimitgliedern aus Zahlenmaterial
herausfinden und mit Hilfe der vorher
im Unterricht erworbenen Einsichten
kommentieren können;
- die Mitgliederzahlen der politischen
Parteien in der Bundesrepublik im
Vergleich zu den Nichtmitgliedern
graphisch darstellen können.

Mitglieder-
versammlung
Delegierte
Parteivorstand
Parteitag

(z. B. Voraussetzungen für
Mitgliedschaft,
Jugendorganisationen,
Aufgaben verschiedener
Parteigremien,
Zeitaufwand für aktive
Mitglieder, Mitgliederzahl,
Altersstruktur)

Material bei Haseloff,
Die politischen Parteien
(Diesterweg)

4. Literatur

4.1 Zur wissenschaftlichen Grundlegung und Orientierung

Ellwein, Thomas: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Opladen 1973 – Darin Kap. 4.2: Die Organisation von Interessen und Kap. 4.3: Parteien

Giesecke, Hermann: Die Jugendarbeit, 2. Auflage, München 1973

Heyen, Rolf: Jugend in der DDR. Auf dem Weg zur sozialistischen Leistungsgesellschaft. Jugend in Familie und Organisation, in Schule, Beruf und Freizeit. Darmstadt 1972

Friedrich-Ebert-Stiftung: Jugendgesetze in der DDR und in der Bundesrepublik. Reihe: Die DDR, Realitäten – Argumente

Deutsche Jugend: Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit. Hrsg. in Verbindung mit dem Deutschen Bundesjugendring, Verlag „Deutsche Jugend“ München. Erscheinungsweise monatlich

Bolte, Martin / Neidhardt, Friedhelm / Holzer, Horst: Deutsche Gesellschaft im Wandel, Band 2, Opladen 1970 – Darin Kap. 2: Die junge Generation

Hartwich / Grosser / Horn / Scheffler: Politik im 20. Jahrhundert, 4. Auflage. Westermann Verlag 1974 – Darin Kap. 4: Politische Partizipation

4.2 Zur Didaktik und Methodik; Materialien

Wehling, Hans-Georg: Unterrichtspraktisches Handbuch zur politischen Bildung. München 1973 – Darin: Ackermann, Paul: Verbände und Pluralismus. Arbeitskämpfe. Weber, Erich: Parteien, Innerparteiliche Demokratie

Aufderheide, Herbert: Stundenvorbereitung Sozialkunde für die Sekundarstufe I. Dornburg-Frickhofen (Frankoni-Verl.) 1975 – Darin: Die Aufgaben der Parteien; Fluglotsenstreik

Bundeszentrale für politische Bildung: Interessenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Informationen zur politischen Bildung Nr. 145

Zoll, Ralf / Binder, Hans-Jörg: Die soziale Gruppe. Grundformen menschlichen Zusammenlebens. Ein Lese- und Arbeitsbuch. Diesterweg Nr. 7576

Striehler, Heinrich: Probleme der Gewerkschaften. Tarifautonomie, Streikrecht, Mitbestimmung. Diesterweg, Reihe B. Schriften zur politischen Bildung Nr. 7504

Haseloff, Wolfgang: Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Diesterweg, Reihe B. Schriften zur politischen Bildung Nr. 7510

Kraft, Peter: Interessenvertretung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb. Arbeitslehre in der Sekundarstufe I. Schroedel Verlag 1973

Bundeszentrale für politische Bildung: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (enthält u. a. Parteiengesetz)

Hauptschule, Klasse 8, 3. Thema
Realschule / Gymnasium, Klasse 9, 4. Thema

Recht und Rechtsprechung

1. Didaktische Analyse

Recht spielt in allen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens eine unentbehrliche Rolle als Mittel der Abgrenzung und Durchsetzung von Interessen, der Konfliktregelung und der politischen Gestaltung der Gesellschaft. Deshalb muß Recht im Sozialkundeunterricht auch unmittelbar Unterrichtsgegenstand sein.

Im rechtlichen Aspekt der politischen Gestaltung der Gesellschaft wird der Doppelcharakter des Rechts erkennbar. Recht als von Menschen gesetztes, **positives Recht** (Gesetz), dem alle unterworfen sind, kommt politisch zustande, ist damit abhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, wandelbar, anpassungsfähig und -bedürftig. Um wirksam zu sein, bedarf es der Macht, die, weil auf Konsens beruhend, „verobjektivierte Gewalt“ ist. Macht bedarf der rechtlichen Kontrolle, um nicht Willkür zu werden. **Recht als vor- und überstaatliche Norm** ist der Maßstab, an dem konkrete Zustände und Politik gemessen werden. Recht als positives Recht dient der Herstellung und Erhaltung des Rechtsfriedens und zielt auf **Rechtssicherheit**. Der Rechtspositivismus, die Auffassung, alle Gesetze seien Recht, wenn sie **formal** einwandfrei zustande gekommen sind, entspricht unserem Rechtsverständnis nicht. Recht hat, weil es an vor- und überstaatliche Normen gebunden ist, auch eine **materiale** Seite. Aufgabe der Politik ist es, das positive Recht, orientiert am Maßstab des Naturrechts, weiterzuentwickeln, **Gerechtigkeit** herzustellen. Dieses Spannungsverhältnis wird deutlich am Grundrechtsverständnis unserer Verfassung. Das Grundgesetz begreift die **Grundrechte** als dem Staat vorgegebene **Menschenrechte**, die alle Staatsgewalt binden, und erklärt sie zu **unmittelbar geltendem Recht**, auf das der Bürger sich berufen kann und das die Staatsorgane auf bestimmte politische Zielsetzungen verpflichtet.

Rechtsprechung ist das Institutionen- und Regelsystem zur verbindlichen Entscheidung der innerhalb der Gesellschaft auftretenden Konflikte, des Streites um **Rechtsgüter**. Der unterschiedlichen Struktur von Rechtsstreitfällen entsprechen die Zweige der **Gerichtbarkeit** (Justiz). Die Institutionen und die normierten Spielregeln sollen sowohl die **Rechtssicherheit** als auch **Gerechtigkeit** und damit den **innergesellschaftlichen Frieden** gewährleisten.

An dieser Stelle taucht die Frage nach dem Verständnis von Recht und Moral auf, nach dem Sinn und Funktion von **Strafe**, nach Möglichkeiten einer **(Re-)Sozialisierung** von Straftätern.

Das Recht kann seine friedensstiftende Funktion nur dann erfüllen, wenn diese von den Mitgliedern der **Gesellschaft** grundsätzlich akzeptiert wird. Das verlangt nach einer **ständigen Offenheit** der Gesellschaft, das positive Recht zu überprüfen und ggf. fortzuentwickeln. Grundsätzliche Probleme von Recht und Rechtsprechung sollen in der Gesellschaft als diskussionswürdig und diskussionsbedürftig verstanden werden.

Der **Schüler** begegnet im eigenen Lebensbereich, ohne daß es ihm immer unmittelbar bewußt wird, Fragen des Rechts (Kinobesuch, Schule, Jugendrecht). Er fragt nach Berechtigung und Begründung von Normen und Sanktionen und sucht nach einer Orientierung innerhalb rechtlicher Institutionen und formaler Rechtsgrundsätze. Ein in dieser Altersstufe stark ausgeprägtes Engagement zugunsten von Gerechtigkeit führt zuweilen vorschnell zu einer Verurteilung von Entscheidungen der Justiz als „Unrecht“. Dies ist besonders dann der Fall, wenn ausschlaggebende Entscheidungsgründe mehr im formalen Bereich liegen. Hier muß im Unterricht das Spannungsverhältnis zwischen Gerechtigkeit und Rechtssicherheit deutlich werden, das weder zur einen noch zur anderen Seite hin aufgelöst werden darf.

Im Rahmen einer **rechtskundlichen** Einführung verfolgt dieses Thema das Ziel, die Schüler anhand eines institutionellen und formalen Durchblicks zu befähigen, unter Beachtung und Anwendung von Normen der Rechtsordnung eigene wie fremde Rechte zu erkennen, wahrzunehmen und durchzusetzen. Dabei soll zumindest ansatzweise an konkreten Fällen gefragt werden, ob institutionelle und formale Rechtsvorschriften im Sinne von Rechtssicherheit notwendig, oder inwieweit solche Vorschriften Ausdruck überkommener Starrheit und ohne erkennbare rechtssichernde Funktion sind. Innerhalb der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik soll im institutionalisierten Streit die Bedingung von gesellschaftlichem Frieden gesehen werden. Nicht zuletzt aus dem Spannungsverhältnis Naturrecht – Positives Recht soll der Schüler die Fähigkeit entwickeln, Gerechtigkeit als wesentliches **Ziel** und **Aufgabe** von Gesellschaft und Staat zu definieren.

Die **Teilthemen** sind so angelegt, daß nach einer Einführung im folgenden wesentliche rechtserzieherische Probleme behandelt werden. Diesen Problemfragen werden Konfliktfelder aus vier Bereichen der Gerichtsbarkeit zugeordnet, innerhalb derer die Justiz tätig ist, um innergesellschaftlichen Frieden herzustellen. Auf die Thematisierung von Finanz-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit wird verzichtet, weil es nicht auf Vollständigkeit im Rahmen einer umfassenden Rechtskunde ankommen kann. Hinweise auf andere Zweige der Justiz sind innerhalb der Teilthemen möglich. Die Reihenfolge der Teilthemen ist so angelegt, daß der Schüler Elemente und Wirksamkeit der Rechtsordnung zunächst im Bereich der scheinbar ‚unpolitischen‘ Zivil- und Strafergerichtsbarkeit erfährt. Die aus den Überschriften ablesbare Problemstellung zeigt jedoch, daß die notwendigen Kenntnisse des Zivil- und Strafrechts im Rahmen eines jeweils spezifisch politischen Problemhorizontes erarbeitet werden sollen (Rechtsgleichheit bzw. Frage nach dem Verhältnis Straftäter – Gesellschaft). Der politische Bezug in den Themen Verwaltungsgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichtsbarkeit wird durch die Frage nach Durchsetzung von Recht gegenüber der Verwaltung bzw. durch die Behandlung der Grundrechte hergestellt. Die Behandlung der Teilthemen Verwaltungsgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichtsbarkeit ist bei dem gegebenen Zeitansatz im Rahmen des Rechtsthemas nicht möglich. Ihre rechtserzieherischen Aspekte werden jedoch an anderen Stellen des Lehrplans aufgegriffen, und zwar

- die Frage nach der Durchsetzbarkeit von Recht gegenüber der Verwaltung im Thema „Politische Beteiligung im regionalen Raum“, 4. Teilthema,
- die Grundrechtsproblematik im Thema „Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“, Teilthema 2c

Verfahrensgrundsätze, Rollen, Zuständigkeiten in Rechtskonflikten und deren Abläufe können im Zusammenhang mit dem Besuch und der folgenden Auswertung einer Gerichtsverhandlung erarbeitet werden. Dabei sollte ein Gespräch mit den Vertretern der Justiz und ggf. mit den beteiligten Parteien zu vertieftem Verständnis führen.

Bei Kürzungen, die aus Zeitgründen notwendig werden könnten, sollte man davon ausgehen, daß die in den Teilthemen genannten problemorientierten, **rechtserzieherischen** Aspekte Vorrang haben vor den **rechtskundlichen** Gesichtspunkten. Es wäre zu vertreten, die in den Teilthemen 2 und 3 genannten Problemhorizonte innerhalb eines zusammengefaßten Teilthemas zu erarbeiten. Dabei müßte bei der Behandlung eines Strafprozesses neben der Frage nach Sinn und Funktion von Strafe auch das Problem der Gleichheit vor dem Gesetz behandelt werden. Auf einen Überblick über die Zivilgerichtsbarkeit sollte auch bei diesem Vorgehen nicht verzichtet werden.

2. Fachspezifisch allgemeine Lernziele

2.1 Allgemeine Qualifikation (Nr. 5)

Fähigkeit und Bereitschaft zum Eintreten für eigene und fremde Rechte und zu rechtlich geordneter Konfliktregelung im freiheitlichen Rechtsstaat.

2.2 Methodenziele

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln

- anhand von Schemata den Ablauf von Rechtsstreitigkeitsfällen zu beschreiben
- auftretende Konflikte in den Kategorien der Rechtsordnung zu erfassen und durch Anwendung geeigneter Rechtsmittel Interessen wahrzunehmen und Konflikte auszutragen
- Gesetzestexte im Hinblick auf einen konkreten Rechtsstreit hin zu interpretieren

2.3 Verhaltensziele

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln

- eigene Rechte wahrzunehmen und sich für Rechte anderer einzusetzen
- das rechtsstaatliche Regelsystem zur Bewältigung innergesellschaftlicher Konflikte begründet anzunehmen
- die Notwendigkeit von Institutionen und Normen im Hinblick auf Herstellung und Erhaltung gesellschaftlichen Friedens anzuerkennen.

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
1. Wie werden Konflikte gerecht geregelt?	Die Schüler sollen		
Einigung – Rechtsstreit	– an einem historischen Beispiel die Bedeutung der Institutionalisierung von Recht für den gesellschaftlichen Frieden begründen können	Rechtsgut Gesetz	Hammurabi Marktrecht wird Stadtrecht Lehmann, Recht, S. 89 ff.
Recht des Stärkeren – Gerechtigkeit	– anhand des Grundgesetzes nachweisen können, daß die Durchsetzung von Recht gesellschaftlich legitimerter Macht bedarf		Faustrecht – Rechtsordnung Grundgesetz Art. 20, Abs. 2 Art. 92
Gesellschaftlicher Friede – Konflikt	– durch Analyse von Rechtsstreitfällen Konflikte und unterschiedliche Rechtsgüter unterscheiden	Gerichtsbarkeit	Strafgerichtsbarkeit / StGB Zivilgerichtsbarkeit / BGB Verwaltungsgerichtsbarkeit Verfassungsgerichtsbarkeit / GG
	– anhand eines Schemas Zweige und Aufbau der Gerichtsbarkeit erläutern, Rechtsstreitfälle den einzelnen Zweigen zuordnen und Zuständigkeiten begründen können	Berufung Revision	Urteile – eventuell anhand von Zeitungsmeldungen Amtsgericht – Oberlandesgericht – Landgericht – Bundesgericht

2. Sind alle vor dem Gesetz gleich?

Die Schüler sollen

– durch Analyse alltäglicher Situationen erkennen, daß weite Teile des Lebens durch gesetzliche Regelungen bestimmt sind

– anhand des BGB Bereiche nennen können, die rechtlich normiert sind

– anhand eines Schemas den Ablauf eines Zivilprozesses beschreiben können

Jugendrecht

Schema, in: Informationen zur pol. Bildung, 159, S. 19
Lehmann, S. 58/59

Geschäftsfähigkeit
Deliktfähigkeit
Strafmündigkeit
Ehemündigkeit
Volljährigkeit

Schilderung eines Tagesablaufes
Lehmann, S. 7 ff.

natürliche Personen –
juristische Personen
Haftung
Verjährung

Informationen zur politischen Bildung
159, S. 1

Kläger
– Beklagter
Güterabwägung
Vergleich
Urteil

Informationen zur politischen Bildung
159, S. 13
Lehmann, S. 51
Besuch einer Gerichtsverhandlung

Gleichheit vor dem Gesetz
– ‚Klassen-Justiz‘

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
	<ul style="list-style-type: none"> - Gefahren für den Grundsatz der ‚Gleichheit vor dem Gesetz‘ diskutieren können (am Beispiel von Prozeßdauer und -kosten) 		einstweilige Verfügung Armenrecht Prozeßbericht <ul style="list-style-type: none"> - Anwaltskosten - Prozeßkosten - Instanzenweg
3. Warum straft die Gesellschaft?	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> - den Ablauf eines Strafverfahrens beschreiben und die unterschiedlichen Rollen der beteiligten Personen nennen und ihre Funktion begründen können 	Straftat Angeklagter Verteidiger Staatsanwalt Richter <ul style="list-style-type: none"> - Schöffe - Geschworener Zeuge	Besuch einer Gerichtsverhandlung Schemata zu Aufbau der Strafgerichtsbarkeit (Informationen 161, S. 14) und zum Verfahrensablauf (Informationen 161, S. 16) Rollenspiel Gerichtsverhandlung
Gerechtigkeit – Rechtssicherheit	<ul style="list-style-type: none"> - die Verfahrensgrundsätze und die Rechte der Angeklagten durch Beispiele erläutern und als rechtlich sinnvoll und notwendig begründen können 	Rechtsstaatlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> - Verbot der Doppelbestrafung - GG Art. 103 Abs. 3 - keine Strafe ohne Gesetz - GG Art. 103 Abs. 2

Rache – Sühne

- durch Interpretation der Symbolfigur ‚Justitia‘ Elemente von Gerechtigkeit als Merkmale von Gerichtsverfahren nennen und diskutieren können

- anhand von Texten Strafmaßnahmen bestimmten Prinzipien zuordnen und diskutieren können
- begründen können, weshalb jemand, der in einem Urteil für schuldig befunden wurde, bestraft wird

Gerechtigkeit

- Schuld
- Sühne
- Vergeltung
- Strafe
- Abschreckung
- Rechtssicherheit

- Verbot der rückwirkenden Bestrafung
- GG Art. 103 Abs. 2
- Recht auf Gehör
- GG Art. 103 Abs. 1
- Unabhängigkeit der Richter
- GG Art. 97

Vergleich von Verfahren
Strafprozeßordnung

- Gleichheit vor dem Gesetz
- Jedem das Seine
- Durchsetzung von Rechtsnormen
- ‚Justitia‘ mit
- Augenbinde
- Waage
- Schwert

Strafen in verschiedenen
Gesellschaften
Geschichtsbuch
Zeitungsmeldungen
Cube, S. 165 ff.

Lernziele

Lernziele			Inhalte/Medien/Verfahren
Probleme	Methoden	Grundbegriffe	
Vergeltung – (Wieder-)Eingliederung	<ul style="list-style-type: none"> – durch Auswerten des Lebenslaufes eines Straftäters eine mögliche Mitverantwortung der Gesellschaft an Straftaten diskutieren können – mit Hilfe von Texten Maßnahmen und Probleme der (Re)-Sozialisierung nennen und Wege der (Wieder-)Eingliederung in die Gesellschaft diskutieren können 	Strafvollzug (Re-)Sozialisierung	<p>Ursachen von Kriminalität Lehmann, S. 5, 53 ff Statistiken über Rückfallquoten</p> <p>Berichte über Reformversuche im Strafvollzug Strafrechtsreformgesetze Lehmann, S. 70 ff. Cube, S. 185 ff.</p>

4. Literatur

4.1 Zur wissenschaftlichen Grundlegung

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Strafe muß sein! Muß Strafe sein? Bonn 1970

- x Cube, F. von / Hadding, W. (Hrsg.): Recht in unserer Gesellschaft. Hannover 1978 (Schroedel Nr. 38100)

Domcke: Die Rechtsordnung. München 1965 (GS 112)

Forsthoff, E. (Hrsg.): Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Aufsätze und Essays. Darmstadt 1968 (WdF CXVIII)

- x Die Grundrechte. Entwicklung – Systematik – Gegenwartsprobleme (= Politische Bildung 8 (1975) H. 2)

Hejdelmeyer, W. (Hrsg.): Die Menschenrechte. Paderborn 1972 (UTB 123)

- x Hesse, K.: Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 8. Aufl. Karlsruhe 1975

Heyde, W.: Die Rechtspflege in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl. Bonn 1972 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung H. 79)

- x Information zur politischen Bildung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Nr. 152: Das Recht in der politischen Bildung 1: Grundlagen des Rechts und Aufgaben der Rechtserziehung (1972)

Nr. 153: Das Recht in der politischen Bildung 2: Verfassungsrechtliche Strukturprinzipien der Bundesrepublik Deutschland (1972)

Nr. 159: Das Recht in der politischen Bildung 3: Recht im Alltag des Bürgers (1974)

Nr. 161: Das Recht in der politischen Bildung 4: Strafrecht und Strafvollzug (1975)

Nr. 165: Demokratie – Rechtsstaat – Sozialstaat. Strukturprinzipien der deutschen Demokratie (1975)

Leibholz, G.: Verfassungsstaat – Verfassungsrecht. Stuttgart 1973 (Urban-Taschenbücher Reihe 80, Bd. 325)

Maihofer, W. (Hrsg.): Naturrecht oder Rechtspolitivismus, 2. Aufl. Darmstadt 1972 (WdF XVI)

Säcker, H.: Das Bundesverfassungsgericht. München 1975 (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit)

Strafgesetzbuch Beck-Texte, 16. Aufl. 1975 dtv 5007

BGB Beck-Texte, 20. Aufl. 1975 dtv 5001

4.2 Zur Didaktik und Methodik; Materialien

- Barth, H.-E.: „Zivilrecht. Wirtschaftsordnung und Meinungsfreiheit“ in: Wehling, H. G. (Hrsg.): Unterrichtspraktisches Handbuch zur politischen Bildung. Modelle für den Sozialkundeunterricht. München 1973, S. 70–86
- Dingeldey, E.: Unpolitische Justiz? Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht. Frankfurt/M. 1971
- George, S.: „Motivation durch Beschäftigung mit Randgruppen der Gesellschaft: Jugendliche Strafgefangene. Unterrichtsmodell 5./6. Schuljahr“ in: Politische Bildung 6 (1973) H. 6, S. 71–78
- Giesecke, H.: Didaktik der politischen Bildung. 10. Aufl. München
- Hermann, B.: „Strafrecht. Probleme der Strafrechtsreform in der Bundesrepublik Deutschland“ in: Wehling, H. G. (Hrsg.): Unterrichtspraktisches Handbuch zur politischen Bildung. Modelle für den Sozialkundeunterricht. München 1973, S. 52–69
- Jugendkriminalität (= Politische Didaktik, Heft 1/1975)
- Sandmann, F.: Didaktik der Rechtskunde. Rechtskundlicher Unterricht als Beitrag zur politischen Bildung. Paderborn 1975 (UTB 399)
- Stein, E.: „Der Beitrag des Bundesverfassungsgerichts zur politischen Bewußtseinsbildung“. in: GSE 13 (1968) S. 221–251
- Sutor, B.: Didaktik des politischen Unterrichts. Eine Theorie der politischen Bildung. Paderborn 1971, S. 184–191
- x Bender, G.: Das Bonner Grundgesetz im Spiegel ausgewählter Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Diesterweg Nr. 7511)
- Bender, G.: Probleme des Rechtsdenkens. Einführende Texte zum Gewohnheitsrecht – Gesetzesrecht – Naturrecht (Diesterweg 7517)
- x Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Textausgabe, darin u. a.: Grundgesetz, Menschenrechtskonvention, Bundesverfassungsgesetz. Bonn
- Heidelmeyer, W.: Die Menschenrechte. Darstellung und Dokumente (Schöningh Nr. 2334)
- Hoegner, W.: Wesen und Entwicklung des Rechtsstaates (Schöningh Nr. 23240)
- Kästner, W.: Materialien für den Rechtskundeunterricht. (Bayerischer Schulbuch-Verlag Nr. 6034–9)
- Krautkrämer, H.: Rechtsfragen im Alltag (Diesterweg 1739)
- x Lehmann, R.: Recht (Schöningh Nr. 24080)
- Mickel, W.: Recht und Gerechtigkeit. Texte zum Rechtsdenken (Hirschgraben Nr. 597)
- Muth, H.: Die Grundrechte in der deutschen Verfassungsentwicklung (Klett Nr. 4214)

Polemann, O. / Rössner, L.: Gerechtigkeit und Menschenwürde. Texte zur Diskussion in der politischen Bildung (Diesterweg Nr. 7536)

x Staff, I.: Rechtskunde für junge Menschen (Diesterweg 1741)

Uhl, H.: Die Grundrechte (= Materialien zu Politische Bildung 8 (1975) H 2). Stuttgart 1975 (Klett Nr. 4331)

Weiß, H.-D.: Grundfragen des Rechts (Klett Nr. 4222)

Realschule und Gymnasium, Klasse 9, 3. Teilthema

Politische Beteiligung im regionalen Raum

1. Didaktische Analyse

Das Thema „Politische Beteiligung im regionalen Raum“ **fügt zweierlei zusammen:**

die politische Beteiligung und damit die Frage nach ihren Instrumenten, den regionalen Raum und damit die Kommunalpolitik.

Diese Verbindung wurde aus Gründen der Stoffreduktion gewählt, erscheint aber auch unter wissenschaftlichen, aktuell-gesellschaftlichen und pädagogischen Gesichtspunkten sinnvoll.

Die Beteiligung des Bürgers an der Politik in der Gemeinde ist in den letzten Jahren sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft auf zunehmendes Interesse gestoßen. Ausschlaggebend dafür war allerdings weniger eine verstärkte Mitarbeit in Parteien und Verbänden, sondern eher die immer häufiger in Erscheinung tretenden Bürgerinitiativen.

Im Mittelpunkt dieses Themas stehen jedoch nicht die direktdemokratischen Formen politischer Willensbildung, wie auch das Grundgesetz den repräsentativen, trotz grundsätzlicher Offenheit für andere Formen, ein eindeutiges Übergewicht zuweist (Art. 20, 21 und 28 GG).

Die Behauptung, daß heute nur noch politisch wirksam werden kann, wer organisiert ist, läßt sich kaum bestreiten. Parteien und Verbände ermöglichen den Pluralismus und die Vertretung der unterschiedlichen Interessen, die durch Beruf, Konfessionsunterschiede, Vermögens- und Einkommensverhältnisse, Freizeitbeschäftigung, Altersunterschiede u. v. a. bedingt sind. Dabei bedeutet die Vielzahl der Interessenvertretungen selbstverständlich nicht gleichzeitig eine Garantie für gleich wirksame Vertretung aller Gruppeninteressen, und zudem sind manche Interessen zu allgemein, um in spezifischer Weise organisationsfähig zu sein.

Die verfassungsmäßige Verankerung des Pluralismus beruht auf der Überzeugung, damit zu einem bestmöglichen Ausgleich zwischen den Bestrebungen nach individueller Freiheit einerseits und sozialer Gerechtigkeit andererseits zu kommen. Eine eigenartige Diskrepanz ist jedoch festzustellen zwischen der Anerkennung der politischen Grundordnung durch die überwältigende Mehrzahl der Bevölkerung in der Bundesrepublik und einem (in der deutschen Staatstradition begründeten) noch immer verbreiteten Antiparteien- und Antiverbandsaffekt. Ersterer zeigt sich in der Abwertung politischer Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der gewählten Bürgervertretungen als politische Unfähigkeit oder Würdelosigkeit, letzterer in der Meinung, Interessenvertretung schade dem Gemeinwohl am Ende mehr, als sie nütze.

Die politischen Parteien sind in der Bundesrepublik Verfassungsorgane, aber keine Staatsorgane. Es kann nicht Aufgabe eines Sozialkundelehrplans für die Sekundarstufe I sein, die in der Theorie diskutierte politikwissenschaftliche und staatsrechtliche Problematik einer Zuordnung der politischen Parteien zu Lerninhalt zu machen. Um eine Identifizierung von Partei und Staat im Bewußtsein der Schüler keinen Vorschub zu leisten, ist jedoch eine funktionsorientierte Aufgliederung der Rolle der Parteien nötig. Danach sind Parteien tätig

im gesellschaftlichen Bereich als Instrumente der Meinungs- und Willensbildung,

als Integrationsorgane (Beteiligung am institutionalisierten Willensbildungsprozeß mit dem Ziel, den Parteiwillen in einen Herrschaftsakt umzusetzen)

und im staatlichen Bereich als Instrumente der Herrschaftsausübung.

Das Thema „Politische Beteiligung im regionalen Raum“ beschränkt sich im wesentlichen auf die Funktion von Parteien und Verbänden im Meinungs- und Willensbildungsprozeß. **Leitender Aspekt** sind die Chancen und Grenzen der Partizipation des einzelnen. Die Rolle der Parteien bei der Herrschaftsbestellung, -ausübung und -kontrolle ist dem Thema „Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“, die Funktion der Verbände bei tariflichen Auseinandersetzungen dem Thema „Hauptfragen der Wirtschaftsordnung und -politik“ zugeordnet.

Für das sich vor allem in der **Tätigkeit von Bürgerinitiativen** dokumentierende Interesse der Bürger (bzw. eines Teils der Bürgerschaft) an der Lokalpolitik gibt es eine Reihe von Erklärungsversuchen, z. B. die These, daß der Staat durch seine ständigen Eingriffe in den Alltag selbst eine Politisierung des Alltags bewirke. Wenn man auch für die Kommunalpolitik wie für alle Ebenen der politischen Willensbildung feststellen muß, daß sich zunehmend „die relevanten Entscheidungsvorgänge von den politisch legitimierten Mandatsträgern in die Verwaltung verlagert haben“, was die Forderung nach mehr direktdemokratischer Partizipation geradezu zwangsläufig entstehen läßt, so gibt es doch deutliche Anzeichen dafür, daß sich „die Quantität und Intensität der Beteiligung der Betroffenen nicht beliebig steigern läßt, ohne daß die Folgen die Funktionsfähigkeit des politischen Entscheidungs- und Handlungssystems gefährden.“ (Buse, Soziokulturelle Bedingungen und Formen der politischen Beteiligung in der Gemeinde, in: PB Jg. 7 / Heft 3, S. 55).

Überwiegend kommt die (nichtmarxistische) Wissenschaft zu der Ansicht, daß Bürgerinitiativen unter bestimmten Bedingungen einen wichtigen Beitrag zur Bildung eines emanzipatorischen Bewußtseins in der Bevölkerung leisten können, wenn auch eingeschränkt wird, daß Sozialschichten, die auf die Leistungen des Staates in besonderem Maß angewiesen sind, sich nur in relativ geringem Maße zu engagieren vermögen.

Die Ergebnisse empirischer Untersuchungen zu **Vorwissen und Einstellung** von Schülern und Studenten zeigten vor einigen Jahren noch verbreitete Aver-

sionen gegen Parteien. Auch heute muß man davon ausgehen, daß ein Teil der jungen Menschen entweder den „neutralen Experten“ für politische Entscheidungen fordern oder sich am Leitbild plebiszitärer Demokratie orientiert. Zu beachten ist jedoch grundsätzlich, daß Altersunterschiede und soziale Herkunft große Unterschiede in Vorwissen, Interessenlage und Einstellungen bei den Jugendlichen bedingen können.

Das Thema „Politische Beteiligung im regionalen Raum“ eröffnet bei der **unterrichtlichen Behandlung** besondere Motivationschancen, weil bei der Auswahl der Inhalte und Lernziele neben der Aktualität subjektive und objektive Betroffenheit der Schüler und Zugänglichkeit von Informationen u. U. leichter als bei anderen Themen zu erreichen sind. Dementsprechend sollten handlungsorientierte Unterrichtsverfahren im Vordergrund stehen. Die Schüler sollten so weit wie möglich die entsprechenden Institutionen und Gegenstände politischer Entscheidungen kennenlernen. Die Projektmethode würde sich in besonderem Maße anbieten, doch stehen ihr durch die Einstündigkeit des Faches Sozialkunde wohl zumeist unüberwindliche Hindernisse entgegen, sofern man nicht Epochenunterricht ermöglichen kann. So empfiehlt sich, gegebenenfalls Rollenspiele durchzuführen (Simulation einer Fraktions-, Ausschuß- oder Ratssitzung, der Veranstaltung einer Bürgerinitiative). Bei der Wahl des Inhalts sollte nach Möglichkeit ein aktueller Konfliktfall herangezogen werden. Da sich dieser bezüglich des Zeitpunkts und Ablaufs nicht vorausplanen läßt, ist dem Lehrer unbedingt die Anlage eines „Archivs“, in dem er Materialien zur Willensbildung im regionalen Raum sammelt, anzuraten. Inwieweit die Klasse mit Material aus Unterrichtsmodellen oder zu Konfliktfällen im nicht-heimatlichen Raum zu motivieren ist, muß in jedem Einzelfall ermittelt werden.

Der **Anordnung der Lernziele** im Spaltenschema liegt folgende Gliederung zugrunde: Kommunale Institutionen, Interessenverbände, politische Parteien, politische Beteiligung außerhalb von Verbänden und Parteien. Zu begründen ist diese Anordnung damit, daß es sich als vorteilhaft erweisen kann, die Institutionen, die in der Gemeinde planen, entscheiden und ausführen, nach dem Einstieg zuerst im Unterricht zu behandeln, und danach erst die Gruppen, die eine Einflußnahme auf diese Entscheidungen anstreben. Je nach der Materiallage kann jedoch auch eine andere Reihenfolge bzw. ein Nebeneinander sinnvoll sein. Ebenso ist die Auswahl aus den Methodenzielen vom Konfliktfall bzw. dem zur Verfügung stehenden Material abhängig.

2. Fachspezifisch allgemeine Lernziele

2.1 Allgemeine Qualifikationen (Nr. 4 und 6)

Fähigkeit und Bereitschaft zur Wahrnehmung sozialer Kompetenz im Erkennen und Bewältigen gesellschaftlicher Probleme nach Maßgabe persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Fähigkeit und Bereitschaft zur kritischen Loyalität gegenüber den Normen und Institutionen der politischen Ordnung.

2.2 Allgemeine Methodenziele

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln,

- Material zu sammeln und nach vorgegebenen Gesichtspunkten zu systematisieren;
- sich von Behörden Auskünfte und Material zu beschaffen;
- einfache Befragungstechniken anzuwenden;
- einfache Statistiken zur Parteien- und Verbandssoziologie zu lesen;
- mit Hilfe von Satzungen Einzelfragen zu klären;
- eine Rolle in einem Rollenspiel zu übernehmen;
- Strategien zur Durchsetzung von Forderungen zu entwickeln;
- Argumente schriftlich und mündlich wirksam zu vertreten.

2.3 Verhaltensziele (wertorientierte Einstellungen)

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln,

- die Notwendigkeit der Interessenvertretung zu bejahen und die daraus entstehenden Konflikte durchzustehen;
- die rechtsstaatlich-demokratisch institutionalisierten Formen der Konfliktaustragung zu respektieren;
- die eigenen Chancen zur Teilnahme am politischen Willensbildungsprozeß zu prüfen und wahrzunehmen;
- bei der Ausnutzung von Beteiligungschancen Grundsätze politischen Handelns zu beachten, wie z. B. solidarische Interessenvertretung, Nutzung von Bündnissen (Koalition), Bereitschaft zu Kompromissen.

— die im konkreten Fall gegebenen Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Entscheidungen aus dem Material erschließen und mit Hilfe von Texten, Statistiken und Schaubildern Aussagen über die allgemeine Bedeutung dieser Bedingungen für die Gemeinden machen können;

— Erschwernisse für Mitbestimmungschancen der Bürger und Teilnahmeinteressen am konkreten Beispiel erläutern können, etwa finanzielle Abhängigkeit, Unüberschaubarkeit der Entscheidungen in größeren Kommunen, zunehmende Mobilität vieler Bürger und übergreifende Planungs- und Verwaltungsräume.

Pflichtaufgaben

Auftrags-
angelegenheiten
des Staates

freiwillige
Aufgaben

Unterscheidung von Weisungsaufgaben; freiwilligen Aufgaben; Zur finanziellen Abhängigkeit; Frey / Thränhardt in P. B. Jg. 7, Heft 3, S. 7 ff.; Schaubilder in Jahnke, Gemeinde und Kreis; Statistiken in Ellwein „Regierungslehre“ und Claessens „Sozialkunde“, S. 270 ff.

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>2. Inwieweit bedarf die Interessenvertretung der Organisation?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – in einem Rollenspiel das Verhältnis von Gruppeninteressen und allgemeinen Interessen (am konkreten Beispiel) problematisieren können; – Unterschiede zwischen kurzfristigen und permanenten Interessen am konkreten Beispiel aufweisen und geeigneten Organisationsformen zuordnen können; – Interessenverbände gesellschaftlichen Gruppen zuordnen und Aussagen über Verbandsziele machen können; – Indikatoren für die Macht eines Verbandes am konkreten Beispiel aufzeigen können; 	<p>allgemeines Interesse (Gemeinwohl)</p>	<p>z. B. Bau von Verkehrswegen, Sportanlagen</p> <p>z. B. Interessen von Anwohnern am Bau eines Spielplatzes; gemeinsame Interessen von Einzelhändlern; Interessen von Arbeitnehmern</p> <p>Verbandsarten: Baur, Bundesrepublik Deutschland, S. 12 Konfliktfähigkeit z. B. Mitgliederzahl, Autorität der Verbandsspitze bei den Mitgliedern, Organisationsgrad, Finanzkraft, Verbandspresse, gesellschaftliche Bedeutung der Berufstätigkeit der Verbandsmitglieder;</p>

3a) Inwieweit leisten die Parteien eine Integration von Interessen?

- mittels Interviews Motive für und gegen eine Verbandsmitgliedschaft sammeln und auswerten können;

Die Schüler sollen

- aus den Äußerungen der Parteien und Verbände zu einem konkreten kommunalen Konflikt Unterschiede erschließen können;

- aus Texten die Unterschiede zwischen Partei und Verband herausarbeiten können;

- feststellen können, ob innerhalb einer Partei zum konkreten Fall unterschiedliche Meinungen geäußert werden, und nach Begründungen dafür suchen;

- in den Begründungen von Fraktionsentscheidungen zu einem konkreten Konflikt prüfen, inwieweit Einzelinteressen integriert sind;

Partei

(Text siehe Informationen zur pol. Bildung Nr. 145 (1971) S. 9 f.)

CDU, CSU, DKP, F.D.P.,
NPD, SPD

Formulierungen, die eindeutig Gruppeninteressen erkennen lassen – Formulierungen, die unterschiedliche Interessen zu integrieren suchen; evtl. Gründe suchen für Gemeinwohlanpruch von Verbandsforderungen

Parteiengesetz –
Texte in Schulbüchern,
Lexika

Fraktionsdisziplin –
„Wahlerauftrag“
(Nähe Mandatsträger –
Wähler in der Gemeinde)

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>3b) Welche Beteiligungschancen hat der einzelne in den Parteien?</p>	<ul style="list-style-type: none"> – aus eigener Beobachtung der regionalen Verhältnisse und (oder) aus Werbematerial der Parteien (Regionalwahlen) ermitteln, welche Interessen von den Parteien nicht hinreichend vertreten werden und herausfinden, welche Gründe es dafür geben könnte; – Parteisatzungen auf Kreisebene nach Beteiligungsmöglichkeiten für Parteimitglieder untersuchen können; – aus Parteisatzungen herausfinden können, wer die Kandidaten für die Gemeindewahlen aufstellt; – die Über- bzw. Unterrepräsentation von Berufsgruppen und gesellschaftlichen Gruppen unter den Mandatsträgern aus selbstbeschafftem Material über die regionalen Gliederungen der Parteien herausfinden und kommentieren können; 	<p>Satzung Delegierte Mitgliederversammlung</p> <p>Kandidatenaufstellung</p> <p>Mandat</p>	<p>Zur sozialen Selektion von Mandatsträgern auf kommunaler Ebene: Holler/Naßmacher: „Rat und Verwaltung . . .“, S. 6 ff.</p>

4. Gibt es im kommunalen Rahmen eine wirksame politische Beteiligung außerhalb der Parteien?

- mit Hilfe von Zeitungsmeldungen und Befragung von Parteifunktionären zusammenstellen, welche Funktionen innerhalb und außerhalb der regionalen Parteebene Vorstandssmitglieder haben und sich zu möglichen Auswirkungen äußern;
- die Aktivitäten von Jugendorganisationen der Parteien beobachten und u. U. nach Unterschieden zur Mutterpartei untersuchen;
- in einem Brief an einen Gleichaltrigen den Beitritt zur Jugendorganisation einer Partei begründen bzw. zu dessen Beitritt kritisch Stellung nehmen können;

Die Schüler sollen

- das Entstehen einer Bürgerinitiative durch Verwendung von Presseberichten oder Befragung Beteiligter begründen und Adressaten für deren Initiative nennen können;
- die politischen Beteiligungen als Mitglied einer Partei einer Beteiligung an einer Bürgerinitiative gegenüberstellen können;

Bürgerinitiative

Jungdemokraten
Junge Union
Jungsozialisten

Falls kein Material aus dem Nahraum vorliegt: Planungsmaterial für den polit. Unterricht III (NRW); zum Entstehen und den Adressaten allgemein: Zilleßen, Bürgerinitiative, in B 12/74, S. 5 ff.

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
	<ul style="list-style-type: none"> - verschiedenen (vorgegebenen) Anlässen die geeignetste der drei grundsätzlichen Möglichkeiten der Interessenvertretung <ul style="list-style-type: none"> a) individuelles Handeln b) Gruppeninitiativen (z. B. Bürgerinitiativen) c) Mitgliedschaft in einer Partei oder einem Verband zuordnen können; - die innerhalb des regionalen Bereichs im politischen System der Bundesrepublik vorhandenen Möglichkeiten der Teilnahme am Prozeß der polit. Willensbildung aus Zeitungen und anderen Texten erschließen können; - mit Hilfe der Rechtsmittelbelehrung Rechte des betroffenen Bürgers aufzeigen und die zuständigen Instanzen nennen können; 	<p>Wahl Ausschüsse Bürger- versammlungen</p>	<p>Traditionelle und neuere Formen der polit. Beteiligung in der Gemeinde in PB Jg. 7 / Heft 3, S. 59 ff.</p> <p>Anregungen, Bedenken; Einspruch – Widerspruch, Verwaltungsklage (z. B. Bundesbaugesetz) Schema zur Struktur der Verwaltungsgerichtsbarkeit</p>

<ul style="list-style-type: none"> - die Möglichkeiten des Bürgerbeauftragten in einem Konflikt zwischen Bürger und Verwaltung diskutieren können; 	Bürgerbeauftragter	Berichte und Gesetze über den Bürgerbeauftragten
<ul style="list-style-type: none"> - aus dem zu einem kommunalen Konflikt gesammelten Material die Interessenlage der beteiligten Gruppen (Verbände, Parteien, Bürgerinitiativen) erschließen und kritisch beurteilen können; 		Gruppenarbeit
<ul style="list-style-type: none"> - in einer Diskussion die Argumente einer der beteiligten Gruppen (kommunale Verwaltung, Parteien, Verbände, Bürgerinitiativen) vertreten können; 		Podiumsdiskussion, evtl. auch Schreiben eines Leserbriefes
<ul style="list-style-type: none"> - Vorschläge machen können, wie man Angehörige benachteiligter Gruppen dazu veranlassen könnte, ihre Interessen zu artikulieren; 		Soziale Randgruppen
<ul style="list-style-type: none"> - Strategien zur Solidarisierung einer Gruppe und zur Durchsetzung von Forderungen in seinem eigenen Lebensbereich entwickeln können; 		Schule Sportverein Wohnviertel

4. Literatur

4.1 Literatur zur wissenschaftlichen Grundlegung und Orientierung

- Ellwein, Thomas: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1973
- Claessens, Klönne, Tschoepe: Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf 1973
- Alemann, Ulrich v.: Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Düsseldorf 1975
- Höbel, B. und Seibert U.: Bürgerinitiativen und Gemeinwesenarbeit. München 1973
- Politik und Partizipation in der Gemeinde. Politische Bildung, Jg. 7 (1974), Heft 3
- Kaak, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971
- Hättich, Manfred: Innerparteiliche Demokratie und politische Willensbildung. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 49/1969
- Nelles, Wilfried: Strukturelle Bedingungen für die Wirkung von Partizipation. Beilage B 7/1975
- Zilleßen, Horst: Bürgerinitiativen im repräsentativen Regierungssystem. Beilage B 12/1974
- Lehmbrock, Josef: Städtebau – eine politische Aufgabe. Beilage B 28/1975
- Glutz, Peter: Anatomie einer politischen Partei in einer Millionenstadt. Beilage B 41/1975
- Holler, W. und Naßmacher, K.-H.: Rat und Verwaltung im Prozeß kommunalpolitischer Willensbildung. Beilage B 4/1976
- Politische Parteien im parlamentarischen Regierungssystem. Politische Bildung, Jg. 1 / Heft 1
- Beer, Rüdiger, Robert: Die Gemeinde, Grundriß der Kommunalpolitik. München / Wien 1970

4.2 Literatur zur Didaktik; Materialien

- Bogner, W.: Kommunales Verfassungsrecht Rheinland-Pfalz. Mainz 1974 (Deutscher Gemeindeverlag)
- Kommunal-Brevier Rheinland-Pfalz, Hrsg.: Kommunale Spitzenverbände Rheinland-Pfalz. Mainz 1974 (Dt. Gemeindeverlag)
- Jahnke, H.: Gemeinde und Kreis. Paderborn 1969 (Schöningh-Verlag – Zur Politik –)

- Haseloff, W.: Die politischen Parteien. Frankfurt 1972 (Diesterweg-Verlag, Schriften zur politischen Bildung)
- Hocevar / Köhle: Die politischen Parteien in der BRD. München 1971 (Don-Bosco-Verlag)
- Parteien in beiden deutschen Staaten, Hrsg.: Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn 1972 (Verlag Neue Gesellschaft)
- Gagel, W.: Wirklichkeit und Notwendigkeit der innerparteilichen Demokratie, in: Politische Bildung, Jg. 1 / Heft 1 (Unterrichtsmodell)
- Weber, Erich: Innerparteiliche Demokratie (Unterrichtsmodell) in: Wehling, Unterrichtspraktisches Handbuch zur politischen Bildung. München 1973
- Interessenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Informationen zur politischen Bildung Nr. 45, Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1971
- Macht oder Ohnmacht des Bürgers nach der Wahl? Über die Chancen der politischen Beteiligung. Planungsmaterial für den polit. Unterricht III (NRW). Düsseldorf 1974 (Hagemann-Verlag)
- Klingbeil, Detlev: Stadtplanung und Bürgerbeteiligung (Unterrichtsmodell) in: Politische Bildung, Jg. 7 (1974), Heft 3
- Wehling, R. und H.-G.: Gemeinde. Machteliten in einer mittleren Industriestadt, in: Wehling, Unterrichtspraktisches Handbuch zur politischen Bildung. München 1973
- Baur, Arno: Bundesrepublik Deutschland. Paderborn 1971 (Schöningh-Verlag – Zur Politik)
- Kammer, H. / Bartsch, E.: jugendlexikon politik. ro-ro-ro-Handbuch, Hamburg 1974
- Bürgerinitiativen, Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1975

Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland

1. Didaktische Analyse

Das politische System der Bundesrepublik hat vor dem Hintergrund der zeitgeschichtlichen Erfahrungen, insbesondere der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, seine konkrete Ausgestaltung als parlamentarisch-repräsentative Demokratie gefunden. Nach einer Etablierungs- und Konsolidierungsphase ist aus den verschiedensten Gründen die Auseinandersetzung über das politische System wieder lebhafter geworden. So werden in der politischen, fachwissenschaftlichen und auch fachdidaktischen Auseinandersetzung etwa Fragen nach der Gewichtung plebiszitärer und repräsentativer Elemente, nach Partizipation in den gesellschaftlichen Bereichen und nach Reduzierung von Herrschaft kontrovers diskutiert. Den Hintergrund bilden dabei nicht mehr allein die genannten historischen Erfahrungen, die der jüngeren Generation ohnehin nur noch theoretisch zugänglich sind, sondern die stärker ins Blickfeld gerückte „Verfassungswirklichkeit“ und politische Zukunfts- und Zielprojektion.

Die vorliegende Bearbeitung basiert auf folgenden Leitlinien:

- Es scheint fraglich, das politische System gleichsam als Nebenprodukt konfliktorientierter Unterrichtsreihen behandeln zu können; es muß auch einmal in den Mittelpunkt der unterrichtlichen Analyse gestellt werden.
- Es handelt sich dabei nicht um das Kernstück einer bloßen Institutionenkunde, um ein „wertfrei“ zu vermittelndes Orientierungswissen, sondern um eine elementare Auseinandersetzung über Grundfragen der politischen Ordnung.
- Für den Unterricht ist dabei weniger eine fachwissenschaftliche Systematik, sondern die Relevanz für den einzelnen entscheidend. Ausgangspunkt sind deshalb einerseits Fragen nach den Beteiligungsrechten und -möglichkeiten und nach der Betroffenheit von Herrschaft (Schutz, Rechtssicherheit, Verpflichtung, Mißbrauch u. a.). Von diesen Ansätzen her kann der Zugang zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit den vom Bundesverfassungsgericht herausgestellten Merkmalen (vgl. BVerGE Bd. 2, S. 12) eröffnet und kritikfähige Identifikation angestrebt werden.

Jede heranwachsende Generation bedarf erneut der Auseinandersetzung mit dem Demokratiebegriff. Der Unterricht vermag hier Einsichten und Problemwissen zu vermitteln und die angestrebten Verhaltensziele zu fördern. Bestimmte Grenzen und Schwierigkeiten sollten dabei jedoch nicht übersehen werden:

- Wenn auch das Wahlalter herabgesetzt worden ist, so handelt es sich bei den Beteiligungschancen insgesamt um einen Vorgriff auf künftige Möglichkeiten.

- Unterrichtlich fällt es nicht leicht, zumal angesichts der alterstypischen Neigung zur rigorosen moralischen Bewertung, eine Linie einzunehmen, die die Gefahren einer „idealistischen“ oder einer „resignativen“ Position vermeidet. Ein allzu optimistisches, die Möglichkeiten des einzelnen überschätzendes Demokratiebild vermag ebenso Schaden anzurichten, wie die einseitige Fixierung auf Defizite und Abhängigkeiten.
- Eine systematische Beschäftigung mit rechter oder linker Demokratiekritik ist für die Schüler der Sekundarstufe I eine Überforderung; wohl aber können am konkreten Gegenstand einzelne demokratietheoretische und -kritische Aspekte aufgezeigt werden.
- Im Hinblick auf die anzustrebenden Verhaltensziele reicht die rein theoretische Beschäftigung mit dem politischen System nicht aus. Auch der Jugendliche erfährt bereits Herrschaft, wobei diese Erfahrungen ihn stärker prägen als theoretische Einsichten, so daß neben der „intentionalen“ Erziehung der „funktionalen“ (Unterrichtsstil, Regelung des schulischen Zusammenlebens, SMV u. a.) eine erhöhte Bedeutung zukommt.
- Bei der Behandlung des Themas gilt es darüber hinaus, mögliche Voreinstellungen der Schüler zu berücksichtigen und aufzuarbeiten, die z. T. aus schichtspezifischen Sozialisationsbedingungen (z. B. Vorstellungen in den Kategorien von „oben“ und „unten“), aus allgemeinen historischen Vorbelastungen (Antiparteienaffekt) und der komplexen Struktur der Gegenwartsgesellschaft (Tendenz zur Personalisierung) oder auch aus Zeitströmungen („radikale“ oder „konservative“ Wellen) herrühren können.

Für die unterrichtliche Behandlung werden folgende **Teilthemen** gewählt:

1. Wahlen (Herrschaftsbestellung)
 - a) Wahlen als politisches Regelsystem
 - b) Wahlkampf als Mischung aus Information und Manipulation
 - c) Soziologische Aspekte zum Wählerverhalten
2. Die Gesetzgebung (Herrschaftsausübung)
3. Die Rolle der Opposition (Herrschaftskontrolle)

Es liegt nahe, die Wahlen in den Vordergrund zu rücken, denen in der repräsentativen Demokratie – zumal bei föderativer Struktur – eine besondere Bedeutung zukommt. Bei der Herrschaftsausübung soll die Gesetzgebung behandelt werden, und zwar nicht allein das grundgesetzlich geregelte Mitwirken der beteiligten Staatsorgane, sondern auch das Beziehungsgeflecht und die Interdependenz aller am Meinungs- und Willensbildungsprozeß beteiligten Kräfte. Bei der Herrschaftskontrolle soll neben einem Überblick über die Gesamtheit der Instrumente (Föderalismus, Medien, Grundrechte u. a.) nur die Rolle der Opposition genauer analysiert werden. Diese Akzentuierung läßt sich rechtfertigen, weil die parlamentarische Demokratie in besonderer Weise vom Widerspiel Regierung / Regierungsparteien – Opposition lebt, weil oppositionelles Verhalten häufig nicht frei von Voreinstellungen / Vorurteilen

eingestuft wird und weil in der politischen und fachwissenschaftlichen Diskussion die Frage nach den Erfolgchancen oppositioneller Politik in der modernen Gesellschaft gestellt wird.

Für die methodische Behandlung können folgende Überlegungen hilfreich sein:

- Der Gefahr der reinen und wenig motivierenden Institutionenkunde entgeht man am besten dadurch, daß Strukturen und Institutionen nicht statisch, sondern prozeßhaft dargestellt werden. So kann die Kontroverse um ein geplantes Gesetz dazu dienen, das Verfahren zu klären und zu problematisieren. Das Thema „Wahlen“ kann in optimaler Form nur an einem tatsächlich ablaufenden Wahlkampf erarbeitet werden.
- Es sollte darauf verzichtet werden, das Spezifische der parlamentarischen Demokratie in erster Linie am Gegenbild einer autoritär verfaßten Gesellschaft zu entwickeln, um der Gefahr einer voreiligen Schwarz-Weiß-Malerei zu entgehen. Wert und Notwendigkeit solcher Verfahren werden damit jedoch nicht in Frage gestellt und vereinzelt auch empfohlen (z. B. bei den Wahlrechtsgrundsätzen).
- Die drei Schwerpunkte müssen keineswegs in einer geschlossenen Unterrichtsreihe behandelt werden. Wichtige Teilbereiche – etwa die Möglichkeiten oppositioneller Politik – können auch mit anderen Themen verknüpft werden (z. B. mit der „Politischen Beteiligung im regionalen Raum“).
- Es bedarf keineswegs aller Methodenziele, um die Problemfragen und die Grundbegriffe zu erarbeiten. Gerade beim „Wahlkampf“ verstehen sich die Methodenziele als Angebot, aus dem je nach Interesse und Materialgrundlage ausgewählt werden kann. Der Zeitaufwand hängt außerdem entscheidend von der Lernzielstufe ab. Nur wo es um Beurteilung geht, sind vertiefte Analysen erforderlich. Oft genügt es, einen Einzelaspekt ausführlich zu behandeln und diesen dann in einen größeren Zusammenhang oder eine Systematik einzuordnen (z. B. die Rolle der Opposition und ein Überblick über die anderen Möglichkeiten der Herrschaftskontrolle).

2. Fachspezifisch allgemeine Lernziele

2.1 Allgemeine Qualifikation (Nr. 6)

Fähigkeit und Bereitschaft zu kritischer Loyalität gegenüber den Normen und Institutionen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

2.2 Methodenziele

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln

- Wahlkampfmaterialien (kurze Auszüge aus Reden und Programmen, Anzeigen, Plakate u. a.) text- und adressatenbezogen zu untersuchen,
- den Vergleich / die Gegenüberstellung von überschaubaren Wahlkampfmaterialien als Hilfsmittel zur Analyse (Gemeinsamkeiten, unterschiedliche Gewichtung, Lücken usw.) und Beurteilung zu benutzen,

- unter Anleitung Befragungen durchzuführen und bei der Interpretation von Statistiken soziologische Fragestellungen zu benutzen,
- aus dem Informationsangebot der Medien und Parteien in einer kontroversen Frage die Positionen von Regierung / Regierungsparteien und Opposition zu analysieren,
- Beziehungen zwischen politischen Organisationen, Staatsorganen in einem Schaubild darzustellen oder diese daraus zu entnehmen,
- zwischen modellhaftem, idealtypischem Denken und der komplexen Wirklichkeit zu unterscheiden.

2.3 Verhaltensziele

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln,

- die rechtsstaatlich und demokratisch institutionalisierten Formen der Konfliktregelung zu respektieren,
- die eigenen Chancen zur Teilnahme am politischen Willensbildungsprozeß zu prüfen und wahrzunehmen,
- das Widerspiel Regierung / Regierungsparteien – Opposition kontinuierlich und nicht erst anläßlich von Wahlen zu verfolgen,
- den grundgesetzlich verankerten Pluralismus zu bejahen und die daraus resultierenden unterschiedlichen politischen Positionen zu tolerieren.

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>1. In welchem Maße kommt in Wahlen die Willensentscheidung der Bürger zum Ausdruck?</p> <p>a) Wird der Bürger im Wahlkampf informiert oder manipuliert?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – aus einem vorliegenden Wahlergebnis, einer -prognose oder aus Wahlkampfmaterialien Problemfragen zur Funktion von Wahlen entwickeln – bei der Analyse von Wahlkampfmaterialien Kriterien finden und diese auf weitere Materialien anwenden (Farbe, Bild, Kernbegriffe, Darstellung des Gegners u. a.) – aus Wahlkampfmaterialien Zielgruppen bestimmen können (Anspruchsniveau, Alter, Schicht u. a.) – die im Wahlkampf verwendeten Slogans auf aktuelle Bezüge und Beziehungen zu programmatischen Aussagen untersuchen – Argumente der Parteien zu einer Kontroverse des Wahlkampfes sammeln und untersuchen können 	<p>Wahlkampf Wähler</p>	<p>Wahlergebnisse, Mandatsverteilung, Wahlquiz oder Probewahl (als Anreiz); Planungsgespräch</p> <p>Zu 1a) sind in erster Linie aktuelle Wahlkampfmaterialien heranzuziehen (Plakate, Anzeigen, Fernsehspots u. a.); Zusammenstellungen aus zurückliegenden Wahlkämpfen u. a. bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Schmiederer (vgl. Literaturangaben) – Arbeitsmaterial V, – Politische Bildung, Heft 4 1972 (Anhang); <p>Untersuchungskriterien in: Planungsmaterial V, S. 22;</p> <p>Mit Hilfe klar begrenzter Sammel- und Arbeitsaufträge können viele Aspekte in arbeitsteiliger</p>

- Wahlprogramme zu einem bestimmten Thema auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede überprüfen und die Funktion dieser Wahlprogramme diskutieren
- am aktuellen Beispiel Motive und mögliche Auswirkungen der Nutzung von Demoskopie und Werbeagenturen durch Parteien diskutieren
- den Versuch unternehmen, einen Wahlkampftext so umzuformulieren, daß alle rhetorischen, dramatisierenden und emotionalen Elemente entfallen und die Wirkungen beider Fassungen überprüfen
- eine Wahlkampfveranstaltung besuchen und mit Hilfe erarbeiteter / vorgegebener Kriterien und der eigenen Beobachtungen auswerten
- das Verhalten einzelner Verbände / Gruppen auf direkte oder indirekte Unterstützung von Parteien überprüfen und diskutieren

Wahlprogramm

Meinungsbefragung (Demoskopie)

Gruppenarbeit behandelt werden.

Arbeitsaufträge:

Programmauszüge Parteien zuordnen lassen; Herausfinden von Kernbegriffen, Lückenanalysen;

Textbeispiele in:
Politische Bildung, Heft 4 1972, Material 12/13;
Vergleich von Wirtschaftswerbung und politischer Werbung (je eine Anzeige oder ein Plakat)

Kriterien in:
Politische Bildung, Heft 4 1972, S. 15 f. (Materialien)

vgl. Erklärungen zur Wahl in: „Zweimal Deutschland“, S. 76 (1. Aufl. 1969);

Lernziele			Inhalte/Medien/Verfahren
Probleme	Methoden	Grundbegriffe	
	<ul style="list-style-type: none"> – Wählerinitiativen einerseits als Möglichkeit beschreiben, auch außerhalb der Parteien an der Meinungsbildung mitzuwirken und andererseits Gründe anführen, die die beanspruchte Unabhängigkeit gegenüber der empfohlenen Partei in Frage stellen – Karikaturen zum Wahlkampf deuten können – anhand von Texten und / oder der selbstgewonnenen Erfahrungen Funktionen des Wahlkampfes diskutieren 	Wählerinitiative	<p>DGB-Erklärung in Baur, Bundesrepublik Deutschland, S. 37 f.;</p> <p>Untersuchung aktueller Erklärungen und von Verbandszeitschriften aus dem Zeitraum vor der Wahl (Gewerkschafts-, Kirchenblätter u. a.)</p> <p>Auswertung aktueller Mediennachrichten</p> <p>Unterschiede (?) zwischen der Werbung von Wählerinitiativen und von Parteien</p> <p>Finanzierung von Wählerinitiativen; je nach Gegebenheit Befragung von Mitgliedern einer Wählerinitiative</p>

b) Warum ist unser Wahlrecht so kompliziert?

Volkssouveränität –
Repräsentation
Partizipation –
Effizienz

- die Chancen / Bedingungen für den Wähler beurteilen, aufgrund des Wahlkampfes eine begründete Entscheidung treffen zu können, und daraus Konsequenzen für die eigene Meinungsbildung ableiten

Die Schüler sollen

- mit einem Zahlenbeispiel die Unterschiede zwischen Verhältnis- und Mehrheitswahl erproben und unterschiedliche politische Auswirkungen der Wahlsysteme beschreiben
- vorgebene Merkmale / Auswirkungen jeweils der Verhältnis- oder Mehrheitswahl zuordnen und eine Abwägung der Vor- und Nachteile vornehmen
- einen Wahlzettel für die Bundestagswahl gültig ausfüllen können
- die Rolle der Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl erklären können und daraus Möglichkeiten für die Stimmabgabe aufzeigen
- das Für und Wider der Fünfprozentklausel diskutieren

Verhältniswahl
Mehrheitswahl

Erststimme
Zweitstimme
personalisierte
Verhältniswahl

Fünfprozent-
klausel

Unterrichtsgespräch
Diskussion

Vorgabe eines überschaubaren Wahlmodells / Zahlenbeispiels oder vorhandene Computersimulationen, vgl. Raschke. S. 48 ff.

Zusammenstellung von Vor- und Nachteilen in „Bundestagswahl 1969“, S. 12, Rollendiskussion

Musterstimmzettel (z. B. in: RPZ-Unterrichtsmodell „Politische Willensbildung“, Teil 2, M 28
Schaubilder (z. B.: „Bundestagswahl 1969“) und ggf. Überarbeitung (Klarheit, Einfachheit)

Vergleich mit der Weimarer Republik; Wahlzettel und Überblick über die Koalitionsbildungen in:

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
	<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="417 326 856 456">– an historischen und aktuellen Gegenbeispielen die besondere Bedeutung der Wahlrechtsgrundsätze darstellen und sie als Konkretisierung von Grundrechten erklären können <li data-bbox="417 643 856 749">– aus dem Bundeswahlgesetz das Verfahren zur Aufstellung der Wahlkreiskandidaten und der Landesliste entnehmen und graphisch darstellen <li data-bbox="417 857 856 961">– aus statistischen Angaben über die zahlenmäßige Beteiligung am Nominierungsverfahren und aus Berichten über Kandidatenaufstellungen 	<p data-bbox="874 640 1031 664">Abgeordneter</p> <p data-bbox="874 857 1047 904">innerparteiliche Demokratie</p>	<p data-bbox="1130 225 1408 301">RPZ „Politische Willensbildung“ Teil 2, M 43, Blatt 1 und 2</p> <p data-bbox="1130 327 1431 622">Wahlrechtsgrundsätze (Art. 38 GG): frei, geheim, gleich, allgemein, unmittelbar Beispiele in: „Bundestagswahl 1969“, S. 5 f. Beziehung zwischen Grundrechten, Wahlrechtsgrundsätzen und dem konkreten Wahlvorgang (Kabine, Urne)</p> <p data-bbox="1130 648 1431 829">Bundeswahlgesetz: § 19, 21, 22, 28; 1, 6, 53 Kommentierende Texte in: „Bundestagswahl 1969“, S. 20 f. Direktmandat Listenplatz</p> <p data-bbox="1130 855 1423 961">RPZ „Politische Willensbildung“ Teil 2, M 24-27 (Nominierung im Wahlkreis 142)</p>

c) In welchem Maße wird die Wahlentscheidung des einzelnen durch Gruppenzugehörigkeiten bestimmt?

- sowohl Chancen und Probleme innerparteilicher Demokratie als auch der Partizipation der Wähler erkennen und diskutieren
- einen vorliegenden Vorschlag zur Abänderung des Wahlrechtes diskutieren
- an einem vorliegenden Wahlergebnis Fragen der Regierungsbildung erörtern
- die wichtigsten Funktionen der Wahl im repräsentativen System aus dem Grundgesetz und / oder aus Texten zusammenstellen

Die Schüler sollen

- anhand statistischer Unterlagen die Parteipräferenzen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen (Alter, Geschlecht, Beruf, Konfession) herausfinden und zum Wahlverhalten dieser Gruppen Stellung nehmen
- neuere Untersuchungen / Statistiken zu „Determinanten“ des Wahlverhaltens mit älteren vergleichen und auf Entwicklungen hin untersuchen

Regierungsparteien
Opposition
Koalition
Volkssouveränität
Repräsentation

Zahlenangaben bei Kaack, S. 596 f.

Beispiele: Vorwahlen, Terminierung der Landtagswahlen

Materialien: Wahlergebnis, Kanzlerwahl nach Art. 63 GG, Koalitionsabsichten

Besson / Jasper: Über Wahlen und Volkssouveränität in: Politische Bildung, Heft 4, 1972, Arbeitsmaterial Nr. 1

Statistiken bei Kaack, S. 444 f. und in Politische Bildung, Heft 4, 1972, Materialien S. 2 f.
Vergleich kartographischer Darstellungen von Wahlergebnissen mit der Sozialstruktur einzelner Wahlkreise

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>2. Wie lassen sich staatliche Machtausübung und Machtkontrolle wirksam miteinander verbinden?</p> <p>a) Muß das Gesetzgebungsverfahren so kompliziert sein?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - zu einer aktuellen Kontroverse über ein geplantes Gesetzesvorhaben die Standpunkte der Parteien und ggf. der Verbände herausfinden - aus der Geschäftsordnung der Bundesregierung erkennen, welche Einflußmöglichkeiten Verbände bereits im Entwurfsstadium von Gesetzen haben und dieses Verfahren auf mögliche Vor- und Nachteile befragen 	<p>Lobby</p>	<p>Konkretes Gesetzgebungsvorhaben oder ein lokales/regionales Projekt, mit dem sich auch Bund und Land beschäftigen müssen; ausgearbeitete Beispiele in: Baur, Bundesrepublik Deutschland, S. 10 f. („Leber-Plan“) und im RPZ-Modell: Politische Willensbildung (Flugplatz-Lärmbelastung)</p> <p>Geschäftsordnung Auszug aus dem Bonner Telefonverzeichnis in: „Politik im 20. Jahrhundert“. S. 203, Hearing (Mediennachrichten)</p>

Interessenpluralität –
politische Entscheidung

- eine Statistik über die Gesetzesinitiativen in Bund oder Land analysieren
- an der aktuellen Kontroverse (s. o.) den Prozeß des Gesetzgebungsverfahrens verfolgen und graphisch darstellen und ggf. mit Hilfe vorliegender Schaubilder vervollständigen
- am Beispiel des Gesetzgebungsverfahrens die wechselseitigen Beziehungen (Wahlen, Kontrollen, Kompetenzen) zwischen den drei Gewalten zusammenstellen und die Theorie der Gewaltenteilung (-verschränkung) für das System der Bundesrepublik konkretisieren
- das Gesetzgebungsverfahren mit schnelleren autoritären Lösungen vergleichen und beurteilen
- an einem Beispiel die Probleme, die sich aus unterschiedlichen Parteilichkeiten im Bundestag und im Bundesrat ergeben können, aufzeigen und diskutieren

Bundestag
Ausschuß
Plenum
Bundesregierung
Bundespräsident
Bundesverfassungsgericht
Verwaltung

Gewaltenteilung
Legislative
Exekutive
Judikative

Erstellung eines Schaubildes; vgl. „Politik im 20. Jahrhundert“, S. 314; Vervollständigung mit Hilfe der folgenden Grundgesetzartikel: Art. 43 (1, 2); 44 (1); 63 (1); 67 (1); 68 (1); 76 (1); 94 (1); 100 (1) GG;

Aktuelle Medien-
nachrichten

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
b) Wie frei und unabhängig kann und soll ein Mandatsträger sein?	<ul style="list-style-type: none"> – den institutionellen Aufbau des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik an einem Schaubild erklären (Staatsorgane) <p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – an einem Beispiel aus dem eigenen Erfahrungsbereich die Möglichkeiten eines freien und eines imperativen Mandats überprüfen (Interessenvertretung, Handlungsfähigkeit, persönliche Verantwortung u. a.) 	freies Mandat imperatives	<p>Schaubilder</p> <p>SMV oder Vertretung in einem Jugendzentrum; alternatives Rollenspiel: a) freies Mandat b) imperatives Mandat</p>
Gewissen – Gruppendisziplin	<ul style="list-style-type: none"> – Organisation und Arbeitsweisen von Fraktionen auf kommunaler oder Landes- oder Bundesebene beschreiben – am Beispiel knapper Parlamentsmehrheiten die Funktion der Fraktionsdisziplin kennenlernen und die Problematik des Art. 38 GG diskutieren – Argumente für und gegen ein imperatives Mandat aus Texten zusammenstellen und beurteilen 	Fraktion Fraktionsdisziplin	<p>Schaubilder in: Bundestag von a–z, Fraktionen, S. 4, 8, 12, Interview mit Kommunalpolitikern</p> <p>Texte in Arbeitsmaterial V, S. 20–24</p>

c) Kann die Regierung wirksam kontrolliert werden?

Regierung – Kontrolle

Die Schüler sollen

- bei Meinungsverschiedenheiten die Vertretung von Minderheitspositionen auf ihre Formen und evtl. Schwierigkeiten untersuchen
- aus eigenen Interviews oder vorliegenden Meinungsbefragungen feststellen, welche Aufgaben der Opposition von den Bürgern zugewiesen werden, und die Ergebnisse analysieren
- die Möglichkeit oppositionellen Verhaltens als unabdingbares Grundrecht einer demokratischen Ordnung begründen und Wert und Nutzen erörtern
- wichtige Handlungsmöglichkeiten der Opposition im Parlament als Voraussetzung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erklären können
- im Grundgesetz nachprüfen, für welche Entscheidungen $\frac{1}{3}$ der Abgeordneten entweder eine Sperrminorität bilden oder Initiativen entwickeln können

Opposition

Beispiele aus dem eigenen Erfahrungsbereich:
Klasse, Schule, Freundeskreis;
Rollenspiel über eine kontroverse Frage

Erstellung und Durchführung von Interviews;

Aufgaben der Opposition:

- sachliche und personelle Alternative
- Kritik, Kontrolle

Geschäftsordnungen, Mediennachrichten;

Debatte
Kleine, Große Anfrage
Fragestunde
Untersuchungsausschuß

Art. 79, 2; 39; 42, 1; 93, 2;
44 GG

Lernziele			Inhalte/Medien/Verfahren
Probleme	Methoden	Grundbegriffe	
	<ul style="list-style-type: none"> – an einer aktuellen Kontroverse diskutieren, wie die Opposition ihre Aufgabe erfüllt – aus Texten Schwierigkeiten und Grenzen opposit. Macht erschließen 		<p>Oppositionsstile:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Alternative – Konfrontation – Kooperation <p>Aktuelle Medien- nachrichten Texte in:</p> <p>SIL-Studienmaterialien, Bd. 4, Heft II, 2, S. II, 12 f.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> – die in der Bundesrepublik vorhandenen Kontrollorgane staatl. Macht nennen können 	<p>Föderalismus Grundrechte Rechtssprechung Gewaltenteilung Opposition Massenmedien</p>	<p>Erstellung eines Schaubildes oder Zusammenstellung aus Bundesverfassungsgerichtsurteilen (z. B. in Bender: Das Bonner Grundgesetz . . .) Analyse von Art. 79, 3 GG</p>

4. Literatur

4.1 Zur wissenschaftlichen Grundlegung und Orientierung

Ellwein, Thomas: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. vollständig neubearbeitete und erweiterte Auflage, Westdt. Verlag Opladen 1973

Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971

Röhring/Sontheimer (Hrsg.): Handbuch des deutschen Parlamentarismus – Das Regierungssystem der Bundesrepublik in 270 Stichworten. München 1970

Claessens/Klönne/Tschoepe: Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland, 4. überarb. Auflage. Düsseldorf 1965

Hartwich/Grosser/Horn/Scheffler: Politik im 20. Jahrhundert, 4. neubearbeitete Auflage 1974, Westermann Verlag Braunschweig, darin: 4. Kapitel: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland S. 148–263

Joachim Raschke: Wie wählen wir morgen? Verhältnis- oder Mehrheitswahl in der Bundesrepublik, 3. ergänzte Aufl. 1969, Colloquium Verlag Berlin, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung

Just/Romain (Hrsg.): Auf der Suche nach dem mündigen Wähler Die Wahlentscheidung 1972 und ihre Konsequenzen, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Heft 101

Politische Bildung (Klett): Jg. 5, 1972, Heft 4:

Politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Beiträge von Heiner Flohr, Hans-Peter Bank, Hans D. Klingemann, Wolfgang Manz

4.2 Zur Didaktik und Methodik: Materialien

Information zur politischen Bildung:

- Bundestagswahl 1969, Folge 135 (Anhang: Wahlen als Thema des politischen Unterrichts)
- Demokratie – Rechtsstaat – Sozialstaat, Nr. 165
- Die Parteien zur Bundestagswahl 1976, Nr. 167 (Hinweise auf Literatur und Unterrichtsmaterialien)

Menne, Dieter in: Politische Wahlen in der Bundesrepublik, Politische Bildung Jg. 5, 1972, Heft 4:

- Unterrichtsmodell: Politische Wahlen, S. 69–92
- Materialien für den Unterricht: Politische Wahlen (Anhang)

- Politische Bildung, Jg. 6, 1973, Heft 3:
 Demokratietheorien (auch fachwissenschaftl. Erörterungen).
 Darin: Janbernd Geuting, Unterrichtsmodell: Demokratie – was heißt das?, S. 54–73
 Janbernd Geuting, Materialien für den Unterricht (Anhang)
- Politische Bildung, Jg. 4, 1971, Heft 4:
 Parlament und Regierung. Fragen des parlamentarischen Regierungssystems
- Baur, Arno: Bundesrepublik Deutschland, in: Zur Politik, Ausgabe B, Schöningh Verlag Paderborn, 2. Auflage 1973
- Sutor, Bernhard: Didaktik des politischen Unterrichts. Eine Theorie der politischen Bildung, Schöningh Verlag Paderborn 1971 (darin: S. 191–212, Innere Politik: Politische Grundordnung und Regierungssystem)
- Politische Willensbildung, Teil I und II: Unterrichtseinheit für Klassen der Sekundarstufe I, Regionales Pädagogisches Zentrum (RPZ) Bad Kreuznach 1976 (Teil II = Materialband; auf Anforderungen auch Klassensätze für einzelne Materialien)
- Bundestag von a–z: Hrsg.: Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum Bonn; Einzelhefte zu den Stichwörtern:
- Opposition
 - Fraktionen
 - Wahlen
 - Plenum
 - Geschäftsordnung u. a.
- Schmiederer, Ursula: Wahlen in der Bundesrepublik. Am Beispiel der Bundestagswahl 1969, Europäische Verlagsanstalt 1970
- Planungsmaterial/Arbeitsmaterial V: Welche Wahl hat der Wähler? Politische Wahlen in der Bundesrepublik, Hrsg. vom Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Hagemann Verlag Düsseldorf und Klett Verlag 1974
- Planungs-/Arbeitsmaterial III: Macht oder Ohnmacht des Bürgers nach der Wahl? Über die Chancen der politischen Beteiligung (s. o.)
- Kuhn, Anton: Die Rolle der Opposition im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland, Studienmaterialien des SIL (Speyer), Bd. 4, Heft II, 2, 1974
- Gagelmann, Alfred/Schweighöfer, Rudolf: Frau Klara S. und ihre Wähler. Ein Beispiel für die Organisation demokratischer Entscheidungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland, Unterrichtsprojekt für die Klassenstufe 9/10, hrsg. von der Arbeitsstelle freie Schulen für Curriculum-Entwicklung im Kommissariat der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen, Wiesbaden 1975 (ausführliche Literaturangaben und genaue Angaben der im Unterricht verwendeten Texte)
- Bender: Das Bonner Grundgesetz im Spiegel ausgewählter Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Diesterweg Nr. 7511

Sozialismus in der DDR

1. Didaktische Analyse

Für die unterrichtliche Beschäftigung mit Marxismus, Sozialismus und Kommunismus bedarf es keiner langen Rechtfertigungen. Sowohl die zunehmende Zahl sozialistischer Staaten und der andauernde Ost-West-Konflikt als auch die innere Entwicklung in den westeuropäischen Staaten (sog. Eurokommunismus, „K“-Parteien, neomarxistische Ansätze in Forschung und Lehre u. a.) machen diese Auseinandersetzung unentbehrlich. Für die Bundesrepublik liegt eine erhöhte Betroffenheit vor, weil als Folge des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und des einsetzenden Ost-West-Konfliktes in Deutschland ein zweiter (sozialistischer) Staat errichtet worden ist, und weil seitdem die deutsche Frage als Problem einer geteilten Nation ansteht. Die Veränderungen in der Bezeichnung des sozialistischen Teils – zunächst als Zone, SBZ, Mitteldeutschland und dann als DDR mit und schließlich ohne Anführungsstriche – spiegeln die Verfestigung der Teilung und die zurückgehende Erwartung einer Einigung wider. Wenn auch eine Realutopie für eine Wiedervereinigung, die ohnehin nur in eine gesamteuropäische Lösung eingebettet sein könnte, derzeit nicht in Sicht ist, dürfen die besonderen Beziehungen der beiden Staaten in Zukunft ebensowenig außer acht gelassen werden wie die langfristigen Perspektiven einer – auch grundgesetzlich aufgegebenen – freiheitlich-friedlichen Annäherung.

Die Behandlung des Sozialismus in der DDR leistet somit ein Zweifaches: zum einen die Analyse eines Systems, das sich am Marxismus-Leninismus orientiert und zum anderen eine Auseinandersetzung mit der deutschen Frage, für die eine vertiefte Kenntnis der DDR unabdingbar ist. Gerade die jüngere Generation, die in und mit der Realität zweier deutscher Staaten aufwächst, benötigt fundierte Kenntnisse, um die künftigen Auseinandersetzungen mit der DDR auf einem hohen Informationsstand zu führen und um ein möglichst hohes Maß an Sachlichkeit zu erreichen.

Die Analyse der DDR bereitet schon der wissenschaftlichen Forschung erhebliche Schwierigkeiten, die durch das weitgehende Angewiesensein auf dort veröffentlichte Unterlagen noch vergrößert werden. Auch hier spiegelt der Streit um eine angemessene Bezeichnung der Herrschaftsform – Totalitarismus, autoritär verfaßte Gesellschaft, „konsultativer Autoritarismus (P. C. Ludz) bis hin zum Verzicht auf eine Benennung – die Problematik der Untersuchungs- und Beurteilungsmaßstäbe wider. Sowohl der Forschung als auch der schulischen politischen Bildung ist der Vorwurf gemacht worden, von einer „antikommunistischen Tendenz“ auszugehen, eine These, die jedoch ihrerseits ebenfalls der Kritik und Differenzierung bedarf.

Eine neutrale oder wertfreie Behandlung der DDR im Unterricht ist weder möglich noch erstrebenswert. Es gilt jedoch, die Einseitigkeiten zu vermei-

den, die eine Bevorzugung des Diktatur-Demokratie-Modells im Sozialkundeunterricht mit sich bringen kann. Diese Methode läuft Gefahr, das eine System nach der „Norm“ und das andere nach der „Wirklichkeit“ zu beurteilen, was zu einem verfälschten und verzerrten Bild führen muß.

Zwei Betrachtungsweisen sollten Verwendung finden: einmal der Versuch, Ereignisse und Strukturen in der DDR aus dem sozialistischen Selbstverständnis heraus zu erklären, ein Verfahren, das sich vorwiegend auf DDR-Quellen stützen muß; dann aber auch die Beurteilung vom grundgesetzlich, grundrechtlich verankertem Wertesystem her, wobei vorschnelle Vergleiche und übereilte Wertungen jedoch vermieden werden sollten.

Unabdingbar sind selbstverständlich auch Realitätsvergleiche (Bildungschancen, Lebensstandard u. a.). Vergleiche, die keineswegs zum vorrangigen Unterrichtsprinzip erhoben werden sollen, erweisen sich häufig als äußerst problematisch (vgl. etwa Volkskammer und Bundestag). Besondere Schwierigkeiten liegen darin, Einzelphänomene in den gesellschaftlichen Zusammenhang einzuordnen und die Interdependenz der verschiedenen Bereiche (Politik, Wirtschaft, Kultur, Erziehung u. a.) angemessen aufzuzeigen.

Am Rande können auch – übrigens analog zur unterrichtlichen Behandlung der Bundesrepublik – ideologiekritische Fragestellungen Berücksichtigung finden, die das sozialistische Normensystem auf mögliche Interessenbezüge und ggf. auf Abweichungen von klassischen marxistischen Positionen befragen. Gegenüber älteren DDR-Darstellungen ergeben sich schon vom Thematischen her Korrekturen, wenn man die Verengung auf das politische und ökonomische System vermeidet und demgegenüber auch das Erziehungssystem, den Lebensstandard, die Sozialleistungen und den Alltag in der DDR ins Blickfeld rückt.

Unabhängig von den Grundeinstellungen der Schüler kann bei diesem Thema im allgemeinen mit einem regen Interesse gerechnet werden. Aktuelle Mediennachrichten, Berlin- und DDR-Besuche und verwandtschaftliche Beziehungen vermitteln den Schülern zumindest bruchstückhafte Kenntnisse. Der hohe Stellenwert, den das Thema in der Öffentlichen Meinung und im außerschulischen Sozialisationsprozeß einnimmt, führt dazu, daß die meisten Schüler bereits deutliche Meinungen und Urteile äußern. Dem Unterricht kommt es zu, dieses Vorwissen, das im allgemeinen nicht sehr fundiert ist, zu vervollständigen und zu strukturieren. Sofern die Schüler die geschichtlichen Entwicklungsphasen der DDR nicht ausreichend kennen, sollen diese Kenntnisse in Verbindung mit dem Geschichtsunterricht aufgearbeitet werden. Auch eine unterrichtliche Aufarbeitung der Theoriekenntnisse über den Marxismus soll erfolgen. Hier kann an die Vorleistungen des Geschichtsunterrichts angeknüpft werden, der u. a. in Verbindung mit der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts und der Russischen Oktoberrevolution Grundlagen schaffen kann. Ein vertieftes Verständnis der deutschen Frage und auch der Entwicklung der DDR ist am ehesten zu erreichen, wenn der Nationalsozialismus und der zweite Weltkrieg vorher behandelt worden sind.

– Es wird ausgegangen von der Lebenssituation der Jugendlichen in der DDR, von den Möglichkeiten, die ihnen geboten werden, und den Zwän-

gen, denen sie unterliegen. Hier sollen Betroffenheit und Anschaulichkeit im Vordergrund stehen. Die Schüler sollen einen Einblick in die sozialistische Erziehung erhalten.

- Dann folgt im Plan die Erarbeitung der Wirtschafts- und Sozialordnung in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der konkreten Lebensverhältnisse.
- Den dritten Bereich bilden Regierungssystem und Verfassungsnormen und -wirklichkeit.
- Den Abschluß bilden Untersuchungen zu den Meinungsbildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten.

Innerhalb des vorliegenden Planes ergeben sich Anknüpfungs- und Berührungspunkte mit den Themen

- „Funktionen gesellschaftlicher und politischer Zusammenschlüsse“ mit dem am Beispiel der DDR erörterten Problemziel, inwieweit der Staat Einfluß auf Verbände nehmen soll;
- „Hauptfragen der Wirtschaftsordnung und -politik“, in dem die Zentralverwaltungswirtschaft im mehr idealtypischen, modellhaften Sinn vorgestellt wird,
- „Probleme internationaler Beziehungen“ mit der deutschen Frage; diese wird dort behandelt, weil sie vorwiegend als Funktion der internationalen Entwicklung betrachtet werden muß.

Unterrichtlich wird man, sofern möglich, an aktuellen Mediennachrichten ansetzen können. Dem Unterrichtenden wird bei diesem Thema viel abverlangt, weil einige handlungsbezogene Elemente (Erkundigungen, Besuche, Materialbeschaffungen) keine Anwendung finden können. Ein anschaulicher Unterricht ist jedoch ohne weiteres zu erreichen, wenn man die unterschiedlichsten Quellenarten (Verfassungs- und Gesetzestexte, Karikaturen, literarische Texte, Schulbuchauszüge, Briefmarkenmotive, Plakate, Schaubilder u. a.) heranzieht. Außerdem sollte man das umfassende Angebot an Film- und Tondokumenten nutzen, das das Gesamtdeutsche Institut (Bonn, Konrad-Adenauer-Allee 10) zur Verfügung stellt (die Mehrzahl der angegebenen Medien beziehen sich auf dieses Angebot, da die Kreisbildstellen zu diesem Thema recht wenig Material besitzen).

2. Fachspezifisch allgemeine Lernziele

2.1 Allgemeine Qualifikation (Nr. 7)

Fähigkeit und Bereitschaft zum Abwägen der Interessen in zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen nach Maßgabe des Friedens, des Selbstbestimmungsrechts, der sozialen Gerechtigkeit und der internationale Kooperation.

2.2 Methodenziele

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln,

- Gesetzestexte und andere Materialien zu lesen und in ihrem gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang zu verstehen,

- Absichts- und Verfahrenserklärungen durch aktuelles Material auf ihre Glaubwürdigkeit zu untersuchen,
- Nachrichten und Informationen auf ihre ideologische Intention zu hinterfragen und kritisch zu werten.

2.3 Verhaltensziele

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln,

- sich über Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands zu informieren,
- sich für Freiheit und Demokratie einzusetzen,
- das politische System der DDR und seine Ansprüche im Hinblick auf die Freiheit des Menschen ständig kritisch zu beobachten,
- gegen Einengung menschlicher Grundfreiheiten und Einschränkungen der Menschenwürde einzutreten,
- durch Gegenüberstellung bestimmte soziale/politische Strukturen reflektieren und gegebenenfalls Alternativen diskutieren.
- Urteile über staatliche und gesellschaftliche Strukturen nach humanitären, politischen, sozialen, historischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu finden.

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>1. Wie leben die Jugendlichen in der DDR?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Förderung - Beanspruchung - Einengung der individuellen Freiheit 	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berichte/Dokumente diskutieren und auswerten können unter der Leitfrage des Teilthemas: - die Leitfrage in Gruppen- und Plenumsdiskussionen in sinnvolle Einzelfragen aufgliedern können; etwa: - Jugendorganisationen und ihre Ziele, 	<p>Kollektiv</p>	<p>Gesamtdarstellung: Hahn Materialien '74, S. 92 ff. Vergleich der Zukunftserwartungen: Jaide, S. 250 ff.</p> <ul style="list-style-type: none"> - FDJ - Jugendweihe - Junge Pioniere - Sozialistische Persönlichkeit <p>Gelöbnis: Deuerlein, S. 152 Statist. Angaben: Handbuch, S. 440/515 Rechtliche Regelungen: Jugendgesetz Statut der FDJ: Maeker, S. 144 TB 5841 Treffen Junger Pioniere TB 49991 Herausbildung und Festigung sozialistischer Überzeugungen Allg. Darstellung: Lehrbuch, S. 141 ff.</p>

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
	<ul style="list-style-type: none"> - Schulsystem: Inhalte Ziele Anforderungen 		<p>10 Gebote des soz. Menschen; Binder S. 55 Entwicklung des Freund-Feind-Bildes im Staatsbürgerlichen Unterricht: Feind-Bild, S. 61 ff. Schule in der DDR: Zweimal, S. 260 Berufslenkung: Jaide, S. 26 ff. Einheitliches Bildungssystem: Handbuch, S. 224 ff. Lehrplan für das Fach Sozialkunde: Dokumente, S. 383 - Allgemeine Polytechnische Oberschule - Patenbetriebe - Leistungskader Richtlinie für die Aufnahme der Schüler in die Mittel- und Oberstufe Dokumente, S. 109 Wie entwickelt sich das sozialistische Schülerkollektiv, TB 5591</p>

– Freizeitmöglichkeiten und
-gewohnheiten

– Interessen und Einstellungen
von Jugendlichen

Umfassendes Material:
Förster Handbuch,
S. 292 + 334 ff.

Familienerziehung: Riemer
Brief eines Soldaten an
Junge Pioniere, Feind-
Bild, S. 26

TB 2542 Wer ist eine
sozialistische
Persönlichkeit

TB 286 Überblick über die
10 Gebote sozia-
listischer Moral

TB 286 Erziehung zur
bewußten Disziplin

Anweisung über die außer-
schulische Bildung und
Erziehung der Schüler
Dokumente, S. 323

- Jugendbrigaden
- Sportspartakiaden
- Messen der Meister von
morgen

Jugendgesetz
Statistisches Material:

Jaide
Verfassung
Handbuch, S. 440 ff.
Knecht, S. 31 ff + 114 ff.

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>2. Wie leben die Menschen im Wirtschaftssystem der DDR?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Private Interessen - Staatl. Plan 	<ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeiten der Beteiligung und Mitbestimmung in verschiedenen Bereichen - zu einzelnen dieser Fragen Material sammeln, auswerten und formulieren können - Antworten formulieren, diskutieren und die Grenzen der Beteiligung und Mitbestimmung formulieren können. <p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berichte über die ökonomisch-sozialen Verhältnisse in der DDR auswerten und offene Fragen formulieren können, - Statistiken über Lebensstandard, Wachstum, Produktivität der DDR-Wirtschaft auswerten, Unterschiede zur Bundesrepublik Deutschland feststellen und Vermutungen über Gründe dafür nennen, 	<p>Sozialistischer Wettbewerb</p>	<p>Volkskammersitzverteilung Betriebsstrukturen Jugendgesetz Allgemeine Angaben: Jaide DDR, S. 143 Handbuch, S. 576</p> <p>Grundklassen Schichten DDR-Wirtschaft, S. 190 Zweimal, S. 229 ff. Gesamtdarstellung: Hahn</p> <p>Allg. Übersichten: Zahlen- spiegel DDR, S. 141 ff. Sozial- und Altersstruktur, Lebensstandart: Modell, S. 58 ff. + 303</p>

- Kenntnisse erwerben über:
 - Eigentumsordnung,
 - zentrale Leitung und Planung,
 - ideologische Begründung

Sozialistisches
Eigentum

- mit Hilfe aktueller Berichte/Dokumente die Abhängigkeit der Arbeitnehmer vom staatlichen Plan diskutieren können,

FDGB

Eigentumsstruktur:
Modell, S. 76 ff.
Zitate zur Wirtschaftsentwicklung: Freiwald, S. 177
Eigentum: Handbuch, S. 221 ff.
TB 516 Eigentum/Mitbestimmung
Eigentum: Lehrbuch, S. 106 f.
Planung: Handbuch, S. 638 ff.
Umverteilung:
Materialien '74, S. 459
Verwendung d. Sozialproduktes: Modell 315
Betriebsformen: Handbuch, S. 133 ff.
FT 881 Auf einer LPG in Mecklenburg
Landesbildstellen
- VEB Volkseigener Betrieb
- HO Handelsorganisation
- LPG Landw. Produktionsgenossenschaft

Handbuch, S. 275 ff.
Sozialleistungssystem:
DDR-Wirtschaft S. 260 f.
Planung: DDR-Wirtschaft, S. 60/66/84

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
	<ul style="list-style-type: none"> - die Verweigerung des Streikrechtes aus offiziellen Texten der DDR begründen, diskutieren und bewerten können, - Funktionen und Handhabung des Prinzips der „materiellen Interessiertheit“ beschreiben können, - mit Hilfe von Texten und Statistiken die besondere Stellung der Frau in der DDR und mögliche Auswirkungen diskutieren können, - Organisationen und Methoden zur Erfassung der Bevölkerung, zur Propagierung des Planes und zur Organisierung der Freizeit ermitteln können. 	<p>Massenorganisationen</p>	<p>Gesetzbuch der Arbeit Verfassung Sozialistische Arbeitstugend</p> <p>Preise und Kaufkraft: Zweimal, S. 238 Einkommenstabellen: Modell, S. 321 Annoncen/Stellenanzeigen Zweimal, S. 242 Handbuch, S. 86 ff. Ulbricht- und Honnecker-Zitate, Binder, S. 25</p> <p>Allgemein: Handbuch, S. 328 f. Familiengesetzbuch Statistisches Material: Zahlenspiegel Zeitungsartikel Artikel aus NEUES DEUTSCHLAND, Weber, S. 164</p> <p>Ferienarbeit: Handbuch, S. 290</p>

3. Wie wird die DDR regiert?

Demokratie – Zentralismus/ Parteimonopol

Die Schüler sollen

– aus Zeitungsberichten Begriffe zur Selbstdarstellung der DDR und zur Kennzeichnung aus westlicher Sicht vergleichend gegenüberstellen können,

– unter Auswertung von Dokumenten Selbstverständnis und Rolle der SED sowie der nationalen Front beschreiben können,

– mit Hilfe eines Strukturschemas zum Aufbau der Partei die wichtigsten Merkmale des „demokratischen Zentralismus“ nennen und diskutieren können,

Sozialistische
Staaten-
gemeinschaft

SED
Nationale Front

Demokratischer
Zentralismus

Aussagen zur Ausbeutung in der DDR: Binder, S. 45
– Brigade der sozialistischen Arbeit
– Sozialistischer Wettbewerb

Handbuch, S. 784
Vergleich der Staatsbezeichnungen
Programm und Statut der SED, 1963 + 76
Sozialistische Internationale

Zusammenfassende Darstellung und Dokumente:
Weber
Lied: Die Partei hat immer Recht: Binder, S. 57 (weitere Lieder)
Handbuch, S. 585
Gründungsauftrag der SED:
Weber
Übersichten: Parteitage + Politiker:
Weber, S. 202

Protokoll d. Vereinigungsparteitages: Weber, S. 59
Organisationsmuster:
Modell, S. 289 f.
– Historische Wahrheit

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
	<ul style="list-style-type: none"> - mit Hilfe eines Strukturschemas den Aufbau und das Verhältnis der Staatsorgane zueinander und zur Partei beschreiben können, - das Schema des Staatsaufbaus der Bundesrepublik Deutschland mit dem der DDR vergleichend diskutieren können, - anhand des Vergleichs der Strukturbilder von Partei- und Regierungsorganen und anhand von konkreten politischen Entscheidungen erkennen, wie Staat und Partei zusammenarbeiten, 	<p>Volkskammer</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Einparteiensystem - SED / CDU / LDPD / NDPD / DBD - Blocksystem <p>Handbuch, S. 829 DDR, S. 292 ff. Verfassung, Art. 47 ff. Ministerrat Staatsrat Nationaler Verteidigungsrat Handbuch, S. 819 Verfassungen Zitat zur Gewaltenteilung in der DDR: Teilung</p> <p>Strukturplan der SED Strukturplan der Staatsorgane Partei: Handbuch, S. 614 und 743 ff. Parteistruktur: Weber, S. 135 Kurzbiographien: Grundriß, S. 152 Politbüro</p>

- Anspruch und Wirklichkeit des Systems der DDR an historischen und aktuellen Beispielen diskutieren können

Zentralkomitee

1. Sekretär

Zeitungsberichte

Flüchtlingsprobleme:

Freiwald, S. 178

Fluchtstatistiken: Teilung,
S. 51

Menschenrechtskonvention
Dokumente zum 17. Juni:

Zweimal, S. 213

DDR, S. 238 ff.

Sozial. Gesetzlichkeit:

Zweimal, S. 202

Verf., Art. 90 f.

Grenzübergänge: Lehrbuch
S. 176

Sowjet. Einfluß: Lehrbuch,
S. 19 ff.

- Republikflucht

- Schießbefehl

- Boykotthetze

- Kriegshaß

Rechtssystem: Modell,
S. 48 ff.

TB 2585 Staatsbürger-
schaftsgesetz

TB 3777 Das soz. Straf-
recht in der DDR

Parteitagsbeschlüsse zu
den Aufgaben sozialisti-
scher Anwaltschaft

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>4. Welche Beteiligungsmöglichkeiten haben die Menschen in der DDR?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - durch den Vergleich von Zeitungs- und Funknachrichten aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR Unterschiede zwischen gesellschaftlich-pluraler und staatlich-monopolisierter Meinungs- und Willensbildung herausarbeiten können, 	<p>Objektive Wahrheit</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Meinungsfreiheit - Handlungsfreiheit - Bewegungsfreiheit - Vereinigungsfreiheit - Religionsfreiheit <p>Gute Zeittafeln: Teilung, S. 54 Grundriß, S. 152</p> <ul style="list-style-type: none"> - 17. Juni 1953 Volksaufstand - 13. August 1961 Mauerbau <p>Strukturmuster Massenmedien: Binder, S. 68 Allgemein: Grosser, S. 367-79 DDR, S. 96 Verfassung, Art. 27 Medienpolitik: Handbuch, S. 556 Korrespondent: Handbuch, S. 472 Landesbildstellen: FT 2193</p>

– Funktionen und Strukturen der Massenmedien der DDR an Beispielen und Texten aufzeigen können

Agitation/
Propaganda

Impressionen von einer Jubelfeier

20 Jahre DDR – 48. Min.

Systemkonforme Kommunikation:

Propaganda, S. 168

Karikaturen über BRD:

Feind-Bild, S. 102

Sprache und Bewußtsein:

Prop, S. 92 ff.

– Parteilichkeit in Wort und Bild

Verfassung, Art. 27

Zusammenfassung:

Lehrbuch, S. 166

– Geistiger Vorlauf

– Sozial. Informationsmonopol

– ZK-Beschlüsse

– Argumentationsanweisungen der Partei

– ADN / Deutscher Fernsehfunke

– Neues Deutschland

– Lizenzpresse

– Staatsrundfunk

TB 5447 Stimme der DDR

Rundfunk: Handbuch, S. 723

Film, s/w, 21 Min., Landesbildstelle

Lernziele			Inhalte/Medien/Verfahren
Probleme	Methoden	Grundbegriffe	
	<ul style="list-style-type: none"> - aus Berichten die Bedeutung von Massenorganisationen für den Alltag der DDR-Bürger ermitteln können, 		<p>Berlin: Das Zentralorgan der SED – Neues Deutschland</p> <ul style="list-style-type: none"> - Demokratischer Frauenbund Deutschland - Gesellschaft f. Sport. u. Technik - Vereinigung gegenseitiger Bauernhilfe - Schriftstellerverband - Nationale Front - Grundzelle - Hausgemeinschaft <p>Verfassung, Art. 3, 44, 65, 21 Ludz Handbuch, S. 274 und 554 Allg. Darstellung: DDR, S. 224 ff. Allgemeine Darstellung der Gesellschaft: Grundriß, S. 68–76 Allgemeine Darstellung: Modell, S. 40 ff.</p>

beiden Staaten die Unterschiede in
Verständnis und Funktion der Wahlen
in beiden Systemen ermitteln können.

Allg. Darstellung: DDR,
S. 227 ff.

TB 4608 Wählergespräch
einer Hausgemeinschaft

TB 5452 Wahltag

14. 11. 1971

Anweisungen zur Ausge-
staltung von Wahllokalen

Wahlplakate

4. Literatur:

4.1 Zur wissenschaftlichen Grundlegung und Orientierung/Materialien

Balluseck, Lothar von: Die guten und die bösen Deutschen – Das Freund-Feind-Bild im Schrifttum der DDR. Bonn 1972

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Die **Entwicklung** der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969–1976. Bonn 1977

dto: **DDR-Handbuch**. Bonn 1975

- x dto: **Materialien** zum Bericht der Lage der Nation jeweils 1971/72 und 74
dto: **Texte** zur Deutschlandpolitik, Bände 1–12 von 1966–1973

Busch, Friedrich: Familienerziehung in der sozialistischen Pädagogik der DDR. Düsseldorf 1972

Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): **Dokumente** zur Bildungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone. Bonn

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: **Verfassung** der DDR – mit Einführung und Kommentar. München 1976, 2. Auflage

Brokerhoff, Karl-Heinz: Mit Liedern und Granaten – **DDR-Lesebücher** über Soldaten in Ost und West. Bonn

- x **Deuerlein**, Ernst: DDR 1945–1970 – Geschichte und Bestandsaufnahme, dtv dokumente, tb nr. 347. München 1971, 3. Auflage

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): **DDR-Wirtschaft**, Fischer-Handbücher Nr. 6137

Dübel, Siegfried: Dokumente zur Jugendpolitik der DES, 1966 Bonn, 2. Auflage

Förster/Henning: Zur Freizeitgestaltung der Jugendlichen in der DDR, in: Die DDR – Entwicklung, Aufbau, Zukunft. Frankfurt 1969

Gesamtdeutsches Institut (Hrsg.): **Jugendgesetz** der DDR vom 31. 1. 1974

dto: **Programm und Statut der SED** (mit Änderungen von 1971)

dto: **Zahlenspiegel** – Ein Vergleich, 5. Auflage 1976

Grosser, Alfred: Deutschlandbilanz, Geschichte Deutschlands seit 1945

Hahn, Achim: Bericht aus einer kleinen Stadt in der DDR. München 1970

Hubatsch, Walter (Bearb.): Die Deutsche Frage, Ploetz Würzburg

- x **Jaide/Hille** (Hrsg.): Jugend im doppelten Deutschland, Westdeutscher Verlag 1977

Juszig/Wilhelm: Berufsausbildung in der DDR. Mainz o. J.

Knecht, Willi: Die ungleichen Brüder. Fakten, Thesen und Kommentare zu den Beziehungen zwischen den beiden Sportorganisationen DSB und DTSB. Mainz 1971

Lilge, Herbert: Deutschland – 1945–1963, Reihe: Edition Zeitgeschichte. Hannover 1967, 4. Auflage

Ludz, P. Chr.: Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR. München 1971

Maerker, Rudolf: Jugend im anderen Teil Deutschlands – Schrittmacher oder Mitmacher? München 1969

Miksch, Jürgen: Jugend und Freizeit in der DDR. Opladen 1971

- x **Münc**, Ingo von: Dokumente des geteilten Deutschland, Bd. 1 (bis 1968), Bd. 2 (ab 1968), Kröner/Stuttgart

Noack, Paul: Die deutsche Nachkriegszeit. München 1966

Picoper, Jean-Paul: Kommunikation + Propaganda in der DDR. Stuttgart 1976

- x **Pfeiler**, Wolfgang: DDR-**Lehrbuch**. Bonn 1974, 3. Auflage

Rausch/Stammen (Hrsg.): DDR – Das politische, wirtschaftliche und soziale System. München 1975, 2. Auflage

Riemer, Rudolf (Hrsg.): Die DDR – Arbeitsrecht und Wirtschaftsordnung. München 1975

Riemer, Rudolf (Hrsg.): Die DDR, Jugend zwischen Politik und Beruf. München 1972

Thomas, Rüdiger: **Modell DDR**, Reihe Hanser

- x **Thurich/Endlich**: **Zweimal** Deutschland, Diesterweg

Vogelsang, Thilo: Das geteilte Deutschland. dtv-Weltgeschichte, München 1973, 5. Auflage

Weber, Hermann: Die sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946 bis 1971. Hannover 1971

- x ders.: DDR – **Grundriß** der Geschichte, 1945–76, Reihe: Edition Zeitgeschichte. Hannover 1976

4.2 **Zur Didaktik und Methodik: Materialien**

Bodensieck, H.: „Unterrichtsmodell: **Wandel** der westdeutschen Ostpolitik 1970. Die Auseinandersetzung um den Moskauer Vertrag der BRD mit der UdSSR“ in: Zur Außenpolitik, H. 2/1971 Politische Bildung, S. 64 ff.

Ebinger, Gerhard: **Vertrag** über die Grundlagen der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Unterrichtsmodell zur Sozialkunde, Bd. 4 der Studiematerialien des SIL in Speyer 1975

Fitter J. C.: **Wirtschaftssysteme** und Wirtschaftsordnungen, darin: Kapitel: Das Thema im Unterricht, Deutscher Instituts Verlag, Köln 1975

- Fischer K. G.: Die **Deutschlandfrage** als Problem des politischen Unterrichts, in: ders.: Überlegungen zur Didaktik des politischen Unterrichts. Göttingen 1972
- Fischer K. G.: (Hrsg.): Die Deutsche Frage im Politischen Unterricht, Themenheft: 2/1977 der „Politischen Didaktik“/Metzler Stuttgart
- x **Freiwald** u. a.: Das Deutschlandproblem in Schulbüchern der Bundesrepublik. Düsseldorf 1973
- Galm**, O.: Das geteilte Deutschland, in: Zeitschrift Wochenschau U 6/6-71/72 S. 144 ff.
- x Gerhart **Binder**: Der zweite deutsche Staat – Die Deutsche Demokratische Republik, Reihe: Zur Politik. Paderborn 1977
- x Grünert H./E. P. Siegert: Die DDR. Staat, Gesellschaft, Wirtschaft. Diesterweg Nr. 7565
- Heide/Fischer/Zitzlaff: Vergleich der Wirtschaftssysteme in beiden deutschen Staaten. Ein Unterrichtsmodell. Stuttgart 76²
- x Kosthorst, E./K., Tepe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Paderborn 1976
- Materialheft Schöningh Nr. 15410
 - Schülerarbeitsheft Schöningh Nr. 15411
 - Lehrerheft Schöningh Nr. 15412
- Lützkendorf, Hans: Die Deutsche Demokratische Republik, Reihe: **Schulfunk** – Unsere Welt aktuell, Ehrlich-Verlag Lübeck 1977
- Reichert**, W.: Die Deutsche Frage. Die Entwicklung von BRD und DDR. Plötz Arbeitsmaterialien für die Schule. Würzburg
- Schmidt-Sinns, D.: **Überlegungen** zur Behandlung der deutschen Geschichte im Schulunterricht, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Nr. B 2/77 S. 49 ff.
- Siebert**, H.: Der andere Teil Deutschlands in Schulbüchern der DDR und der BRD. Hamburg 1970
- Uhl, H.: **Bildungspolitik** in der DDR als Unterrichtsthema: in: Zeitschrift Der Bürger im Staat, Stuttgart 3/1973 S. 207 ff
- Wehling u. a.: Das **Regierungssystem** der DDR. – Die Rolle von Partei und Staat in dem anderen Teil Deutschlands, in: Wehling, H. G.: Unterrichtspraktisches Handbuch zur pol. Bildung. München 1973

Hauptschule, Klasse 9, 3. Thema
(Realschule, Gymnasium, 7. Teilthema)

Probleme Internationaler Politik

1. Didaktische Analyse

Bislang war Internationale Politik allenfalls punktuell Gegenstand im Sozialkunde-Unterricht. Neben mehr sozialpsychologischen Gründen – verlorene Kriege; Bundesrepublik als Objekt der Politik der Siegermächte; Orientierung am Wirtschaftswunder – liegen die Ursachen dafür in der Komplexität und Undurchsichtigkeit internationalen Geschehens. Die spezifischen Modalitäten und Inhalte der Internationalen Politik waren im Rahmen einer Sozial-„Kunde“ nicht zu vermitteln. Angesichts der weltweiten und existentiellen Bedrohung der Menschheit durch Atomkrieg, Entwicklungsproblematik und Bevölkerungsexplosion mit allen ihren Folgen können die Probleme Internationaler Beziehungen aber nicht mehr länger ausgeklammert werden.

Internationale Politik ist die „politischste“ Politik, weil in ihr die Handlungen der Akteure am wenigsten durch Institutionen, Verträge und Normen eingegrenzt und kanalisiert werden. Interessenbedingtes Handeln aus dem jeweils **von den Ordnungsvorstellungen abhängigen Selbstverständnis** bestimmt weitgehend Ziele und Modi der Austragung von Konflikten. Ein freiheitliches Selbstverständnis bedingt das **Selbstbestimmungsrecht** eines jeden Volkes hinsichtlich seiner vitalen **Interessen**, gesteht das Recht zu, um der Erhaltung oder Durchsetzung seiner Interessen willen einen Konflikt hervorzurufen.

Die durch Interessenwahrnehmung entstehenden **Konflikte** müssen nicht notwendigerweise zum Krieg führen, zerstören den **Frieden** noch nicht. Konflikte können mit friedlichen Mitteln (Verständigung, Kompromiß, Respektierung einer allgemeinen Rechtsordnung) oder auf gewaltsame Weise ausgetragen werden; **Krieg** ist nur eine Form von **Gewalt**, wenn auch die äußerste. Ordnet man die Austragungsmodi internationaler Konflikte innerhalb des Spannungsfeldes zwischen Gewalt und Frieden, so ergibt sich eine Abfolge von **Prozeßmustern**, denen typischen Austragungsmodi, Mittel und Instrumente zugeordnet werden können.

Schema der Prozeßmuster (auf der Grundlage von Czempiel, Friede und Konflikt in der Gesellschaftslehre; Beilage 20/1974, S. 9, leicht verändert)

Prozeß- muster	Konfrontation		Koexistenz		Kooperation	Integration
Austragung						
Modus	Gewalt direkt indirekt		Kompromiß		Anpassung	Recht
Mittel	Krieg	milit. Dro- hung	Druck	Konferenz	Hilfe	Wahlen
	Blok- kade		Aus- beu- tung	Ver- handlung		Ab- stimmung
		Boy- kott	ökon. Dro- hung			
Instrument	Mili- tär	Mili- tär	wirtsch. Stärke	Diplomatie	Beschlüsse	Verfassung
		Wirt- schaft		Mehrheits- beschlüsse		

Mit dem Begriff Koexistenz wird hier ein Prozeßmuster bezeichnet, das auf die Anwendung von unmittelbarer und mittelbarer Gewalt verzichtet, ein geregeltes Nebeneinander anstrebt. Der Begriff ist abzugrenzen vom kommunistischen Begriff der „friedlichen Koexistenz“, der den ideologischen Kampf und das Initiieren von ‚revolutionären Volkserhebungen‘ im Sinne des ‚Proletarischen Internationalismus‘ zuläßt, ja geradezu fordert.

Es erscheint nicht notwendig, daß in jedem Falle **Integration** der anzustrebende Austragungsmodus ist, daß **Souveränität** stets zugunsten von **Supranationalität** aufgegeben wird. Entscheidend ist, daß **Konfrontation** zugunsten von **Koexistenz** und **Kooperation** abgebaut wird. Dies setzt voraus, daß Lösungen gefunden werden, die sich an **Gerechtigkeit** orientieren, Frieden schaffen.

Friede als Modus der Konfliktregelung ist daher zu unterscheiden von **Frieden als Ziel** der Politik. Die bloße ‚Abwesenheit von Krieg‘ – **negativer Friede** – reicht als Kennzeichen des Friedens nicht aus. Als **positiver Frieden** kann sinnvollerweise nur ein rechtlich geordnetes, freiheitlich zustandegekommenes, politisch garantiertes und an sozialer Gerechtigkeit orientiertes Zusammenleben der Völker verstanden werden. Aus dem Konsens über den Wert des Friedens und den Unwert der Gewalt lassen sich drei fundamentale **Ziele** der internationalen Politik herleiten; sie muß

- Kriege verhindern
- Konflikte gerecht regeln
- Frieden herstellen und sichern

Wichtigstes Kennzeichen im internationalen Feld ist bei der Vielzahl der Akteure und bei der Unterschiedlichkeit ihrer Interessen, Ziele und Methoden die strukturelle **Interdependenz** der Konflikte. Zwar lassen sich vier große **Konfliktfelder** unterscheiden:

- Problem- und Konfliktfeld Ost-West
- Problem- und Konfliktfeld Nord-Süd
- Problem- und Konfliktfeld Westeuropa
- Problem- und Konfliktfeld Vereinte Nationen

doch können die Prozeßmuster den Konfliktfeldern nicht eindeutig zugeordnet werden. **Gleichzeitig** und **nebeneinander** werden Elemente aus verschiedenen Prozeßmustern eingesetzt, sind Aspekte aus verschiedenen Konfliktfeldern miteinander verschränkt, so etwa das Nebeneinander von militärischen und politischen Mitteln im Ost-West-Konflikt bzw. von wirtschaftlichen und politischen im Nord-Süd-Konflikt bei gleichzeitiger Überlagerung beider Konfliktfelder (Engagement der Supermächte, Öl als politische Waffe).

Daraus entsteht in der **Gesellschaft** häufig ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber unbeeinflussbar erscheinenden weltpolitischen Entwicklungen und Entscheidungen der Großmächte. Andererseits wird Außenpolitik heute zunehmend abhängiger von der Zustimmung der Regierten. So kann die Regierung die Eigeninteressen in Abstimmung mit den Partnern und in Auseinandersetzung mit den Kontrahenten in einer sich stets wandelnden Gesamtsituation nur noch dann wirksam wahrnehmen, wenn die Gesellschaft dem Gesamtbereich nicht gleichgültig gegenübersteht.

Der **Schüler** begegnet den Problemen internationaler Beziehungen in der Regel nur indirekt über die Medien. Unmittelbar betroffen wird er etwa durch die Frage des **Wehrdienstes**, wo eine gewissenhafte, politisch verantwortbare Entscheidung von ihm verlangt wird, oder durch Krisen (z. B. Ölkrise), deren Folgen er in seiner Lebensausführung direkt verspürt. Dann allerdings neigt er zu emotional-irrationalen Verhalten. Hier gilt es für die Interdependenz der Probleme Verständnis zu schaffen und die Bereitschaft zu wecken, neben den eigenen auch die Interessen anderer als berechtigt anzuerkennen und sich für eine gerechte Problemlösung mitverantwortlich zu fühlen.

Internationale Politik als Gegenstand des Sozialkunde-Unterrichts hat daher das **Ziel**, strukturelle Einsichten in zukunftsrelevante Konfliktfelder und Prozeßmuster zu vermitteln, will in die friedenspolitischen Problemstellungen der Internationalen Politik einführen. Aus dem Spannungsverhältnis zwischen anstehenden Problemen und praktizierten Verfahren zu ihrer Lösung muß die Notwendigkeit der Herstellung und Erhaltung von **Frieden in Freiheit** als dauernde Aufgabe der Politik verinnerlicht werden. Bewußtmachung der indivi-

duellen Mitverantwortung und Einführung in problemlösendes Denken wollen im Schüler Fähigkeit und Bereitschaft zu lebenslanger Mitwirkung an der Lösung dieser Aufgabe aufbauen.

Für die Auswahl und Anordnung der **Teilthemen** sind innerhalb dieses kategorialen Rahmens drei Kriterien entscheidend:

– Das Kriterium der **Betroffenheit**

Es müssen die Problem- und Konfliktfelder berücksichtigt werden, die für die Bundesrepublik Deutschland und damit für den Schüler als angehenden Bürger dieses Landes von unmittelbarer Bedeutung sind.

– Das Kriterium „**Permanenter**“ **Aktualität**

Die ausgewählten Problem- und Konfliktfelder müssen mit großer Wahrscheinlichkeit auch für die nächsten Jahrzehnte vorrangige Probleme und Aufgaben der internationalen Politik bleiben.

– Das Kriterium der **Prozeßmuster**

Es sollen alle typischen Prozeßmuster der Internationalen Politik berücksichtigt werden, weil sich mit ihrer Hilfe je ein Aspekt der Friedensproblematik erschließen läßt. Die vier Prozeßmuster ‚Konfrontation‘, ‚Koexistenz‘, ‚Koope-ration‘ und ‚Integration‘ stellen in dieser Reihenfolge eine Steigerung als jeweils höhere Form gewaltfreier, friedensfördernder und friedenssichernder Politik dar, beschreiben den Weg vom negativen Frieden hin zum positiven Frieden.

Die Verknüpfung von ausgewähltem Beispiel mit den Prozeßmustern orientiert sich an den heute typischen Prozeßmustern im jeweiligen Konfliktfeld, wobei die Durchsetzung von gewaltfreieren Konfliktlösungen zugleich auch die politische Aufgabe umschreibt. Damit ergeben sich folgende notwendige Teilthemen:

1. Konfliktfelder und Prozeßmuster der Internationalen Politik
2. Ost-West-Konflikt
3. Deutsche Frage
4. Nord-Süd-Konflikt
5. Europäische Integration
6. Vereinte Nationen
7. Wehrdienst

Das erste Teilthema erschließt zugleich die Gesamtproblematik, das sechste faßt die Problemstellungen noch einmal zusammen und fragt nach Entwicklungsmöglichkeiten. Die Anordnung der Teilthemen 2 bis 6 orientiert sich am Prinzip zunehmender Gewaltlosigkeit in den typischen Prozeßmustern. Das Thema ‚Wehrdienst‘ ist wegen seiner unmittelbaren Relevanz für den Schüler aufgenommen und sollte im Anschluß an den Ost-West-Konflikt stehen.

Schwierigkeiten bei der unterrichtlichen Umsetzung des Themas innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit können sich aus Umfang und Anspruchsniveau

des Themas selbst sowie bei der Materialbeschaffung ergeben. Die Methodenziele sind zwar oft recht komplex, doch muß berücksichtigt werden, daß das Thema den Sozialkunde-Unterricht der Sekundarstufe I abschließt, daher in vielen Fällen auf schon erworbenen Kenntnissen der Problemanalyse und -lösung aufbauen kann.

Zur stofflichen Entlastung ist Koordination mit dem Erdkunde- und Geschichtsunterricht nötig. Die Behandlung der Teilthemen 2 (Ost-West-Konflikt) und 3 (Deutsche Frage) setzt voraus, daß im Fach Geschichte die Stoffbereiche 36 (Die Entstehung einer bipolaren Welt) und 37 (Deutschland seit 1945) bereits behandelt sind oder gleichzeitig behandelt werden. Bei entsprechender Absprache mit dem Erdkundelehrer könnten die Teilthemen 4 (Entwicklungspolitik) und 5 (Europäische Integration) entfallen; die in ihnen enthaltenen Problemhorizonte müßten dann im ersten und letzten Teilthema besonders berücksichtigt werden.

Zur Gewinnung aktueller Materialien können meist die Massenmedien herangezogen werden. Eine Fülle von Informationsschriften – oft auch im Klassensatz – sind auf gezielte Anfrage bei der Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung, den zuständigen Ministerien und sonstigen Stellen zu erhalten. Auch die gängigen Sozialkunde-Lehrbücher enthalten in der Regel brauchbare Schemata und Texte.

Fachspezifisch allgemeine Lernziele

2.1. Allgemeine Qualifikation

Die Schüler sollen Fähigkeit und Bereitschaft erwerben zum Abwägen der Interessen in zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen nach Maßgabe des Friedens, des Selbstbestimmungsrechts, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Kooperation.

2.2. Methodenziele

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln

- anhand von Zeittafeln die historische Dimension eines Konflikts zu erschließen
- mit Hilfe von Schemata Aufbau und Wirkungsweise internationaler Organisationen zu beschreiben
- aus Nachrichten und Kommentaren zu einem Konflikt Beteiligte sowie deren Interessen und Selbstverständnis zu erschließen
- durch Analyse der Konfliktstruktur und des Verhaltens des Beteiligten das Ausmaß an Friedensgefährdung durch einen Konflikt zu beurteilen
- Konfliktlösungen auf ihre Brauchbarkeit zur Herstellung und Sicherung des Friedens zu diskutieren unter Beachtung von Chancen und Risiken

2.3. Verhaltensziele

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln

- sich für die Interessen des eigenen Volkes einzusetzen, aber auch
- die anderer Völker dabei zu berücksichtigen
- die Prinzipien Abbau von Gewalt und Gewaltverzicht begründet anzunehmen
- Wert und Funktion vorhandener Spielregeln und Institutionen im Hinblick auf Herstellung und Erhaltung zwischenstaatlichen Friedens zu beurteilen
- die Herstellung von Frieden und seine Sicherung gegen Gewalt als nicht gegeneinander ausspielbare Aufgaben zu verstehen
- sich mit der Frage des Wehrdienstes im Gewissen auseinanderzusetzen und verantwortungsbewußt zu entscheiden
- die Spannung zwischen Kompromißbereitschaft und Friedenbereitschaft einerseits und Selbstbehauptungswillen nach Maßgabe der Menschenrechte andererseits als stetige Aufgabe anzunehmen
- die Politik der eigenen Regierung gegenüber anderen Völkern auf Elemente einseitiger Machtausübung hin kritisch zu überprüfen.

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>1. Wie können internationale Konflikte gerecht geregelt werden?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - aus den Medien mit Hilfe gezielter Anleitung Nachrichten über Ereignisse der Internationalen Politik sammeln und mit Hilfe von Karten lokalisieren können 		<p>Auswertung von Tageszeitungen oder Nachrichtensendungen in Rundfunk bzw. Fernsehen über mehrere Tage hinweg mit Anleitung des Lehrers (Leitfragen, Kriterien); ggf. Ergänzung d. Lehrer</p>
<p>Interesse - Konflikt</p>	<ul style="list-style-type: none"> - aus Kommentaren Ursachen der zugrundeliegenden Konflikte erschließen können - die Konflikte in ein vorgegebenes Raster der Konfliktfelder einordnen können - die in den Nachrichten genannten Verfahren der Konfliktregelung nach dem Grad ihrer Gewalttätigkeit ordnen und den vorgegebenen Prozeßmustern zuordnen können 	<p>Interesse Konflikt</p>	<p>Konfliktfelder</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ost-West-Konflikt - Deutsche Frage - Nord-Süd-Konflikt - Westeuropa - Vereinte Nationen <p>Prozeßmuster</p> <ul style="list-style-type: none"> - Konfrontation - Koexistenz - Kooperation - Integration

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>Gewalt – Frieden</p>	<ul style="list-style-type: none"> – die Möglichkeit einer eindeutigen Zuordnung von Konfliktfeldern und Prozeßmustern diskutieren können – anhand von Statistiken, Bildern über die Wirkungen heutiger Waffensysteme die politische und ethische Notwendigkeit einer gewaltfreien Konfliktlösung begründen können – diskutieren können, inwieweit gewaltsame Lösungen ‚Lösungen‘ sein können 	<p>Interdependenz</p> <p>Gewalt – Krieg – indirekte Gewalt Frieden</p>	<p>Gleichzeitigkeit und Nebeneinander von Elementen aus verschiedenen Prozeßmustern im selben Konfliktfeld (z. B. Westeuropa: Verträge – Fischerei-Krieg!) jeweils das Typische herausarbeiten</p> <p>Wirkung von ABC-Waffen „Overkill“-Kapazität Materialien in: Boeck, S. 19 ff. Walpuski, S. 29</p> <p>negativer Friede positiver Friede</p> <p>Friedensdefinitionen in Lexika in Info 149. S. 1 Versuchsweise auch Analogien aus dem Erfahrungsbereich der Schüler heranziehen</p>

2. Gefährdet oder garantiert Entspannungspolitik die Sicherheit in Europa?

Sicherheit
– Entspannung

Die Schüler sollen

– anhand von Statistiken und Schaubildern Wettrüsten als friedensbedrohendes und atomares Patt als kriegsverhinderndes Merkmal des Ost-West-Konflikts nennen können

– anhand von Texten den Ost-West-Konflikt aus den unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen begründen können

– Nato und Warschauer Pakt nach Analyse von Vertragstexten und Schemata als Instrumente von Sicherheitspolitik beschreiben können

– nach Interpretation kontroverser Texte begründen können, warum Abschreckung als alleinige Maßnahme zur Kriegsverhinderung nicht ausreicht

– Sachverhalte den Bereichen Rüstungsbeschränkung, Abrüstung und Vertragspolitik (politische Lösung) zuordnen können

Ost-West-Konflikt
Wettrüsten
ABC-Waffen
Atomares Patt

Konfrontation

Kalter Krieg

Sicherheitspolitik

Nato
Warschauer Pakt

Materialien in:
Info 150 S. 22 ff.
Thema Frieden S. 58 ff.
Walpuski, S. 29 ff.

Lehrplan Geschichte –
Stoffbereich 36: Die
Entstehung einer bipolaren
Welt
Kosthorst, passim

Vertragstexte und
Schemata in Info 150
S. 4 ff. bzw. 19 f.
Walpuski, S. 57 ff.

Materialien zu den Risiken
der Abschreckung in
Schulte, S. 94 ff.
Walpuski, S. 15 ff.

Kriegsverhinderung
– Abschreckung
– Rüstungsbeschränkung/
-kontrolle
– Abrüstung
– Vertragspolitik
Friedenssicherung

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
	<ul style="list-style-type: none"> nach Analyse von Texten Chancen und Risiken einer solchen ‚Politik der kleinen Schritte‘ diskutieren können 	Entspannung Koexistenz	SALT-Abkommen Atomwaffen-Sperrvertrag ‚Heißer Draht‘ Texte zur innenpolitischen Diskussion um den Moskauer Vertrag in: Bodensieck, Deutschland-Politik, S. 88 ff. oder Zeitungsmeldungen über Schwierigkeiten bei SALT Verhandlungen
3. Wie können wir in der Deutschen Frage unsere Interessen friedlich wahrnehmen?	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> anhand des Grundgesetzes, Auszügen aus Verfassungskommentaren und/oder Texten das Selbstbestimmungsrecht als unverzichtbaren Grundsatz aus unserem Freiheitsverständnis begründen können 	Selbstbestimmungsrecht, Wiedervereinigungsgebot Nation	Präambel des Grundgesetzes Erklärung des Bundeskanzlers vom 21. 10. 49 in: Reichert, S. 78 f. Leitsätze 4 und 5 der BVerfGE zum Grundvertrag in: Reichert, S. 106
Selbstbestimmungsrecht – Gewaltverzicht	<ul style="list-style-type: none"> anhand einer Zeittafel die wichtigsten Stationen der Entwicklung der deutschen Frage erläutern und 	Deutsche Frage Deutschland-Vertrag	Kosthorst, passim dtv-Atlas zur Geschichte, Bd. 2

	<p>die Deutsche Frage als Teil des Ost-West-Konflikts erklären können</p>	<p>Vier-Mächte-Abkommen</p>	<p>Lehrplan Geschichte – Stoffbereich 37: Deutschland seit 1945 Info 157 S. 1 ff u. 19 ff. Info 168 S. 11 ff.</p>
<p>Interessenwahrnehmung – Kompromißbereitschaft</p>	<p>– durch Rückgriff auf Ergebnisse aus Teilthema 2 Gewaltverzicht auch als Voraussetzung zur Lösung der Deutschen Frage begründen können</p> <p>– mit Hilfe von Leitfragen die wichtigsten Vereinbarungen des Grundvertrages aus dem Vertragstext entnehmen können</p> <p>– diese Vereinbarungen mit den – evtl. bereits in einer Synopse – vorgegebenen ‚Maximalforderungen‘ der Vertragspartner vergleichen und diskutieren können, ob der Vertrag ausgewogen ist</p>	<p>Gewaltverzicht</p> <p>Grundlagenvertrag</p>	<p>Vertragstext in Reichert, S. 103 ff.</p> <p>Synopse aus ‚Ulbrichts Vertragsentwurf‘ und ‚20-Punkte-Erklärung von Kassel‘ Texte in</p>
<p>Friede trotz Interessenwahrnehmung – Friede durch Interessenwahrnehmung</p>	<p>– nach Analyse von Nachrichten über Vertragsverstöße und Kommentaren über Möglichkeiten, dies zu verhindern, Chancen und Risiken einer Vertragspolitik diskutieren können</p>	<p>Vertragspolitik</p>	<p>Zeitungsmeldungen und Kommentare über Reisebehinderungen, mißglückte Fluchtversuche</p>

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
4. Bestimmt Machtpolitik oder Kooperationsbereitschaft die Entwicklungspolitik?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - mit Hilfe von geografischen Karten und Statistiken unterentwickelte Länder räumlich einordnen und Ursachen für Unterentwicklung nennen können - anhand eines Schemas 'Teufelskreis der Unterentwicklung' nachweisen können, daß dessen Durchbrechen aus eigener Kraft kaum möglich ist 	Nord-Süd-Konflikt	<p>Atlanten Lehrplan Erdkunde</p> <p>Unterentwicklung Dritte Welt Vierte Welt</p> <p>'Teufelskreise der Unterentwicklung'</p> <p>Info 136 S. 18 rp-Modelle S. 32, 34, 82</p>
Almosen - Hilfe zur Selbsthilfe	<ul style="list-style-type: none"> - mit Hilfe von Texten wirtschaftlich-politische Gründe und ethisch-humanitäre Motive für Entwicklungshilfe unterscheiden und die Notwendigkeit einer Entwicklungspolitik begründen können - durch Analyse ausgewählter Projekte Wirksamkeit und Auswirkungen verschiedener Formen und Methoden der Entwicklungshilfe beschreiben können 	Entwicklungspolitik	<p>Info 136 passim Rollenspiel 'Pro und contra Entwicklungshilfe'</p> <p>Info 137 passim rp-Modell Entwicklungshilfe</p>

<p>Machtpolitik – Kooperation</p>	<ul style="list-style-type: none"> – aufgrund von Textanalysen die Zielsetzung der jeweiligen Entwicklungspolitik im Spannungsfeld von Machtpolitik und Kooperation diskutieren können – aus Zeitungsmeldungen handelspolitische Konflikte zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zusammenstellen und diskutieren können 	<p>Kooperation</p>	<p>Ausbeutung Machtpolitik Hilfe zur Selbsthilfe</p> <p>programmatische Aussagen zur Zielsetzung deutscher Entwicklungspolitik in: Entwicklungspolitik Nr. 57, passim, Auswertung von Karikaturen</p> <p>Schaubilder zur Entwicklung des Welthandels</p>
<p>5. Bedarf die europäische Integration des Verzichtes auf die Wahrnehmung nationaler Interessen?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – mit Hilfe von Karten über europäische Zusammenschlüsse Westeuropa als das ‚befriedetste‘ Konfliktfeld kennzeichnen können – anhand einer Zeittafel die wichtigsten Stationen der europäischen Integration und die Integrationsbereiche angeben können 	<p>Europäische Gemeinschaft</p>	<p>Atlanten</p> <p>dtv-Atlas zur Geschichte Bd. 2</p>
<p>Souveränität – Supranationalität</p>	<ul style="list-style-type: none"> – anhand von Schemata Aufbau, Zuständigkeiten und Wirkungsweise der wichtigsten Institutionen beschreiben können 		<p>Europarat Europäisches Parlament Ministerrat Kommission</p>

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
Kooperation – Integration	<ul style="list-style-type: none"> – aus Nachrichten Instrumente und Verfahren des diplomatischen Verkehrs sammeln können – die Verfahren verschiedenen Sachbereichen zuordnen und ihr Nebeneinander als Folge unterschiedlicher vitaler Interessensgegensätze begründen können. – zu einem Beispiel Politikeraussagen und Kommentare sammeln und auswerten und die Schwierigkeiten für ein Fortschreiten der Integration diskutieren können 	Souveränität Supranationalität Integration	Europäischer Gerichtshof Info 154, S. 27 ff. Staatsbesuch Botschafter Verhandlungen Abkommen Texte in: Kontrovers: Die europäische Integration, passim Streit um Befugnisse des Europäischen Parlaments
6. Kann der Friede durch die UN gesichert werden?	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> – durch Sammeln und Auswerten von Nachrichten zu einem aktuellen Konflikt die beteiligten Staaten nennen und deren Interessen sowie die Befriedungsversuche der UN beschreiben können 		Vertiefende Analyse eines der in Teilthema 1 genannten Konflikte unter Berücksichtigung seiner Mehrdimensionalität.

Macht
– Recht

7. Ist der Wehrdienst ein
– individueller – Bei-
trag zum Frieden?

– anhand von Schemata die Organe der UN nennen und deren Aufbau und Zuständigkeit beschreiben können

– mit Hilfe dieser Ergebnisse die mangelnde Wirksamkeit der UN als Folge ihrer Organisation und ihres Machtdefizits begründen können

– anhand von Texten Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit diskutieren können

– nach einem Vergleich der Verfahren innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konfliktregelung das Verhältnis von Macht zu Recht in der internationalen Politik reflektieren können

Die Schüler sollen

– anhand von Schaubildern die Bundeswehr im Rahmen von Abschreckung und Sicherheitspolitik als kriegsverhinderndes Mittel erläutern können

Vereinte Nationen
(UN)

Völkerrecht

– Vollversammlung
– Generalsekretär
– Sicherheitsrat

Schemata in
Info 149 S. 10 f.
Unser, passim

Vetorecht der Großmächte

Vetorecht als Blockade-
mittel
Mißachtung der Be-
schlüsse durch einzelne
Staaten

Rückgriff auf Ergebnisse
zum Thema ‚Recht und
Rechtsprechung‘
Internationaler Gerichts-
hof

Verteidigung

Bundeswehr

Walpuski, S. 43 ff.

4. Literatur

4.1 Zur wissenschaftlichen Grundlegung

- x Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland
(= Politische Bildung, Heft 2/1971)
- x Internationale Beziehungen. Das Fischer Lexikon Bd 7, hrsg. von D. Bracher/E. Frankel. Frankfurt 1969
Bohnet, M.: Das Nord-Süd-Problem. München 1971
Bredow, W.: von Entscheidung des Gewissens. Kriegsdienstverweigerer heute. Köln 2. Auflage 1971
- x Czempiel, E. O.: „Friede und Konflikt in der Gesellschaftslehre. Ein Diskussionsbeitrag zum Lernfeld Internationale Politik in den Hessischen Rahmenrichtlinien“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ Nr. 20/1974, S. 3–29
Deutsch, K. W./D. Senghaas: „Die Schritte zum Krieg“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. Nr. 47/1970, S. –17
dtv-Atlas zur Weltgeschichte Bd. 2, München 1964
Fetscher, I.: Modelle der Friedenssicherung (Serie Piper Bd. 41) München 1972
Forndran, E.: Abrüstung und Friedensforschung. Kritik an E. Krippendorff, D. Senghaas und Th. Ebert. Düsseldorf 1971
- x Friedensforschung. Entscheidungshilfe gegen Gewalt, hrsg. von Manfred Funke (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Heft 103). Bonn 1975
- x Informationen zur politischen Bildung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn,
Heft 136 Entwicklungsländer, Teil I (1969)
Heft 137 Entwicklungsländer, Teil II (1969)
Heft 149 Frieden und Sicherheit 1 (1972)
Heft 150 Frieden und Sicherheit 2 (1972)
Heft 154 Die Europäische Gemeinschaft 1: Probleme der europäischen Integration (1973)
Heft 155 Die Europäische Gemeinschaft 2: Die Außenbeziehungen der EG (1973)
Heft 157 Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland (1974)
Heft 168 Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1955 (1976)
Krippendorff, E. (Hrsg.): Probleme der Internationalen Beziehungen, Frankfurt 1972 (es 593)

Kröhle, K.: Problemkreis: Krieg und Frieden. Einführung in Grundfragen der Internationalen Politik. München 1972

Krebschull, D.: Entwicklungspolitik. Eine Einführung. Düsseldorf 1971

Ludz, P. Ch.: Deutschlands doppelte Zukunft (Reihe Hauser Nr. 148). München 1974

Obermann, E.: Verteidigung. Stuttgart, 2. Aufl. 1970

- x Probleme der Friedenserziehung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Heft 90). Bonn 1970

Schulte, L.: Bundeswehr im Konflikt. Frankfurt/M 1972

Seidler, F. W./H. Reindl: Die Wehrpflicht. Dokumentation zu Fragen der allgemeinen Wehrpflicht, der Wehrdienstverweigerung und der Wehrgerechtigkeit (= Geschichte und Staat, Bd 154/155). München-Wien 1971

Senghaas, D.: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Frankfurt 1972 (Fischer TB-Nr. 6157)

- x Unser, G.: Die UNO. Aufgaben und Struktur der Vereinten Nationen (= Geschichte und Staat Bd. 133/133 a) München-Wien 1973 (darin auch Anhang: UN-Charta, Völkerbunds-Satzung, UN-Mitglieder, Organogramm, Literaturverzeichnis)

- x Walpuski, G.: Verteidigung + Entspannung = Sicherheit. Bonn, 2. Aufl. 1975

Wulf, Ch.: Kritische Friedenserziehung. Frankfurt 1973 (es 661)

4.2 Zur Didaktik und Methodik: Materialien

Andersen, U.: „Nord-Süd-Konflikt und Entwicklungshilfe“ in: Dieter Grosser (Hrsg.): Politischer Unterricht, S. 195–236 (siehe „Politischer Unterricht“)

Bodensieck, H.: „Unterrichtsmodell: Wandel der westdeutschen Ostpolitik 1970. Die Auseinandersetzung um den Moskauer Vertrag der BRD mit der UdSSR“ in: Zur Außenpolitik, a. a. O., S. 64 ff.

Geerdes, R./H. Leski: Entwicklungspolitik. Ein Unterrichtsprojekt
Schülerheft Schroedel-Nr. 39081
Lehrerheft Schroedel-Nr. 39082

Heckel, B./R. Koch: „Das Problem der internationalen Friedenssicherung“ in: Wehling, Hans Georg (Hrsg.): Unterrichtspraktisches Handbuch zur politischen Bildung. Modelle für den Sozialkundeunterricht. München 1973, S. 294–320

Küpper, Ch. (Hrsg.): Unterrichtsmodelle zur Friedenserziehung – Südamerika. München 1971

Mickel, W.: Europäische Einigungspolitik
Bd. 1: Didaktischer Aufbau
Bd. 2: Quellentexte
Neuwied—Berlin 1974

Nieder, K.: „Probleme der europäischen Integration — Der mißglückte Übergang von der Wirtschaftsgemeinschaft zur Wirtschafts- und Währungsunion“ in: Dieter Grosser (Hrsg.): Politischer Unterricht. Fachwissenschaftliche und didaktische Analysen. Freiburg 1976 (Herder TB 9037), S. 164—194

Pawelka, P. (Hrsg.): Internationale Beziehungen. Ein vernachlässigter Lernbereich. Stuttgart 1976 (= Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung, Bd. 12/Klett Nr. 92417

Peternek, G./R. Renz: „Die Ostverträge des Jahres 1970 unter besonderer Berücksichtigung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Ein Unterrichtsmodell für eine 10. Klasse“ in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Heft 8/1974 S. 469—502

Reinert, G. B./J. Thiele: „KSZE“. Ein Planspiel für einen fächerübergreifenden Unterricht in der Realschul-Oberstufe“ in: Die Realschule, Heft 1/1974, S. 17—21

Schneider, H./U. Uffelmann: „Europäische Integration“ in: Der Bürger im Staat, Heft 2/1972, S. 225—229

Bodensieck, H.: Die Deutschland-Politik der Bundesrepublik Deutschland, Klett Nr.: 4253

derselbe: Der Kalte Krieg. Weltpolitik 1945—1962. Klett Nr. 42561

derselbe: Probleme der Weltpolitik seit 1963. Klett Nr. 42562

derselbe: Die deutsche Frage seit dem Zweiten Weltkrieg. Klett Nr. 4257

Boeck, W.: Internationale Politik; (Ploetz-Arbeitsmaterialien für die Schule). Würzburg 1975

Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Hrsg.): Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Synopse der Fassungen vom 6. 4. 1968 und 7. 10. 1974 (kostenlos zu beziehen über die Bundesanstalt — 5300 Bonn 1, Adenauerallee 10)

Entwicklungshilfe. rp — Modelle Nr. 1/2. Analyse und Planung Diesterweg 262, Kösel 950 202, Arbeitsmaterial Diesterweg 7662, Kösel 950203

Grünert, H./E. P. Siegert: Die DDR. Staat, Gesellschaft, Wirtschaft. Diesterweg Nr. 7565

- x Kontrovers. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
— Die europäische Integration (o. J.)
— Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst, Wehrgerechtigkeit (o. J.)

Kosthorst, E./K. Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Paderborn 1976

– Materialheft Schöningh Nr. 15410

– Arbeitsheft Schöningh Nr. 15411

– Lehrheft Schöningh Nr. 15412

Krautkrämer, E.: Die Bundesrepublik Deutschland. Ihre Entstehung und Entwicklung. Diesterweg Nr. 7563

Lippens, W.: Die europäische Integration. Klett Nr. 4285

Paßt uns die Rüstung? Wehrdienst und Sicherheitspolitik (NDR-Schulfernsehen)

Hans Ritscher: Materialien SDS-Verlagsunion Nr. 8875

J. Pascher/H. Ritscher: Übungen Nr. 8876

J. Pascher: Lehrerinformation Nr. 8877

Pietzcker, F.: Krieg und Frieden.

Arbeitsheft Diesterweg Nr. 3367

Lehrerheft Diesterweg Nr. 967

Raumer, K. von/R. Vierhaus: Friede und Völkerordnung. 2 Teile

Teil 1: Klett Nr. 4267

Teil 2: Klett Nr. 4268

Reichert, W.: Die Deutsche Frage. Die Entwicklung von BRD und DDR (Plötz-Arbeitsmaterialien für die Schule). Würzburg 1974

Schule und Dritte Welt. Texte und Materialien für den Unterricht, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn

Nr. 31 (1971) Klose, P.: Probleme, Aufgaben und Möglichkeiten der Curriculumentwicklung im Lernbereich ‚Entwicklungsländer/Entwicklungspolitik‘

Nr. 33 (1971) Fox, O.: Entwicklungsprobleme Südamerikas als Unterrichtseinheit

Nr. 35 (1971) Tansania – Unterrichtsmodell zur Entwicklungsproblematik.

Entwicklungspolitik

Nr. 57 (1976) 15 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (darin: Reden dt. Politiker zur Entwicklungspolitik)

Hauptfragen der Wirtschaftsordnung und -politik

1. Didaktische Analyse

In das Geflecht wirtschaftlicher Beziehungen ist jeder Bürger einbezogen, jedermann trifft wirtschaftliche Entscheidungen und ist von wirtschaftlichen Entscheidungen anderer betroffen. Diese Betroffenheit erlebt auch der Jugendliche, ohne sich allerdings meist, wie viele Erwachsene auch, der Voraussetzungen und Bedingungen wirtschaftlichen Handelns bewußt zu sein. Das Thema Wirtschaft wurde traditionell aus der (allgemeinbildenden) Schule weitgehend ausgeklammert, und die Behandlung dieses Bereichs menschlichen Zusammenlebens spielt auch in den heutigen Lehrplänen, gemessen an der eigentlichen Bedeutung, eine untergeordnete Rolle. Eine Analyse der Ursachen ist hier nicht zu leisten, es muß bei der Feststellung des Defizits bleiben. Zudem haftet bis heute an wirtschaftlichen Themen in der Schule der Ruf besonders großer Komplexität und Abstraktheit. Zur Erfüllung der heute unbestrittenen Forderung einer Einbeziehung wirtschaftlicher Fragen in die Schule kann die Sozialkunde bei ihrem derzeitigen Stundenansatz nur mit der Behandlung einiger Hauptfragen beitragen. Unter dem Zwang zu strengster inhaltlicher Reduktion eines im übrigen kaum übersehbaren und in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion von sehr konträren Positionen aus behandelten Lernbereichs, der doch den einzelnen und die Gesellschaft ganz direkt betrifft, ergeben sich folgende vier mögliche Teilthemen:

1. Untersuchung der Frage, warum die Menschen überhaupt wirtschaften müssen. Es sollen Einsichten in wirtschaftliche Grundbeziehungen vermittelt werden, wobei im Mittelpunkt dieses Teilbereichs die Auseinandersetzung stehen soll mit dem ökonomischen Prinzip, das sich aus der Spannung zwischen der Begrenztheit der Mittel und der Unbegrenztheit der Bedürfnisse ergibt.
2. Die unter 1. genannte Spannung bedingt den Konflikt, der im zweiten Teilthema unter der Fragestellung „Welche Ziele verfolgen am Wirtschaftsprozeß beteiligte Gruppen?“ dargestellt wird. Dem Schüler sollen die Spannungen bewußt gemacht werden, die sich aus den Zielkonflikten der einzelnen Gruppierungen ergeben: dem Ziel der Unternehmungen, rationell und gewinnorientiert zu arbeiten, dem Ziel der Arbeitnehmer, im Verteilungskampf einen möglichst hohen Anteil zu erhalten, dem Ziel der Verbraucher, möglichst billig ihre Konsumwünsche realisieren zu können.

Dieser Abschnitt erhält besondere Bedeutung, weil die in unserer Gesellschaft vereinbarten Absprachen der wirtschaftlichen Konfliktregelung und -austragung alle Staatsbürger betreffen.

3. Das dritte Teilthema stellt die Rolle des Staates im Wirtschaftsprozeß in den Mittelpunkt. Aus der Fülle staatlicher Aufgabenbereiche werden exemplarisch einige wenige herausgegriffen. Unter der Frage dieses Teilthemas soll geklärt werden, daß er selbst produziert (und auch, warum er es tut), daß er die Konjunktur zu steuern versucht und die Sozialpolitik gestaltet. Bei der Interpretation des „Magischen Vierecks“ ergibt sich eine gute Möglichkeit, die Interdependenz politischen und wirtschaftlichen Geschehens herauszustellen, allerdings muß auch die Gefahr gesehen werden, daß hier der Schüler entweder zur Überschätzung der Möglichkeiten staatlicher Steuerungsinstrumente oder zur Überschätzung der Selbststeuerungskräfte der Wirtschaft verleitet werden kann. Ähnliches gilt auch für die Darstellung geordneter Sozialpolitik zur Absicherung gegen Lebensrisiken. Die Möglichkeiten des Staates, den Bestrebungen zur Konzentration durch Bemühungen zur Erhaltung des Wettbewerbs entgegenzusteuern und seine soziale Verpflichtung zur Daseinsvorsorge durch Umverteilungsmaßnahmen wahrzunehmen, sollten angesprochen werden, wenn sie auch angesichts der knappen Zeit nicht ausführlich abgehandelt werden können.
4. Das vierte Teilthema steht unter der Leitfrage: Wie kann man Güter gerecht verteilen? Hier soll unter Zusammenfassung und Systematisierung bisher vermittelter Kenntnisse dem Schüler ein erster Zugang eröffnet werden zum Phänomen der politisch gesetzten Wirtschaftsordnung. Die schematische Herausarbeitung der Hauptelemente der beiden in Deutschland praktizierten Systeme soll Möglichkeiten und Grenzen des Systemvergleichs erkennbar machen und das politische Gewicht der Fragestellung zeigen. Den wahrscheinlich vorhandenen Klischeevorstellungen der Schüler soll behutsam begegnet werden durch die Entwicklung eines einfachen begrifflichen Instrumentariums und durch Reflexion über die Mehrdimensionalität der anzulegenden Maßstäbe (Individuelle Freiheit – soziale Gerechtigkeit – ökonomische Effizienz – Sicherheit). Das Wirtschaftssystem der DDR kann hier nur in einigen Grundzügen dargestellt werden. Umso wichtiger ist ein didaktisch verantwortbarer Umgang mit **ausgewählten Texten und Schemata** und die Veranschaulichung der Zusammenhänge an aktuellen Bezügen, soweit sie sich in den Medien anbieten.

Teilaspekte anderer Lehrplanthemen können im einzelnen zu einer stofflichen Entlastung beitragen; wichtiger ist jedoch die Möglichkeit zur Ergänzung, Vervollständigung und Wiederholung/Vertiefung einiger Probleme.

Auf folgende Querverbindungen sei hingewiesen:

1. Die Familie als Wirtschaftsgemeinschaft (Hauptschule, Klasse 7)
2. Wirtschaftsverbände (Tarifautonomie, Tarifkonflikt)
(Hauptschule, Klasse 8)
3. Wie leben die Menschen im Wirtschaftssystem der DDR?
(Hauptschule, Klasse 9, Realschule/Gymnasium, Klasse 10)

4. a) Nord-Süd-Konflikt

b) Europäische Integration (Hauptschule, Klasse 9)

Eine stoffliche Entlastung und Ergänzung kann durch die Fächer Geschichte und Erdkunde erfolgen, die in vielen Zusammenhängen ökonomische Probleme aufgreifen. In der Realschule muß in diesem Bereich zusätzlich mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen gerechnet werden, da es dort in der Klasse 9 und 10 das vierstündige Fach „Wirtschafts- und Sozialkunde“ im Wahlpflichtfachbereich gibt.

Trotz aufgezeigter Ergänzungsmöglichkeiten ist nur eine Einführung in einige Hauptfragen der Wirtschaftsordnung und -politik leistbar.

2. Fachspezifisch allgemeine Lernziele

2.1 Allgemeine Qualifikation (Nr. 3)

Fähigkeit und Bereitschaft zur kritischen Teilnahme, Selbstbehauptung und solidarischen Interessenvertretung in der Wirtschafts- und Arbeitswelt

2.2 Methodenziele

Die Schüler sollen die Fähigkeit entwickeln

- Grundbegriffe und Schemata zur Darstellung wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Zusammenhänge zu erklären und anzuwenden
- aus dem Informationsangebot der Medien kontroverse Positionen der Tarifpartner zu analysieren
- Argumentationsmuster, die das Gemeinwohl in den Vordergrund rücken, auf etwaige Partikularinteressen zu befragen (Ideologiekritik)
- zu unterscheiden zwischen den Ansprüchen eines idealtypischen Modells und den Tatsachen einer komplexen Wirklichkeit

2.3 Verhaltensziele

Die Schüler sollen die Bereitschaft entwickeln

- sich zur Wahrung und Durchsetzung von wirtschaftlichen Interessen mit anderen zu solidarischem Handeln zusammenzuschließen
- Aspekte gesamtgesellschaftlicher Solidarität zu beachten
- das Recht der Interessenvertretung zu respektieren und sich ergebende Konflikte nach allgemein anerkannten Regeln auszutragen
- als Mittel zur Konfliktregelung den Kompromiß zu respektieren

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
1. Warum muß der Mensch wirtschaften?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – aus einer vorgegebenen Liste von Gütern und Dienstleistungen diejenigen auswählen, die er selbst braucht, um existieren zu können 	Güter Dienstleistungen	<p>Umfangreiche Liste/ordnen/auswählen/zuordnen Unterschiede bei Grundbedürfnissen und Existenzminimum je nach Ort und Zeit Decker, Spektrum der Wirtschaft, S. 1 ff.</p>
Bedürfnisse – Güter – Knappheit	<ul style="list-style-type: none"> – sonstige Bedürfnisse an Gütern und Dienstleistungen nach eigenen Kriterien ordnen können – Faktoren angeben können, die die Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung des Menschen einengen – ableiten können, daß die Menge der Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen die Menge der Möglichkeiten zu ihrer Befriedigung prinzipiell übertrifft 	Knappheit ökonomisches Prinzip	<p>Finanzmittel, Klima, Relief, Boden, technischer Entwicklungsstand, Handelsmöglichkeiten, Bodenschätze. Rückgriff auf Kenntnisse aus dem Erdkundeunterricht, Schaubilder, Karten</p>
2. Welche Ziele verfolgen am Wirtschaftsprozess beteiligte Gruppen?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – aus der Betrachtung des Fertigungsprozesses eines bestimmten Gutes unternehmerische Entscheidungen ableiten können 	Standortfaktoren	<p>Als „bestimmtes Gut“ eignet sich das Auto; Standortfaktoren sind aus dem Erdkunde-, Stationen</p>

<ul style="list-style-type: none"> – als unabdingbares Ziel unternehmerischer Tätigkeit Gewinnerzielung angeben können – nachweisen können, daß Löhne für Unternehmungen Kosten sind 	<p>Rentabilität Rationalisierung</p>	<p>industrieller Entwicklung aus dem Geschichtsunterricht bekannt; Material ist auch Jubiläums- und Jahresschriften von Automobilproduzenten entnehmbar</p>
<ul style="list-style-type: none"> – aus der Betrachtung des Fertigungsprozesses eines bestimmten Gutes Interessen von Arbeitnehmern ableiten können 	<p>Arbeitsplatzsicherung</p>	<p>Informationsmaterial von Gewerkschaften, Bilanzen, Jahresschriften Manteltarifvertrag, Betriebsverfassungsgesetz</p>
<ul style="list-style-type: none"> – aus Texten und Schaubildern Formen und Organe der Interessenvertretung der Arbeitnehmer zusammenstellen können 	<p>Mitbestimmung</p>	<p>Decker, S. 72 ff. und S. 84 ff.</p>
<ul style="list-style-type: none"> – in einer vorgegebenen Liste bestimmte Interessen am Wirtschaftsprozeß beteiligten Gruppen zuordnen können 		<p>Unternehmer, Arbeitnehmer, Händler, Verbraucher Die Liste sollte etwa 20 Positionen umfassen. Geeignete Variante: die Liste in Gruppenarbeit erstellen lassen</p>
<ul style="list-style-type: none"> – angeben können, welche Interessen von allen oder mehreren Gruppen und welche nur von einer verfolgt werden 		

3. In welchem Maß soll der Staat in die Wirtschaft eingreifen?

Freiheit – soziale Gerechtigkeit – Sicherheit

Die Schüler sollen

- aus einer Liste von Gütern und Dienstleistungen diejenigen herausfinden, die gewöhnlich von öffentlichen Unternehmen bereitgestellt werden
- eine größere Anzahl von durch öffentliche Unternehmen bereitgestellten Gütern und Dienstleistungen nennen und angeben können, warum diese öffentlich angeboten werden
- die Rolle des Staates bei der Absicherung gegen die wichtigsten Lebensrisiken beschreiben können
- Faktoren, die den Konjunkturverlauf bestimmen, nennen und diese auf das Modell der Konjunkturkurve beziehen können
- mit Hilfe der Interpretation des „Magischen Vierecks“ einige Möglichkeiten des Staates zur Beeinflussung von Konjunkturabläufen beschreiben können
- Möglichkeiten des Staates zur Erhaltung des Wettbewerbs beschreiben können

Öffentliche Aufgaben

vgl. Teilthema 1

Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen-, Altersversicherung

Auswertung einer Lohnabrechnung; Haushaltspläne

Konjunkturberichte in Tageszeitungen

Magisches Viereck: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum, Zahlungsbilanzgleichgewicht

Kartell, Kartellamt

Lernziele

Probleme	Methoden	Grundbegriffe	Inhalte/Medien/Verfahren
<p>4. Wie kann man Güter gerecht verteilen?</p> <p>Individuelle Freiheit – soziale Gerechtigkeit – ökonomische Effizienz – Sicherheit</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Tätigkeiten des Staates zur Umverteilung beschreiben können <p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – m. H. schematisch-modellhafter Darstellungen die wichtigsten Elemente von Marktwirtschaft und Zentralplanwirtschaft nennen können – Funktionen und Grenzen der freien Preisbildung an Beispielen diskutieren können – unter Verwendung von Kenntnissen aus den Teilthemen 2) und 3) Hauptbereiche und Aufgaben staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik aufzählen und begründen können – m. H. von Schemata und Texten Hauptelemente der Wirtschaftsordnung der DDR beschreiben können 	<p>Marktwirtschaft Zentralverwaltungswirtschaft</p> <p>Soziale Marktwirtschaft</p>	<p>Sparförderung, Vermögensbildung</p> <p>Einfache Angebots- und Nachfragekurve mit Gleichgewichtspreis; Modell des Wirtschaftskreislaufs (z. B. bei Störig, 4. Aufl., S. 37)</p> <p>Texte bei Decker, S. 38 ff.</p> <p>Wettbewerbsordnung, Soziale Sicherung, Soziale Förderung, Konjunkturpolitik, Strukturpolitik; Decker, S. 54 ff.</p> <p>DDR Handbuch, S. 645 u. 945 f. Verfassung der DDR, Art. 9 ff. Materialien 1974 zum Bericht „Zur Lage der Nation“, S. 226 ff.</p>

- unter Verwendung von Kenntnissen aus dem Geschichtsunterricht Elemente der ideologischen Begründung des DDR-Wirtschaftssystems nennen können
- über Vor- und Nachteile beider Wirtschaftssysteme in Deutschland an Beispielen vergleichend diskutieren können
- die dabei angelegten Maßstäbe formulieren und diskutieren können
- Grenzen des System- und Effizienzvergleichs beispielhaft angeben können

Sozialistisches Eigentum,
Zentrale Leitung und
Planung

Marxismus – Leninismus
Kapitalismuskritik
Sozialismus, Kommunismus

Zahlenmaterial und Darstellung in „Materialien“
1974, S. 226 ff.

Werner Obst, DDR-Wirtschaft, Hamburg 1973
Zeitungsmeldungen etc.
über Lebensverhältnisse
in der DDR

Texte bei Decker,
S. 49 ff., S. 87 f.

